

Buchbesprechungen

Auf dem Görden. Die Strafanstalt Brandenburg im Nationalsozialismus (1933–1945) und in der DDR (1949–1990). Eine Ausstellung am historischen Ort, hrsg. von Sylvia de Pasquale und Sebastian Nagel. Berlin: Metropol Verlag 2020. 339 S., Abb., Karten (= Schriftenreihe der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten 60).

Im Norden der Stadt Brandenburg an der Havel befindet sich auf dem Görden die schon mehrfach in Publikationen behandelte Strafanstalt. Die Leiterin der Gedenkstätten Brandenburg an der Havel Sylvia de Pasquale hat 2013 in ihrer Dissertation den Strafvollzug in den Jahren 1920 bis 1945 erforscht.¹ Die politischen Häftlinge im nationalsozialistischen Strafvollzug waren 2015 Thema einer Studie von Leonore Ansorg², und Tobias Wunschik untersuchte 2018 den politischen Strafvollzug in der DDR-Zeit³. Den bisher 2.170 Seiten werden mit dem nun vorliegenden Ausstellungsband weitere Seiten hinzugefügt, die sich auf insgesamt 2.509 Seiten summieren.

An einem historischen Ort – dem Wohnhaus des früheren Direktors – wird einleitend auf den Strafvollzug in der Weimarer Republik eingegangen. Im Mittelpunkt stehen dann die Zeit des Nationalsozialismus und die Strafanstalt in der DDR. Ein Zwischenkapitel ist der Geschichte der NS-Hinrichtungsstätte gewidmet. Abschließend geht es kurz um den Strafvollzug heute. In dem Band sind viele von Häftlingen stammende Exponate zu sehen, angereichert mit Informationen aus deren Leben. Zur Sprache kommen auch der Direktor und die Zuchthausbeamten.

Zu Beginn der Geschichte der Gedenkstätte wird an die Verdienste des ehemaligen politischen Häftlings und Sozialdemokraten Walter Hammer (1888–1966) erinnert, der zwischen 1942 und 1945 in der Strafanstalt inhaftiert war. „Er gründete 1948 eigens ein Forschungsinstitut und richtete 1949 in der ehemaligen NS-Hinrichtungsstätte einen Gedenkort ein.“ (S. 8) Hammer plante ein Museum, das „über alle Grenzen hinaus der Verständigung und Versöhnung zu dienen geeignet ist und kommende Generationen ermahnen wird, in Frieden und Freundschaft zusammenzuleben und das Heldentum der Widerstandskämpfer nach Gebühr zu ehren“. (S. 8) Diesen Ansatz kritisierten SED-Funktionäre – darunter ehemalige kommunistische Mitgefangene, denn Hammer wollte nicht den kommunistischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus wie von ihnen gewünscht herausheben. Die Auseinandersetzungen hatten seine Flucht in den Westen zur Folge. Seine Sammlung wurde aufgelöst.

Ende der 1980er Jahre wertete die DDR-Führung den bisherigen Gedenkort zur „Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Brandenburg“ auf. Nach dem Untergang der DDR 1989/90 löste die Landesregierung von Brandenburg diese propagandistische Institution wieder auf. Die daraufhin neu gebildete „Dokumentationsstelle Brandenburg“ ist 1993 Teil der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten geworden.

Die nun neu konzipierte Dauerausstellung berücksichtigt den unterschiedlichen Charakter der NS- und DDR-Diktatur. Dabei soll über die „Vielzahl von Biografien ausländischer Häftlinge“

1 Sylvia de Pasquale: Zwischen Resozialisierung und „Ausmerze“. Strafvollzug in Brandenburg an der Havel (1920–1945). Berlin 2013 (= Forschungsbeiträge und Materialien der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten 8).

2 Leonore Ansorg: Politische Häftlinge im nationalsozialistischen Strafvollzug. Das Zuchthaus Brandenburg-Görden. Berlin 2015 (= Forschungsbeiträge und Materialien der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten 15).

3 Tobias Wunschik: Honeckers Zuchthaus. Brandenburg-Görden und der politische Strafvollzug der DDR 1949–1989. Göttingen 2018 (= Analysen und Dokumente 51).

(S. 14) verdeutlicht werden, dass Brandenburg-Görden ein europäischer Gedenkort ist: 1944 kam die Hälfte der 2.162 Justizgefangenen nicht aus Deutschland, sondern stammte aus Polen, Belgien, Frankreich, der Tschechoslowakei, den Niederlanden, Griechenland, der Sowjetunion, Spanien, Jugoslawien, Italien, Schweden, Luxemburg, Portugal, Dänemark, Norwegen und Marokko (vgl. S. 84).

Zu den bekannten Häftlingen zählt der Kommunist Karl Plättner (1893–1945). Er hat in seinem Buch „Eros im Zuchthaus“ erstmals die psycho-sexuelle Not der Gefangenen thematisiert.⁴ Der Häftlingsanzug und die Mütze des 1936 wegen Kuriertätigkeit für die „verbotene KPD“ (S. 60) verurteilten Wilhelm Knapp (1898–1984) steht für den Beginn des Themas Strafvollzug. Angemerkt sei, dass die Kommunistische Partei – anders als die SPD – nicht offiziell verboten war.

Es sind zahlreiche von Häftlingen angefertigte Bilder zu sehen, so die Grafik von Herbert Sandberg (1908–1991) „Ein Gefangener in einer Arrestzelle“. Zu den linkssozialistischen Roten Kämpfern gehörte Bruno Lindner, der vom „Volksgerechtigshof“ (im Buch ohne Anführungszeichen!) zu sieben Jahren Haft verurteilt wurde. Er übernahm später in der DDR politische Funktionen und erhielt 1982 den – neben einem Haftfoto von 1937 – abgebildeten Vaterländischen Verdienstorden für besondere Verdienste beim Aufbau der DDR. Es werden auch zahlreiche Alltagsgegenstände abgebildet: die Kleiderbürste eines Häftlings, ein Federhalter, eine Essschüssel oder ein Nagelreiner.

In der NS-Zeit fanden in Brandenburg-Görden 2.032 Hinrichtungen statt, allein im Jahr 1944 880. Von den Hingerichteten stammten 1.378 Personen aus Deutschland, gefolgt von 162 Polen, 152 Tschechen, 98 Österreichern, 69 Belgiern und 63 Franzosen. (vgl. S. 163) Die Kosten für die Hinrichtungen wurden den Angehörigen in Rechnung gestellt.

Das kurz vor Kriegsende mit 3.500 Gefangenen völlig überbelegte Zuchthaus ist am 27. April 1945 durch die Rote Armee befreit worden. Die Häftlinge verließen die Anstalt fluchtartig. Viele von ihnen bewegten sich mit einem Treck in Richtung Berlin. Für den bekannten Schriftsteller Erich Knauf (1895–1944) kam die Befreiung zu spät. Der 1944 von einem Ehepaar aus der Nachbarschaft zusammen mit dem befreundeten Erich Ohser (1903–1944) wegen abfälliger Äußerungen über die NS-Führung denunzierte Mann ist am 2. Mai 1944 enthauptet worden. Der zu den berühmtesten Gefangenen zählende Erich Honecker wird im Zusammenhang mit einem 1944 erfolgten „freiwilligen Einsatz bei der Freilegung und Unschädlichmachung nicht explodierter Fliegerbomben“ in einer Verfügung genannt. (S. 100)

In der DDR-Zeit wurde die Strafanstalt weiter genutzt. „In den 1950er Jahren sind neben NS-Tätern und Kriegsverbrechern vor allem Regimegegner, Spione westlicher Geheimdienste und Zeugen Jehovas inhaftiert.“ (S. 239) Die Zahl der politischen Gefangenen sank in den 1960er Jahren und kriminelle Häftlinge bildeten die Mehrheit. Zu den letzten in der DDR-Zeit Einsitzenden gehört der Sänger der Magdeburger Punkband „Vitamin A“ Klaus-Steffen Drenger, unter dem Namen „Shanghai“ bekannt geworden. Ein Versuch der Volkspolizei, ihn als Informanten zur örtlichen Punkszene anzuwerben, scheiterte. Nach einem halben Jahr Untersuchungshaft wurde er zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und zehn Monaten verurteilt und war bis zu seiner vorzeitigen Entlassung im Juni 1987 in der Strafvollzugsanstalt eingesperrt.

Resümierend ist festzuhalten: Die Vielzahl und Unterschiedlichkeit der Häftlinge wird in den gezeigten Abbildungen aus der Ausstellung gut wiederspiegelt. Als interessante Ergänzung gibt es ein kleines Sortiment von Begriffen aus der Gefängnisprache – von A wie „abbunkern“ (= Versteck anlegen) bis Z wie „Zinker“ (= Verräter). Ein Personenregister ergänzt den sehr gut lesbaren Band über ein früher berechtigtes Gefängnis in Brandenburg-Görden – heute ist dort eine moderne Justizvollzugsanstalt.

Kurt Schilde

⁴ Karl Plättner: Eros im Zuchthaus. Eine Beleuchtung der Geschlechtsnot der Gefangenen, bearbeitet auf der Grundlage von Eigenerlebnissen, Beobachtungen und Mitteilungen in achtjähriger Haft. Berlin 1929.

Peter Bahl: Belastung und Bereicherung. Vertriebenenintegration in Brandenburg ab 1945. Berlin: BWV 2020. XVII, 1718 S. (= Bibliothek der Brandenburgischen und Preußischen Geschichte 17).

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs setzte die Vertreibung von Millionen Deutschen ein. Frauen, Männer, Kinder, Greise wurden gezwungen, ihre Heimatgebiete östlich von Oder und Neiße und in der Tschechoslowakei zu verlassen und sich auf Trecks und Transporte zu begeben. Durch seine geographische Lage bedingt, hatte Brandenburg einen Großteil der Vertriebenenströme aufzufangen. Für Hunderttausende der heimatlos gewordenen Menschen blieb das Land Brandenburg nicht einfach eine Durchgangsstation, sondern sie fanden auf märkischem Gebiet ihr neues Zuhause. Sie mussten einen dornenreichen Weg gehen, an dessen Ende sie in der brandenburgischen Gesellschaft den Status der „Fremden“ verloren hatten, indes die Erinnerung an die alte Heimat weiter in sich trugen.

Die mit der Vertriebenenproblematik in Brandenburg zusammenhängenden Ereignisse, Entwicklungen und Hintergründe werden im vorliegenden Buch von Peter Bahl gesammelt, ausführlich beleuchtet und dargelegt. Der vom Autor gewählte Buchtitel „Belastung und Bereicherung“ benennt die beiden Pole, zwischen denen sich der Prozess der Vertriebenenintegration bewegte – wobei sich der Titel vornehmlich aus der Sicht der aufnehmenden Gesellschaft ergibt. Wie Bahl betont, spielt Brandenburg bei der Untersuchung von Vorgängen rund um die Eingliederung von Vertriebenen im Nachkriegsdeutschland meist eine Nebenrolle, obgleich gerade die Mark 1945/46 einer der „entscheidenden Schauplätze“ gewesen war und sich die brandenburgische Bevölkerung damals erheblich vergrößert und in ihrer Zusammensetzung verändert hat. Brandenburg ist überhaupt das letzte der neuen Bundesländer, für das mit dieser Veröffentlichung von Bahl eine Überblicksdarstellung zu dieser Thematik vorgelegt wird.

Das umfassende Werk ist in drei Teile gegliedert. Der erste Teil, vielleicht etwas un kreativ als „Darstellung“ betitelt, entspricht von Inhalt und Umfang (über 500 Seiten) einer eigenständigen Monographie. Bahl formuliert in der Einleitung als sein Hauptanliegen, dem Thema Vertriebenenintegration im brandenburgischen Rahmen eine Ausgangsbasis für die zukünftige Forschung zu verschaffen und die Beschäftigung mit ihm zu erleichtern. Es solle hiermit vorerst der diesbezügliche Nachholbedarf, den Brandenburg im Vergleich zu anderen neuen Bundesländern aufweist, mit einer Zwischenbilanz und einer Überblicksdarstellung gedeckt werden. Der geographische und verwaltungsgeschichtliche Untersuchungsrahmen wird durch die Grenzen der Provinz Brandenburg im Jahr 1945 bestimmt. Änderungen des territorialen Bestandes in den Folgejahren bleiben weitgehend unberücksichtigt. Methodisch verfolgt Bahl das Ziel, Geschehnisse sowie die Erlebnisse und Empfindungen der Zeitgenossen möglichst quellennah und multiperspektivisch zu betrachten. Den Selbstzeugnissen von Betroffenen räumt er viel Platz ein, denn er vertritt die Auffassung, ein Verzicht auf Berichte von Betroffenen, auch wenn diese subjektiv gefärbt sind, würde bedeuten, viele Bereiche des Alltagslebens und der mentalen Verarbeitung des Geschehens kaum angemessen in den Blick nehmen zu können.

Hinsichtlich des Forschungsstandes führt der Autor aus, dass die landesgeschichtliche Forschung in Brandenburg (und in Berlin) das Thema Flucht und Vertreibung in ihren Gesamtdarstellungen bislang nur am Rande behandelt habe. Als Gründe hierfür benennt er die seit den 1990er Jahren schwindende universitäre Bedeutung der Landesgeschichte sowie eine begrenzte öffentliche Wahrnehmung. Indes sei etwa der Zusammenhang zwischen im Zuge der Bodenreform entstandenen Teilsiedlungen und der Vertriebenenintegration mittlerweile ins Blickfeld der Siedlungsforschung, der Volkskunde und der Denkmalpflege gekommen. Von lokalen Heimathistorikern verfasste Schriften seien, was das Thema Flucht und Vertreibung betrifft, oftmals kritisch und mit Skepsis zu betrachten, da hier Beschönigungen und Weglassungen zu konstatieren sind. Peter Bahl ist beizupflichten, dass sich hierin eine gewisse Traditionslinie aus der DDR-Zeit fortsetzt, in der die (offizielle) Darstellung der Nachkriegsgeschichte mit Tabus belegt war.

Die Quellenlage betreffend ist festzustellen, dass es bislang kaum Editionen von Dokumenten zur Thematik mit speziellem Augenmerk auf Brandenburg als Ganzes und auf brandenburgische Teilregionen gibt. Demgegenüber kann, wie Bahl darlegt, auf umfangreiche Bestände an themarelevanten

Archivalien, insbesondere im Brandenburgischen Landeshauptarchiv, sowie auf Zeitzeugenberichte in großer Zahl zurückgegriffen werden.

Es ist üblich und weit verbreitet, für die Gesamtheit der Menschen, die ihre Heimat jenseits der heutigen deutschen Grenzen verloren haben, das Begriffspaar „Flüchtlinge und Vertriebene“ zu verwenden. Hiermit will man klarstellen, dass der eine Teil dieser Menschen (die „Flüchtlinge“) vor dem Kriegsende am 8. Mai 1945, der andere Teil (die „Vertriebenen“) erst nach dem Kriegsende ihre Heimat verlassen haben bzw. mussten. Peter Bahl hält diesen Versuch einer begrifflichen Differenzierung für bedenklich, denn diejenigen, die vor Kriegsende flüchteten und denen nach Kriegsende die (ständige) Rückkehr in die angestammte Heimat verwehrt war, seien auch als Vertriebene anzusehen. Bei dem von der sowjetischen Besatzungsmacht und der SED verordneten Terminus „Umsiedler“ handelt es sich wiederum um einen Euphemismus, der den Betroffenen wie Hohn in den Ohren geklungen haben muss. Daran lässt der Autor keinen Zweifel.

Die kriegs- und nachkriegsbedingte Zuwanderung nach Brandenburg westlich von Oder und Neiße unterteilt Bahl in drei Phasen: 1. die Flucht bis Kriegsende; 2. die sogenannten „Wilden Vertreibungen“ im Juni/Juli 1945; 3. die systematischen Vertreibungen nach dem Potsdamer Abkommen, meist ab September/Oktober 1945. Nicht wenige der während der ersten Phase Angekommenen seien nach Ende der Kampfhandlungen auf bisweilen abenteuerlichen Wegen in ihre Heimatorte zurückgekehrt – um dann während der zweiten oder dritten Phase ihre Heimat erneut und endgültig verlassen zu müssen. Kennzeichnend für die zweite Phase waren, wie Bahl darlegt, Vertreibungen von Deutschen durch früh zuwandernde Polen, die damit noch vor den Entscheidungen der Siegermächte Fakten schaffen wollten und sollten. Auch in den sudetendeutschen (tschechischen) Gebieten sei es ohne Beschlüsse der Alliierten zu solchen Vertreibungen gekommen, die durch oft gewalttätige, demütigende und grausame Begleitumstände einen besonders schrecklichen Teil des Gesamtthemas bildeten. Ausgangspunkt für die dritte Phase waren die Potsdamer Beschlüsse der Siegermächte, die für Millionen Menschen deutscher Ethnizität das Schicksal der Vertreibung besiegelten. Wie Bahl schreibt, hätten anschließend polnische und tschechische Behörden und lokale Machtinstanzen die von ihnen seit Monaten praktizierte Vertreibung systematisch ausgeweitet. Für Brandenburg hätte dies den nahtlosen Übergang von den im Juni/Juli 1945 aufnehmenden Strömen der den „Wilden Vertreibungen“ ausgesetzten Bevölkerung aus den Oder und Neiße östlich benachbarten Kreisen zu den nicht mehr abreißenden Transporten aus nahezu allen, auch den entfernter liegenden Vertreibungsgebieten bedeutet. Besonders intensiv war der Vertriebenenenzustrom im Hochsommer, Herbst und Winter 1945 sowie fast das ganze Jahr 1946 hindurch, er nahm dann 1947 und 1948 ab, und 1949 und 1950 gab es nur noch in Ausnahmefällen Transporte von aus ihrer Heimat Ausgewiesenen. Gemäß ihren Herkunftsgebieten gruppiert und differenziert Bahl die nach Brandenburg gekommenen Heimatvertriebenen wie folgt: Neumärker und Niederlausitzer, Schlesier, Pommern, Posener/Wartheländer, Ost- und Westpreußen, Sudetendeutsche, Deutschbalten, Bessarabiendeutsche, Dobruschadendeutsche, Karpatendeutsche.

In den Vertreibungsgebieten blieben Deutsche zurück, die als „Autochthone“ eingestuft und deshalb von der Ausweisung verschont blieben oder als dringend benötigte Arbeits- und Fachkräfte zurückgehalten wurden. Ein nicht geringer Teil von ihnen wählte seit 1950 freiwillig den Weg gen Westen. Peter Bahl möchte diese „Spätaussiedler“ bzw. „Übersiedler“ in den Kontext der gesamten Vertriebenenthematik eingeordnet sehen. Wie er weiter ausführt, gab es zwischen der Bundesrepublik und der DDR geradezu einen Konkurrenzkampf darum, wer diese Menschen aufnehmen könne.

Um den Zustrom der Vertriebenen nach Kriegsende zu bewältigen, musste umgehend ein Netz von Erstaufnahme- und Quarantänelagern geschaffen werden. Der Autor listet für die Zeit bis Ende 1945 nicht weniger als 83 brandenburgische Lager auf, von denen eine ganze Reihe offensichtlich nur kurzzeitig existierte. Bereits im Jahr 1946 sank die Anzahl der Lager in der Mark auf 20 bis 25. Ende des Jahres 1947 bestanden hier nur noch sieben (allerdings recht große) „Umsiedler-“ und „Heimkehrerlager“. Die Lokalisierung aller Lager mit genauer Grundstücks- oder Gebäude-Identifizierung ist laut Bahl noch nicht gelungen. Diese Erstaufnahme- und Quarantänelager wurden unter anderem von den rund 530.000 Vertriebenen durchlaufen, die im Oktober 1946 in den brandenburgischen

Kreisen wohnten. Abgesehen von der Verpflegung und Versorgung der Heimatvertriebenen unmittelbar nach deren Ankunft bedeuteten deren Aufteilung auf Kreise und Orte, die Wohnraum- und Arbeitsbeschaffung etc. eine immense Herausforderung. Hierfür existierte von 1945 bis 1950 auf zentraler, regionaler und kommunaler Ebene eine differenzierte Struktur speziell für „Umsiedlerfragen“ zuständiger Fachbehörden bzw. Referenten. Neben der Arbeit dieser zivilen deutschen Behördenstellen ist die Rolle der sowjetischen Besatzungsmacht zu beachten, von der nicht nur wesentliche Vorgaben kamen, sondern die auf höherer Ebene ebenfalls „Umsiedler“-Ressorts unterhielt.

Die Eingliederung der Flüchtlinge und Vertriebenen in den Arbeitsprozess verlief oft schleppend, obschon es einen großen Bedarf an Arbeitskräften gab. Die eingetroffenen Menschen dirigierte man insbesondere in den ländlichen Raum, der von Kriegsschäden weitgehend verschont geblieben war. Peter Bahl verweist auf die oftmals prekäre Situation der Heimatvertriebenen, die in brandenburgischen Dörfern bei einheimischen Bauern untergekommen waren und ihr Wohnrecht mit harter Land- oder Hausarbeit bezahlten. Diejenigen „Umsiedler“, die bei der Bodenreform einige Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche erhielten, empfanden dies laut Bahl zunächst als einen psychologisch positiven „Schub“, der sie aus den Abhängigkeitsverhältnissen als zur Untermiete Wohnende, auf Hilfstätigkeiten Angewiesene herauszuführen schien. Eine nähere Betrachtung zeige jedoch, dass die Bodenreform letztlich bei der Integration und „Zufriedenstellung“ der Vertriebenen bestenfalls für eine Minderheit vorteilhaft gewirkt habe.

Generell war das Verhältnis der angestammten Bevölkerung zu den Heimatvertriebenen nicht spannungsfrei. Der Umstand, dass die heimatlos gewordenen Menschen in ihren Aufnahmegebieten an den bescheidenen Ressourcen an Lebensmitteln, Heizmaterialien u.Ä. partizipierten (bzw. partizipieren durften) und teilweise in Privathäuser per Erlass einquartiert wurden, bedeutete für die aufnehmende Gesellschaft nicht nur eine gefühlte, sondern eine tatsächliche Belastung. So verwundert es nicht, dass die Alteingesessenen, die selbst unter den Nachkriegsnöten litten, ihren neuen Mitmenschen oft mit Ressentiments, mitunter auch mit offener Ablehnung begegneten, da jene überdies oftmals andere Gebräuche mitbrachten, einen fremden Dialekt sprachen, nicht selten einer anderen religiösen Glaubensrichtung angehörten. Am unkompliziertesten dürfte in Brandenburg noch das Verhältnis zwischen alteingesessenen Einwohnern und Vertriebenen aus der brandenburgischen Neumark gewesen sein, wie der Autor darlegt. Erst ein jahrzehntelanger Integrations- und Assimilierungsprozess konnte die Klüfte überwinden. Jedoch stellt der Fakt der Belastung offenkundig nur einen Aspekt dar. Denn laut Bahl habe man neben der Beobachtung des sich vom Neben- zum Miteinander entwickelnden Alltagslebens Assimilierter auf Formen ein Augenmerk zu legen, in denen der Zuwanderer nach einiger Zeit nicht nur geachtet, sondern geradezu als Bereicherung gesehen wurde. Es wäre kein Einzelfall gewesen, wenn ein Zugewanderter sich besonders stark mit seiner neuen Heimat identifizierte. Der jüngeren Generation sei freilich das Sich-Einlassen auf das Neue leichter gefallen als jenen, die bereits in ihrer alten Heimat alle wichtigen Entscheidungen ihrer Biographie getroffen hatten.

Wie der Autor schreibt, war für viele Vertriebene in Brandenburg während der DDR-Zeit das verordnete Tabu belastend, das ihnen allenfalls gestattete, sich als „Umsiedler“ zu bezeichnen, aber keine öffentliche Erinnerung an die eigene alte Heimat zuließ. Interessant ist die von Bahl aufgeworfene Frage, ob und wie DDR-Bürger mit Vertreibungshintergrund im Rahmen von Städtepartnerschaften mit Orten in einstigen Vertreibungsgebieten eine Strategie entwickelt haben, das Tabu der sichtbaren Beschäftigung mit der Heimat zu umgehen. Nach Wende und Wiedervereinigung seien bei vielen von jenen, für die plötzlich das Bundesvertriebenengesetz galt, Hoffnungen und Forderungen entstanden nach einer Entschädigung oder nach einem gewissen „Lastenausgleich“. Die Bundesregierung bereitete eine einmalige Zahlung für alle vormalig in der DDR wohnhaft gewesenen Vertriebenen vor, die nach Meinung des Autors letztlich Symbolcharakter gehabt hätte, aber weder darin noch in ihrer Bedeutung für finanziell schlechter gestellte Bürger zu unterschätzen gewesen sei. Unter den veränderten politischen Verhältnissen setzte unter den Vertriebenen ein „Heimwehtourismus“ ein, der sie die Stätten ihrer Kindheit zumindest einmal besuchen ließ. Auch nach 1990 blieb die Eingliederung von zuwandernden Menschen deutscher Abstammung aktuell.

Die zahlenmäßig stärkste Gruppe dieser „Spätaussiedler“ stellen indes seit 1990 Personen aus der ehemaligen Sowjetunion.

Als Fazit des darstellenden Teils seines Buches schreibt Peter Bahl, dass die Integration der noch in den Vertreibungsgebieten Geborenen in die brandenburgischen Nachkriegsgesellschaft heute als abgeschlossen anzusehen sei. Auch habe sich die „Aufnahmegesellschaft“ selbst und durch den Zuzug der Vertriebenen stark weiterentwickelt. Die bisher erkennbaren Bemühungen um eine umfassendere regionale Erinnerungsarbeit zeigten überall, dass die Aufarbeitung der Vertriebenenproblematik als Teils der Zeitgeschichte keine neuen Gräben aufreißt oder gar das Gedenken an die nationalsozialistischen Verbrechen behindere. Die vielfach zu beobachtende Unvoreingenommenheit junger Menschen eröffne die Möglichkeit, dem Vergessen in jeder Hinsicht entgegenzuarbeiten. Jedoch scheine die (insbesondere seit 2015 gestiegene) Aktualität des Flüchtlingsthemas bisher noch nicht zu häufigeren Nachfragen nach der Situation der Jahre ab 1945 zu führen oder die gesellschaftliche Empathie auch für damalige Vertreibungsoffer zu verstärken.

Der zweite Teil des Bandes beinhaltet eine Ortsdokumentation. Sie ist in Abschnitte zu den einzelnen brandenburgischen Land- und Stadtkreisen (im Gebietsstand von Ende 1945) und zu einer großen Zahl ausgewählter Orte gegliedert. Darin finden sich je Abschnitt verschiedene Angaben mit lokalhistorischem Bezug, beispielsweise über vor Kriegsende eintreffende Flüchtlingstrecken, den Zuzug von Vertriebenen nach Kriegsende, die Existenz von Aufnahmelagern, die Entwicklung der demographischen Verhältnisse, den Aufbau von Städtepartnerschaften, die Gründung, Existenz und Personalien von lokalen Vertriebenenverbänden nach 1990 sowie Hinweise auf archivalische Quellen und Literaturtitel. Bahl präsentiert hier auch Daten zu katholischen Einwohnern, anhand derer das Anwachsen der katholischen Bevölkerung in Brandenburg durch die Zuwanderung von Heimatvertriebenen nachvollzogen werden kann.

Teil drei des Buches beinhaltet eine umfangreiche Quellenedition. Nicht weniger als 261 nach Sachbezügen geordnete Quellentexte sind hierin aufgenommen. Sie stammen aus dem Zeitraum von 1945 bis 2018. Der Band wird am Schluss komplettiert durch ein Abkürzungsverzeichnis, ein ausführliches Glossar, eine Zeittafel, ein differenziertes Quellen- und Literaturverzeichnis sowie ein Personen-, Sach- und geographisches Register.

Peter Bahl legt mit „Belastung und Bereicherung“ ein opulentes, fundiertes Buch vor, das gewiss zu einem Standardwerk avancieren wird. Es ist kein Handbuch, das man sich unter den Arm klemmen kann, um Stätten des Geschehens zu besuchen. Das ist auch nicht das Anliegen des Autors. Vielmehr bietet das Buch die adäquate Grundlage und mannigfache Anknüpfungspunkte für lokalhistorische und spezielle Forschungen zur Vertriebenenthematik. An manchen Stellen hätten die Formulierungen vielleicht gestraffter sein können. Es scheint zudem diskutabel, ob die sogenannten „Spätaussiedler“, speziell diejenigen aus der ehemaligen Sowjetunion aus der Zeit nach 1990, wirklich in einem Buch behandelt gehören, das sich der Integration von Zwangs(!)-Vertriebenen widmet. Überdies dürfte Peter Bahls Gedankengang, auf die Verwendung des Begriffspaares „Flüchtlinge und Vertriebene“ zu verzichten, wohl in Historiker- und Autorenkreisen nicht nur auf Zustimmung stoßen. Aber diese Kleinigkeiten schmälern nicht den Wert der Publikation.

Matthias Helle

Die Bibliothek des Kunsthistorikers und Volkskundlers Wilhelm Fraenger. Ein Bestandsverzeichnis. Im Auftrag des Wilhelm-Fraenger-Instituts hrsg. von Sonja Miltenberger und Klaus Neitmann. Berlin: Quintus-Verlag 2020. 608 S., 13 Abb. (= Einzelveröffentlichung des Brandenburgischen Landeshauptarchivs 24; Schriftenreihe der Wilhelm-Fraenger-Stiftung Potsdam 3).

Der Kunsthistoriker und Volkskundler Wilhelm Fraenger (1890–1964) hatte sich in Heidelberg und Mannheim einen Namen gemacht, war jedoch jeder musealen und universitären Laufbahn ausgewichen und hatte stattdessen das freiberufliche Dasein gewählt. Sein Freund Stefan George holte ihn 1938 ans Berliner Schillertheater. Nach kurzem kriegsbedingtem Intermezzo in Păwesin im Havelland ist er in Berlin geblieben, hier gab ihm Wolfgang Steinitz am Institut für Volkskunde der Akademie der Wissenschaften ab 1953 eine sichere Basis für seine Forschungen. Bekannt geworden

ist Fraenger als Kunsthistoriker durch seine Forschungen zu Matthias Grünewald, Hieronymus Bosch und Jörg Ratgeb. Als Volkskundler interessierten ihn populäre Druckgraphik und Literatur gleichermaßen. Sein Grab befindet sich auf dem Goethe-Friedhof in Potsdam-Babelsberg, denn Potsdam war sein Lebens- und Arbeitsmittelpunkt bis zuletzt. Sein Nachlass umfasst eine Kunst- und eine Schriftgutsammlung, dazu die Bibliothek, die das Thema des hier vorliegenden Bandes bildet.

Solche Gelehrtenbibliotheken wird es in Zukunft nicht mehr geben, weil wir unser Wissen den Algorithmen in die Hand gegeben haben. Es gibt wohl gegenwärtig keinen angestellten Wissenschaftler mehr, der nicht auch digitale Wissensspeicher nutzt, sodass sich Spektren seines Denkens nicht mehr in seiner Bibliothek abbilden. Die 4000 Monographien und (hier nicht ediert) 1500 Sonderdrucke Wilhelm Fraengers stammen aus den Bereichen der Kunstgeschichte, Volkskunde, Religions- und Kulturgeschichte, enthalten Interessantes zu Mystik und Astrologie vergangener Zeit oder auch zu Psychologie – außerdem bibliophile Kostbarkeiten des 17. und 18. Jahrhunderts. Sie sind Zeugnis seines Netzwerkes, denn viele Bände tragen Widmungen. Die Bibliothek steht für Fraengers selbständiges Denken, seine spezifisch „detektivische“ Methode, mit der er jenseits der wechselnden Ideologien stand. Ein Brief aus der späten Zeit, als er viele Probleme mit dem erworbenen Haus in Steinücken hatte, ist für ihn typisch: „lieber 1000 Narren als einen bornierten Beamten mit Machtgelüsten.“ Seine plastische, fast expressive Ausdrucksweise, sein scharfer Blick für das Physiognomische machen seine Schriften bis heute anregend und lesenswert. Ein Kunstgeschichtsstudent, der nicht Fraengers Band über Hercules Seghers in der Hand gehalten und darin gelesen hat, ist zu bedauern. Seghers war ein künstlerischer Experimentator des 17. Jahrhunderts, nach welchem sich übrigens die Kunsthistorikerin Netti Reiling benannte, die später als Anna Seghers weltberühmt wurde.

Die Erschließung der Fraenger'schen Bibliothek wurde 1997 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert. Die Wilhelm-Fraenger-Gesellschaft hatte sich seit dem Tod der für Fraengers Wirken so wichtigen Ehefrau Gustel und seiner „Ziehtochter“ Ilse Baier-Fraenger um die Erhaltung des Nachlasses bemüht. Es ist zu begrüßen, dass dieser Nachlass seit 2013 im BLHA öffentlich nutzbar ist. Der hier vorliegende Band enthält neben der eigentlichen Bibliographie, die durch ein Personen- und Sachregister erschlossen ist und auch extra die Werke von Wilhelm Fraenger thematisch auflistet, eine kurze Biographie von Petra Weckel, die bereits 2001 mit einer ausführlichen Biographie Wilhelm Fraengers hervorgetreten ist, und einen Aufsatz über den Buchbestand von Sonja Miltenberger. Klaus Neitmann, der bis 2020 amtierender Direktor des BLHA war, legt in seiner Einführung aus, dass auch Gelehrtennachlässe in den Fokus des als Landesbehörde 1946 gegründeten Archivs gehören. Möge dies auch zukünftig im BLHA so gesehen werden und vielleicht die Nutzung dieser hochinteressanten Quellen auch durch digital verfügbare Findmittel erleichtert werden. Dann könnten so kleinere Unrichtigkeiten wie unter Nr. 887 Theodor Hofemann (= Hosemann), ein humoristischer Zeichner, der 1807 in Brandenburg an der Havel geboren wurde, noch korrigiert werden. *Iris Berndt*

Wolfgang Blöß: Siedlungsplanung in Brandenburg 1945–1950. „Bei der Schaffung von Neusiedlerstellen wollen wir uns nicht mit komplizierten Planungen befassen, sondern einfach anfangen zu arbeiten.“ Berlin: BWV 2021. XXIV, 673 S., Karten (= Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs 77).

Der Archivar und Historiker Wolfgang Blöß ist in jüngerer Zeit bereits mit zwei voluminösen Monographien zur brandenburgischen Nachkriegsgeschichte hervorgetreten.¹ Nur drei Jahre nach seinem letzten Buch legt er nun eine erneut sehr umfangreiche Gesamtdarstellung zur Siedlungsplanung

¹ Wolfgang Blöß: Grenzen und Reformen in einer Umbruchgesellschaft. Vom Land Brandenburg zu den Bezirken 1945–1952. Berlin 2014 (= Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs 66) (615 S.). – Ders.: Kommunale Strukturen im Spannungsfeld gesellschaftlicher Umwälzungen. Die Grenzen von Gemeinden und Kreisen in Brandenburg 1945–1952. Berlin 2018 (= Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs 71) (778 S.).

im ländlichen Raum in Brandenburg in den Jahren von 1945 bis 1950 vor. Eine solch hohe wissenschaftliche Produktivität ist staunenswert.

Das Buch untersucht auf gut sechshundert Textseiten in recht kleiner Schriftgröße verschiedene planerische und politische Vorstellungen für die Umgestaltung des ländlichen Raumes. Der Verfasser hat eine Unmenge ungedruckter Quellen ausgewertet und neben Akten aus dem Bundesarchiv Berlin vor allem solche aus verschiedenen Beständen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs benutzt. Die Quellenlage ist, wie er schreibt, „ausgezeichnet; man kann aus dem Vollen schöpfen“ (S. 8). Und genau das tut der Verfasser auch: Die Darstellung ist überaus quellengesättigt.

Das Buch ist in acht Hauptkapitel gegliedert, die die Siedlungsplanung als in den Jahren nach 1945 anstehende Aufgabe, die Einigung auf die Gestaltungsgrundsätze, den Aufbau der Verwaltungsorganisation, die Gestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen, den Erlass zentraler Regelungen und die konkret durchgeführten Planungsarbeiten im Spannungsfeld von Vorgaben der Besatzungsmacht, Termindruck und zu bewältigenden Problemen untersuchen.

Im Rahmen der Bodenreform war im Herbst 1945 zwar die Landaufteilung sehr zügig durchgeführt, aber damit noch kein Haus und Hof für die Neubauern geschaffen worden. Die vielen fehlenden Wohn- und Wirtschaftsgebäude stellten die Akzeptanz und den Erfolg der Reform in Frage. Ende 1946 wurde ein Bedarf von 60.000 Gehöften für Brandenburg beziffert, die Aufgabe war also riesig. Die zu bewältigenden Probleme waren es auch: Vor allem in den östlichen bezeichneten Brandenburgs lagen in Folge des Krieges „ganze Landstriche in Schutt und Asche“ (S. 27). Zudem fehlten nicht nur Erfahrungen mit ländlicher Siedlungsplanung in einem solchen Maßstab, sondern auch fachliche Kapazitäten, Konzepte und Koordinierung. Daher setzten die Behörden in starkem Maße auf die Selbsthilfe der Neubauern.

Aus unterschiedlichen Vorstellungen von Planern und Architekten kristallisierte sich bald die geschlossene Dorfsiedlung als bevorzugte Siedlungsform heraus. Auch die Verwaltungsbehörden bevorzugten sie, ermöglichte sie doch eine bessere Integration der als Umsiedler bezeichneten Flüchtlinge und Vertriebenen in die Dorfgemeinschaft und eine günstigere Verkehrsanbindung. Die Streusiedlung mit ihren Einzelgehöften bot zwar kürzere Arbeitswege vom Hof zum Feld, war aber mit hohen Erschließungskosten (Strom, Wasser) verbunden.

Um die Siedlungsplanung umzusetzen, musste eine effiziente Verwaltungsorganisation aufgebaut werden. Eine zentrale Leitung des landwirtschaftlichen Bauens und Planens hat es bis zum Erlass des SMAD-Befehls Nr. 209 „Über Maßnahmen zur wirtschaftlichen Sicherung der Neubauernwirtschaften“ vom 9. September 1947 nicht gegeben. Die Provinzialverwaltung verfügte über keine selbstständige Bauabteilung. Häufige Strukturveränderungen, Personalwechsel und Kompetenzkonflikte in der Verwaltung hemmten die Planungsarbeiten. Erst ab Ende 1947 wurden Referate für Ländliches Bauwesen in der Landes- und den Kreisverwaltungen geschaffen. Ebenfalls 1947 gründete sich die Brandenburgische Landbaugesellschaft als alleiniger Träger des ländlichen Bauprogramms. Als gemeinnütziges Siedlungsunternehmen plante und errichtete sie Neubauernwirtschaften und stellte zerstörte Wohn- und Wirtschaftsgebäude auf dem Land wieder her. Mit ihr begann die geregelte Siedlungsplanung in Brandenburg. Nach vielfacher Kritik wegen des mangelnden Baufortschritts im Land, der nicht nur der Gesellschaft, sondern vielen anderen Stellen und nicht zuletzt der allgemeinen wirtschaftlichen Lage anzulasten war, wurde die Landbaugesellschaft im Zuge neuerlicher Umstrukturierungen zum Jahresende 1949 aufgelöst. Trotzdem konnte sie eine Erfolgsbilanz aufweisen, hatte sie doch 68.156 Neu- und 4.995 Umbauten errichtet und ca. 1.400 Siedlungspläne geprüft.

Aufgrund der Notlage auf dem Land, vor allem der fehlenden Gebäude, wurde häufig erst gebaut und dann geplant. Die Planungs- und Vermessungsarbeiten hinkten dem Bauen dann hinterher. In Brandenburg mussten 666.000 Hektar Land vermessen werden. Auch hier gab es jede Menge Probleme: zu wenig Material wie zum Beispiel Messinstrumente, zu wenig Karten, zu wenig Personal.

Generell ging es der Politik darum, die Gutsbesitzer nicht nur zu enteignen und zu vertreiben, sondern durch den Abriss der Gutsanlagen, die Zergliederung des Gutshofes, die Umwidmung von Gebäuden und die Errichtung von Neubauten den Gutscharakter der Dörfer vollkommen zu beseitigen. Um das zu erreichen, entfalteten die SMAD und die SED politischen Druck. Die Pla-

nungen wurden dennoch nicht so umgesetzt: Guttscheunen blieben für Zwecke der MAS und VdgB intakt, Gutshäuser erhielten eine neue Nutzung zum Beispiel als Schule, Alters- und Erholungsheim, Kindergarten oder Sitz der Gemeindeverwaltung. Dadurch wurde in vielen Fällen kunsthistorisch wertvolle Bausubstanz vor der Zerstörung bewahrt.

Die Neubauern selbst warteten die teilweise langwierigen Planungs- und Vermessungsarbeiten oft nicht ab: „Sie bauten, wo sie wollten“, so das Fazit des Verfassers, sie nahmen „ihre Angelegenheiten selbst in die Hand“ (S. 352). Leider werden hier kaum konkrete Beispiele aus Neubauerndörfern angeführt. Der Verfasser beschränkt sich auch hier auf das Planungsgeschehen. Naheliegende Fragen wie die, woher die Bauern das Material nahmen oder wie sie ihre Bauten finanzierten, bleiben unbeantwortet.

Im Kapitel 5 werden dem Leser anhand der Dörfer Tauche im Kreis Beeskow-Storkow und Gorgast im Kreis Lebus die Probleme der Landbevölkerung in den Jahren nach Kriegsende plastisch vor Augen geführt: Lebensmittelknappheit, Mangelwirtschaft, eine teilweise katastrophale Unterbringung der Siedler, Hilflosigkeit und Pessimismus, die sich unter der Landbevölkerung breit machten, nur langsam anlaufende Hilfeleistungen, besonders für die vom Oderhochwasser im März 1947 betroffenen Gebiete, und Patenschaften, die ihren Dörfern nur begrenzt nützten. Wenn man liest, dass in Gorgast 18 Menschen in einem nur 12 qm großen Raum hausen mussten, dann bekommt man einen Eindruck von den niederdrückenden Verhältnissen auf dem Land in jener Zeit.

Nach dem Befehl Nr. 209 sollten in Brandenburg 10.000 Neubauerngehöfte bis zum Ende des Jahres 1948 errichtet werden – wahrlich ein „siedlungsplanerischer Kraftakt“. Zu diesem Zeitpunkt konnte erst jeder dritte Neubauer über eigene Wohn- und Wirtschaftsgebäude verfügen. Der Befehl kann daher als „der eigentliche Beginn des Neubauern-Bauprogramms“ (S. 422) gelten. Als Problem stellte sich schnell heraus, dass bei der Aufteilung der Gutsflächen im Herbst 1945 die Zuweisung von Hofstellen oftmals nicht beachtet worden war. Die Gemeindebodenkommissionen mussten das nachholen und Bauland beschaffen. Dazu war der Austausch von Flächen zwischen Gemeinden, Neu- und Altbauern notwendig, die sogenannte Umlegung. Sie brachte Planänderungen, Doppel- und Dreifachmessungen mit sich.

Um Pläne und Termine erfüllen zu können, war viel Improvisationskunst der Behörden, Architekten und Planer vonnöten. Als hindernde Faktoren nennt der Verfasser „Verwaltungsschwäche, verzögerte und fehlerhafte Siedlungsplanung, Mangel an Baumaterial“, aber auch auf Seiten der Neubauern „Interesselosigkeit, Ablehnung, die sich bis zum Widerstand steigerten“ (S. 458). Vor allem die Umsiedler zeigten wenig Siedlungsbereitschaft, sondern hofften auf eine Rückkehr in die alte Heimat. Aus diesen Gründen wurden viele Zielvorgaben nicht erreicht und Termine nicht eingehalten. Generell zeigte sich ein kaum zu behebender Zielkonflikt, nämlich entweder die oft illusorischen Termine um jeden Preis einzuhalten oder die Qualität und Beständigkeit der ländlichen Bauten sicherzustellen, was dann mehr Zeit in Anspruch nahm.

Eine koordinierte Siedlungsplanung setzte oft erst ein, nachdem der Boden aufgeteilt, Flächen eingemessen und mit dem Bauen begonnen worden war. Die Planer mussten sich dann mit den bereits vorgefundenen Gegebenheiten abfinden. Sie waren nicht zu beneiden und „sahen sich konfrontiert mit örtlichen Egoismen und mangelnder Entschlussfreudigkeit sowie misstrauischer Zurückhaltung und Unverständnis eines großen Teils der Neubauern selbst“ (S. 514). Etwa jeder zweite der Planentwürfe wurde zum Ausgangspunkt langwieriger Verhandlungen. Dazu werden in den Kapiteln 7 und 8 mehrere konkrete Einzelfälle bildhaft und gelungen dargestellt. Im Dorf Börnicke beispielsweise scheiterten die ersten sieben Bebauungspläne allesamt, erst der achte Plan wurde von der Landesregierung genehmigt.

Nicht nur wegen der Mangelwirtschaft in der Nachkriegszeit, sondern auch aufgrund struktureller Schwierigkeiten, permanenter Kompetenzkonflikte und interner Machtkämpfe zwischen verschiedenen Ämtern und Behörden und der fehlenden Durchsetzungsstärke Edwin Hoernles als Präsident der Deutschen Zentralverwaltung für Land- und Forstwirtschaft wurden die hochfliegenden Planzahlen zum Bau von Neubauernhöfen immer wieder verfehlt. Trotzdem zieht der Verfasser in seiner sehr gelungenen Zusammenfassung ein insgesamt positives Urteil, wurde doch ein Planungswerk geschaffen, „das es in diesem Umfang, in dieser Form und in dieser Qualität noch nie gegeben hat“ (S. 611).

Der Leser lässt sich mit der Lektüre des Buches auf eine detailreiche und kleinteilige Verwaltungs- und Strukturgeschichte ein. Immer wieder geht es um sich immer wieder ändernde Zuständigkeiten und Strukturen, Vorschläge, Konzeptionen und Erörterungen für Aufgabenverteilungen, Kritik an Behörden und Personen, fachliche Differenzen und Kontroversen, persönliche Animositäten und Rivalitäten, Äußerungen zu Vorhaben und letztlich nicht umgesetzten Überlegungen und Plänen im Zusammenhang mit dem ländlichen Bauen. In erschöpfenden, streckenweise auch ermüdenden Ausführungen zu Verwaltungs- und Organisationsfragen kommen Bauverwaltungen, Bauausschüsse und Bau-Aktivs, Bauaufsichtsämter, Baugenossenschaften und Baustäbe, Oberbau- und Gemeindebauleitungen, Kreisbauämter, Kreisbaumeister und Räte der Kreise, Kulturbau- und Hochbauämter, Siedlungsgesellschaften und Bodenkommissionen, Planungs-, Kataster- und Vermessungsämter, Architekten und Instrukteure, Boden-, Landes- und Siedlungsplaner, Hauptabteilungen und Ministerien, Arbeitskreise und Ausschüsse, Beratungs-, Lenkungs- und Prüfstellen, Gemeindevertretungen und Bürgermeister ins Spiel und zur Sprache. Diese Stellen und Personen befassten sich mit Richtlinien, Verordnungen, SMAD-Befehlen, Gesetzesentwürfen und Genehmigungsverfahren, Konzepten, Vorlagen, Durchführungs- und Ausführungsbestimmungen, Instruktionen, Stellungnahmen, Koordinierungen, Memoranden, Aufrufen, Struktur-, Ortslagen-, Umlegungs- und Bebauungsplänen, Resolutionen, Denkschriften, Runderlassen und Rundverfügungen, Planungs- und Handlungsanweisungen, Rahmenterminplänen und Rechtsvorschriften. Hier nicht den Überblick zu verlieren, ist schon eine beeindruckende Leistung des Verfassers – und eine Herausforderung für die Leser.

Andere als strukturelle Gründe für die Schwierigkeiten im Gefolge der Bodenreform werden dagegen vom Autor nur knapp abgehandelt: der Mangel an Handwerkern, an Baumaterialien wie Holz, Dachpappe, Nägeln, Glas etc., oder Reparationsleistungen an die Sowjetunion, die zum Beispiel den eklatanten Mangel an Holz erklären können.

Drei kleinere Kritikpunkte sollen abschließend angeführt werden, ohne damit den Wert der Darstellung insgesamt zu schmälern. Der Verfasser betont immer wieder die negativen Seiten der Gutswirtschaft, etwa die „armseligen Behausungen der Gutsarbeiter“, ihre „soziale Abhängigkeit, Macht- und Rechtlosigkeit“ (S. 64), und schreibt damit die Interpretation der DDR-Historiographie fort. Ein Blick auf die Verhältnisse in den Gutsdörfern in den Jahren bis 1945 hätte ein differenzierteres Urteil, das hier zu fällen wäre, ermöglicht. Auch die Behauptung, die vertriebenen Gutsbesitzer konnten im Westen „ihr gewohntes Leben fortführen“ (S. 615), ist in ihrer Pauschalität nicht zu halten und trifft auf sehr viele Familien, die in der Bundesrepublik tatsächlich wieder bei null anfangen mussten, eben nicht zu. Bedauerlich ist schließlich die Entscheidung des Verfassers, die Quellennachweise häufig nicht an das Ende der Zitate oder der Absätze zu platzieren, sondern sie zu Beginn der einzelnen Gliederungspunkte gesammelt in eine Fußnote zu setzen. Das ist sehr unpraktisch, da eine Zuordnung der Angaben dadurch erschwert wird.

Wolfgang Blöß hat sich mit seinem Buch zur Siedlungsplanung erneut um die brandenburgische Landesgeschichte sehr verdient gemacht und liefert Lesern mit Ausdauer eine Fülle neuer Erkenntnisse zur Arbeit von Behörden und Verwaltungen in der unmittelbaren Nachkriegszeit. *Mario Niemann*

Lenka Bobková/Tomáš Velička u.a.: Johann von Görlitz. Der dritte Sohn Karls IV. Görlitz/Zittau: Gunter Oettel 2019. 328 S., Abb., Diagr., Kart. (= Beihefte zum Neuen Lausitzischen Magazin 22).

Johann von Görlitz, der dritte Sohn von Kaiser Karl IV., hat im Gegensatz zu seinen älteren Brüdern Wenzel und Sigismund in der Forschung wenig Beachtung gefunden. Während Sigismund seit Jahren Gegenstand anhaltender Forschung ist, stellt der zu besprechende Band die erste umfassende Arbeit zu Johann seit Richard Gelbes Dissertation von 1883 dar.¹ Die Gründe hierfür mögen auf der Hand liegen: Zunächst war Johann nur eine relativ kurze Regierungszeit von zwölf Jahren gegeben, kein

¹ Richard Gelbe: Herzog Johann von Görlitz. Görlitz 1883.

Zeitraum, um sein eigentümliches Herrschaftsgebiet, das Herzogtum Görlitz, als festes Gebiet zu tradieren. So wie es durch Karl IV. in einer schnellen Entscheidung aus der Taufe gehoben worden war, verschwand es auch wieder im territorialen Dreieck aus dem heutigen Tschechien, Polen und Deutschland. Und hier liegt sicher ein weiterer Grund längerer Sprachlosigkeit der Forschung. Um Johanns Wirken angemessen zu erforschen, hat es der umsichtigen Quellenwürdigung in allen drei Gebieten gleichermaßen bedurft – eine nicht ganz leichte Aufgabe. Gemeinsam mit der tschechischen Luxemburger-Kennerin Lenka Bobková hat sich ein Team dieser Aufgabe angenommen und den hier zu besprechenden Band bereits 2016 auf Tschechisch veröffentlichen können. Dank weiterer länderübergreifender Förderungen ist es gelungen, 2018 auch eine deutsche Ausgabe herauszubringen. Das Ansinnen, einer möglichst breiten Forschungsöffentlichkeit Zugang zu gewähren, zeigt sich auch darin, dass eine englische sowie eine polnische Zusammenfassung besorgt worden sind (S. 217–243).

Der Band gliedert sich in drei Großkapitel. Zunächst beginnt Lenka Bobková mit einer biographisch-chronologisch ausgerichteten Darstellung von Johanns Leben und Wirken (S. 9–104). Das zweite Großkapitel (S. 105–175), ein Gemeinschaftsprojekt von Lenka Bobková, Tomas Velička und Mlada Holá, beschäftigt sich mit der Herrschaftspraxis Johanns, wobei hier klassische Zugänge für die Beschreibung von Herrschaft gewählt werden, indem Hof, Kanzlei und das Herrschaftszentrum Untersuchungsthemen bilden. Abgerundet wird dieses Kapitel mit einer Analyse von Johanns Itinerar. Das dritte Kapitel von Jan Zdichynec (S. 176–212) widmet sich der Rezeptionsgeschichte Johanns und verfolgt dabei gleichermaßen deutsche wie böhmische Wege der Überlieferung. Der Band schließt mit Regesten aller bekannten Schriftstücke Johanns von Görlitz sowie einem vollständigen Itinerar des Herzogs. Ergänzt wird dieser für weitere Forschungen überaus nützliche Abschnitt mit einer Konkordanz geografischer Bezeichnungen, wobei deutsche, tschechische und polnische sowie gegebenenfalls weitere Sprachen Berücksichtigung finden.

Bobková zeichnet im ersten Kapitel biographisch-chronologisch Johanns Lebensweg nach, wobei sie diesen Zugang thematisch orientiert, wenn sie sich mit Johanns Rolle als Herrscher, seinem Bezug zur Kirche oder seinen Beziehungen zu den Brüdern beschäftigt. Sie kann dabei auf die umfassende Quellenarbeit zurückgreifen, die in Gestalt der Regesten an anderer Stelle im Buch abgedruckt sind (S. 244–278). Herzog Johanns Herrschaftsraum umfasste einen Teil der Niederlausitz sowie einen Teil der Oberlausitz mit der Stadt Görlitz und dem Görlitzer Land. Johanns Herzogstitel bezog sich nur auf den Görlitzer Teil, für die Gebietsteile in der Niederlausitz firmierte er als Markgraf der Lausitz. Insgesamt behielt der böhmische König, also Johanns älterer Bruder Wenzel, die Oberhoheit über die territorialen Grundlagen Johanns. Ferner erhielt Johann die brandenburgische Neumark, weshalb er sich den Titel des Markgrafen von Brandenburg mit seinem älteren Bruder Sigismund teilte, der den bedeutenderen Teil der Markgrafschaft sowie die wichtige Kurstimme für sich allein beanspruchen durfte. Es zeichnen sich die Konturen eines jungen Herzogs ab, der sich in den gewohnten Bahnen eines spätmittelalterlichen Landesherrn bewegte. Es paarten sich ökonomische Begrenztheit mit den Repräsentationsansprüchen einerseits und den Kosten eines auch militärisch engagierten Luxemburgers andererseits. Profiteur dieser Lage war die Stadt Görlitz (S. 67f.), die sich im Trend der spätmittelalterlichen Herrschaftskommerzialisierung weitere Rechte und Privilegien sicherte. In dieses Bild passt auch Johanns Umgang mit der ererbten Neumark, die er als Veräußerungsobjekt behandelte (S. 87). Als Sohn Karls IV. qualifizierte er sich offenbar in seiner Frömmigkeit – Bobková attestiert ihm für seine Lebensspanne eine bemerkenswerte Anzahl frommer Aktivitäten (S. 84). Letztendlich entsteht das Bild einer unfertigen und begrenzten Herrschaft. Der entscheidende Faktor – neben den limitierenden Umständen der kurzen Lebensspanne und der begrenzten territorialen (und damit begrenzten finanziellen) Basis Johanns – ist die rechtliche und emotionale Stellung zwischen seinen Brüdern und dem älteren Vetter Markgraf Jost von Mähren. Bobková ist zuzustimmen, wenn sie meint, es sei nicht zweckmäßig, im Rahmen der vorliegenden Studie das kaum entwirrbare Geflecht der wechselnden Beziehungen zwischen den Luxemburgern gänzlich aufzudröseln (S. 86). Zugleich hätten mehr Interpretationen dazu eingeladen, Johanns Rolle in der Konstellation stärker zu konturieren – entweder um das Bild des bloßen Mitspielers oder Gegenspielers seiner Brüder (S. 179) vor dem Gesamtrahmen zu entwickeln oder um ihn punktuell in

seinem Herrschaftshandeln von den Praktiken seiner Brüder abzuheben. Johanns emotionale Nähe zu seinem neun Jahre älteren Bruder Wenzel (S. 38) wird jedenfalls aufgrund Wenzels erratischen Herrschaftsgebarens mehrfach auf die Probe gestellt worden sein und mag möglicherweise auch für Johanns Lebensende eine Rolle gespielt haben (S. 100–102).

Das Großkapitel zur Herrschaftspraxis beschreibt systematisch und gründlich die Entwicklung des Hofes, der Kanzlei samt Personal und das Itinerar. Zentral sind hier neben der genauen Untersuchung der Urkunden die Görlitzer Rechnungen. Sie geben genauso Hinweise auf Aufenthaltsorte Johanns wie auf das ihn begleitende oder von ihm entsandte Personal. Johanns Hof und seine Vögte waren teilweise bereits durch Karl IV. rekrutiert, und Johann betraute selbst vor allem Adel aus seinen Herrschaftsgebieten bzw. der unmittelbar angrenzenden Oberlausitz (S. 112). In diesem Sinne setzte er – anders als etwa Sigismund – nicht auf landfremdes Personal. Die Betrachtungen bleiben hier erneut konsequent beschreibend und lassen Raum für künftige Einordnungen. So wird etwa auf die ab 1388 veränderte Titulatur Johanns in den Urkunden hingewiesen, ohne mögliche Hintergründe zu nennen. Auch das in Grafiken dargestellte Verhältnis von Aufhalten Johanns zu seiner Verwaltungsaktivität (S. 154) oder die Aufschlüsselung der Empfängergruppen seiner Urkunden wird nicht interpretiert (S. 118). Nicht nur in diesem Kapitel, aber besonders hier, vermögen die Verfasser durch eine gute Auswahl an Bildern und Grafiken ihre Ausführungen zu veranschaulichen und damit der Geschichte mehr Leben und Übersicht zu verleihen.

Jan Zdichynec widmet sich dem „zweiten Leben“ des Herzogs, indem er dessen Würdigung und Überlieferung in der Historiographie im groben Rahmen skizziert, ehe er sich aus dem breiten Panorama der Möglichkeiten die naheliegende oberlausitzische und kontrastierend die böhmische Überlieferung als Untersuchungsobjekte vornimmt. Er entfaltet hier auf Basis einer bewundernswerten Kenntnis von wenigstens zwei Dutzend Historikern unterschiedlicher Provenienz, wie sich die Geschichtsschreibung zum Herzog über die Jahrhunderte entwickelt hat. Verdeutlicht wird, dass je nach sozialer Verortung der Historiker oder dem wissenschaftlichen Geist der Zeit Johann wahlweise als beispielsweise freundlich oder tugendlos und verschwenderisch gezeichnet worden ist. Zdichynec belegt, dass die Frühe Neuzeit der Prägeraum für die spätere Rezeption war und dass manche Stereotype sich seitdem fortsetzen. Sein Beitrag leistet damit den wichtigen Hinweis, sich als Historiker und Historikerin der eigenen Verortung und der Gebundenheit der verwendeten Sekundärliteratur stets bewusst zu sein, und erneuert einmal mehr die Bedeutung der Forderung „ad fontes!“.

Hervorzuheben ist, besonders vor dem von Zdichynec so gründlich erarbeiteten historiographischen Hintergrund, dass Herzog Johann als eigenständige Herrschaftsfigur beschrieben und es unterlassen wird, ihn nur in verengter Perspektive, etwa als unterlegenen dynastischen Gegenspieler, darzustellen. Der Band bietet so in seiner vorgestellten Gesamtkonzeption eine umfassende Vollgeschichte, die eine profunde Grundlage für zukünftige Interpretationen und Zuspitzungen bietet. Nur manchmal hätte der Rezensent sich gewünscht, dass eben dies auch aus der Perspektive der gut informierten Verfasserinnen und Verfasser passiert. Vor allem im kurzen Abschluss wagen sie sich etwas vor, wenn sie Johann als fähigen und ehrgeizigen Luxemburger bezeichnen und Johanns Lage im Familiengeflecht als störend für die ehrgeizigen und älteren Luxemburger Jost und Sigismund charakterisieren (S. 214). Schließlich formulieren sie Forschungsdesiderata, deren Bearbeitung sie sich wünschten. Der Band stellt dafür eine hervorragende Ausgangsbasis dar. *Jan Wulf Winkelmann*

Monika Böning: Die mittelalterlichen Glasmalereien in Havelberg mit Beetzendorf und Jerichow. Berlin/Boston: De Gruyter 2018. 361 S., zahlr. teils farb. Abb. (= Corpus Vitrearum Medii Aevi XIX, 4).

Seit karolingischer Zeit bis ins 16. Jahrhundert hinein liebte man es vor allem nördlich der Alpen, die Gotteshäuser mit farbigen Bild- und Ornamentfenstern zu schmücken. Ab dem 12. bis ins 14. Jahrhundert erlebte die monumentale Glasmalerei ihre Blüte mit den riesigen Fensterflächen der gotischen Kathedralen. Wohl die meisten mittelalterlichen Kirchen wiesen zumindest partiell

Farbverglasungen auf. Für ihre Herstellung scheute man weder Kosten noch Aufwand. In einem arbeitsteiligen Prozess entstanden sie als mosaikartige Kompositionen aus farbigen Glasstücken, die mit Schwarzlot bemalt und durch Bleiruten zu Bildern verbunden wurden. Ihre Schönheit und Bestimmung offenbarten sie erst nach ihrem Einbau in die Architektur. Tageslicht wurde durch sie in farbiges Licht verwandelt, das die Bilder aufbaute. Das Bleirutenetz trat als gliedernde, feinnervige Zeichnung in Erscheinung. Die aufgebrannte Bemalung modulierte das Licht, was den Eindruck einer farblich abgestuften Malerei erweckte. Die wie aus sich selbst leuchtenden Fenster schirmten als edelsteinartig funkelnde Farbwände den Kirchenraum gegen die Außenwelt ab. Zugleich füllten sie ihn mit einem überirdisch anmutenden Dämmerlicht. Die in ihnen dargestellten Heiligen schienen zum Leben erwacht ihre Botschaften herabzusenden. Dem mittelalterlichen Menschen waren die farbglühenden Bildfenster „göttliche Schriften, die das klare Licht der wahren Sonne, nämlich Gottes, in die Kirche, d.h. in die Herzen der Gläubigen ergießen und die Anwesenden erleuchten“. (Durandus von Mende) Aus dieser Bedeutung erklärt sich die ungeheure Wertschätzung der Glasmalerei im Mittelalter.

Heute sind die meisten Kirchen ihres kostbaren Schmucks beraubt. Nur ein geringer Prozentsatz hat die Zerstörungen durch die Jahrhunderte überlebt, vielfach in fragmentarischem, durch Umwelteinflüsse geschädigtem Zustand sowie herausgerissen aus den ursprünglichen architektonischen und Bildzusammenhängen. Wohl aus diesen Gründen nimmt die monumentale Glasmalerei in der mediävistischen Kunstgeschichte nicht annähernd den Platz ein, der ihr gebührt.

Dem 1952 gegründeten internationalen Forschungsunternehmen *Corpus Vitrearum Medii Aevi* (CVMA), das seit 1956 unter dem Patronat der „Union Académique Internationale“ steht, ist ein einsetzender Wandel in der Wahrnehmung der lange als Kunsthandwerk geringgeschätzten Glasmalerei zu verdanken. Nach Abschluss des Projektes wird sie die am besten dokumentierte Kunstgattung sein. Ziel ist die vollständige Erfassung nach einheitlichen Richtlinien. Die in ihrem Erhalt weiterhin sehr gefährdete, äußerst fragile Kunstgattung wird so fixiert und der Nachwelt überliefert. Für die weiterführende Forschung entstehen unerlässliche Grundlagenwerke. Die deutschen Glasmalereien werden von den CVMA-Arbeitsstellen in Freiburg und Potsdam bearbeitet, die bei den Akademien der Wissenschaften in Mainz und Berlin angesiedelt sind.

Mit der Publikation über die Glasmalereien in Havelberg, Beetzendorf und Jerichow ist ein weiterer Band dieses verdienstvollen Vorhabens erschienen. Mit einem einleitenden Kapitel zu den historischen Voraussetzungen geht er über die ohnehin hohen Qualitätsmaßstäbe noch hinaus. Es folgt eine kunstgeschichtliche Einleitung. Beide Kapitel sind reich mit schwarz-weiß und Farbfotos bebildert und mit einem umfangreichen Anmerkungsapparat versehen. Sie zeugen von einer profunden Kenntnis des Forschungsstandes und dem Anliegen, die historischen und kunsthistorischen Hintergründe möglichst umfassend zu beleuchten. Die außerordentliche Ausführlichkeit macht dem Leser die Lektüre jedoch nicht leicht. Mit dem Hinweis auf die reiche Bautätigkeit im Mittelalter und das Wirken zahlreicher, unterschiedlich geschulter Glasmalerei-Werkstätten, darunter die sogenannte Altmarkwerkstatt, in der landesherrliche Glasmalerei-Stiftungen von herausragender Qualität ausgeführt wurden, wird die Bedeutung der monumentalen Glasmalerei auch für die Mark umrissen.

Im zweiten Drittel des Bandes werden die drei Kirchen mit Bibliografie nebst Forschungsstand, Glasmalereibestand, Überlegungen zu dessen Rekonstruktion, Geschichte des Gebäudes sowie der Verglasung vorgestellt, gefolgt von der akribischen Dokumentation jeder einzelnen Scheibe und jedes Fragments mit Angabe der Maße, Inschriften, Erhaltung, Ikonografie, Stil, Farbigkeit und Datierung nebst ausführlichem Anmerkungsapparat und vergleichenden Bildbeispielen. Beigefügt ist jeweils eine schematische Zeichnung.

In der Pfarrkirche St. Marien in Beetzendorf befindet sich ein 1859 aus spätmittelalterlichen Bruchstücken zusammengesetztes Fenster, darunter figürliche Kompositionen. Ihre Herkunft ließ sich nicht nachweisen. Der Scherben mit figürlicher Malerei in Jerichow wurde neben drei anderen farbigen Fragmenten aus dem Schutt geborgen. Es wird eine stilistische und historische Nähe zu den Glasmalereien in der Prämonstratenser-Klosterkirche Arnstein a.d. Lahn und dem berühmten Glasmaler Meister Gerlachus vermutet.

Von der Farbverglasung des 1170 geweihten Havelberger Doms St. Marien, der Bischofskirche des im 10. Jahrhundert durch König Otto II. gegründeten Bistums Havelberg, ist nichts mehr bekannt. In den Fenstern nord XIII und nord XIV sind wenige Reste von drei Typen Ornamentscheiben aus geometrischen und pflanzlichen Motiven erhalten geblieben, die um 1330 in die erste Phase des gotischen Umbaus datieren. Sie könnten sich ursprünglich in den Fenstern der oberen Chorkapellen befunden haben. Die mit Farbgläsern bereicherten Grisaillemalereien weisen eine Verwandtschaft zu Scheiben im Doberaner Münster auf, was vielleicht auf künstlerische und politische Verbindungen schließen lässt. Sie sind Teil der in dieser Bauphase entstandenen Ausstattung, von der noch die Triumphkreuzgruppe, zwei Sandsteinleuchter und das einstige Hochaltarretabel (heute Dorfkirche Rossow) mit seinen Schnitzfiguren zeugen.

Um 1410, in die Abschlussphase des gotischen Umbaus, datieren Reste eines Christuszyklus im nördlichen Seitenschiff, von dem noch 69 Scheiben (mit späteren Ergänzungen) erhalten sind, und zwei Scheiben mit mittelalterlichen Resten aus dem südlichen Seitenschiff (heute im Prignitz-Museum). Die Glasmalereien behaupten eine künstlerische Eigenständigkeit gegenüber anderen Verglasungen und sind das Werk einer von böhmischer Kunst inspirierten Arbeitsgruppe. Der Standort der Werkstatt wird in Magdeburg vermutet. Sie hat auch die Flügelgemälde des Hochaltarretabels geschaffen und ebenso die Verglasungen der Dome in Halberstadt und Stendal sowie des Langhauses der Werbener Johanniskirche. Die anhaltende Vorbildlichkeit der Prager Kunst zeigt sich im Havelberger Dom auch bei den vom expressiven Meister geschaffenen Figuren des steinernen Lettners und bei der importierten Grabplatte des 1410 verstorbenen Bischofs Johannes II. Wöpelitz, dem Initiator und Stifter der neuen, stilistisch durchaus vielfältig beeinflussten Ausstattung.

Wie immer ist der Band mit einem ausführlichen Literaturverzeichnis, Regesten (bearbeitet von Ulrich Hinz und Martina Voigt) und einem mehrteiligen Register ausgestattet. Das Werk schließt mit einem Überblick über bereits erschienene und in Vorbereitung befindliche Bände. Dass die Bildtafeln im letzten Drittel des Bandes traditionell nur schwarz-weiß wiedergegeben sind, ist in Anbetracht der größeren Informationsfülle und der besseren Lesbarkeit von Farbfotos ein wenig zu bedauern.

Mit dem CVMA-Band zu den Verglasungen in Beetzendorf, Havelberg und Jerichow hat Monika Böning, langjährige Mitarbeiterin der Potsdamer Arbeitsstelle, einen weiteren wertvollen Baustein zur mittelalterlichen Glasmalerei- und Kunstgeschichte der Mark Brandenburg vorgelegt, der nicht zuletzt von der wissenschaftlichen Akribie und der Hingabe der Autorin an die von ihr bearbeiteten Artefakte zeugt.

Sylvia Müller-Pfeiffruck

Hansgeorg Bräutigam: Terroristen vor dem Kammergericht. Drei Berliner Strafprozesse nach 1968. Berlin: Berlin Story Verlag 2020. 142 S., Abb.

In der Nachkriegsgeschichte des Berliner Kammergerichts nehmen die mit den Namen Horst Mahler, Peter Lorenz, Günter von Drenkmann und Mykonos verbundenen Strafverfahren, in denen sich die Richter mit unterschiedlichen Formen des Terrorismus auseinandersetzen hatten, einen prominenten Platz ein. Autor Hansgeorg Bräutigam arbeitete über Jahrzehnte hinweg im Berliner Justizdienst und war zuletzt als vorsitzender Richter am Landgericht tätig. An den genannten Verfahren war er zwar nicht direkt beteiligt, mit den in die Prozesse involvierten Richtern und Anwälten jedoch persönlich bekannt. Der Sache nach handelt es sich bei dem vorliegenden Band also um einen sich an eine breitere Leserschaft wendenden Zeitzeugenbericht aus der Berliner Justiz.

Im ersten Kapitel widmet sich Bräutigam dem zwischen Oktober 1972 und Februar 1973 geführten Prozess gegen Mahler, der zu den Schlüsselfiguren jener linksradikalen Gruppierungen zählte, die sich im Anschluss an den Tod des Studenten Benno Ohnesorg durch eine Kugel des später als Stasimitarbeiter enttarnten Polizisten Karl-Heinz Kurras am 2. Juni 1967 gebildet hatten. Die Anklage lautete auf Mitgliedschaft in der Baader-Meinhof-Bande, der zu diesem Zeitpunkt mehrere Banküberfälle zur Last gelegt wurden. Im Vorfeld des Verfahrens, in dem 321 Zeugen und 40 Sachverständige gehört wurden, waren die Sicherheitsvorkehrungen massiv verstärkt worden, da

die Justiz aufgrund ihrer vielfach als ungenügend empfundenen Aufarbeitung des NS-Unrechts zu den bevorzugten Zielen des Terrorismus zählte. Bräutigam erinnert in diesem Zusammenhang an den gescheiterten Anschlag auf den Landgerichtsdirektor Hans Heinsen (1969) und die Ermordung von Generalbundesanwalt Siegfried Buback (1977). Auch im Gerichtssaal standen die Zeichen auf Konfrontation. Mahler, von Haus aus selbst Jurist und Gründungsmitglied eines „sozialistischen Anwaltskollektivs“, nutzte jede Gelegenheit zu menschenverachtenden politischen Erklärungen, die in seinem an die Justiz gerichteten Schlusswort gipfelten: „[...] mit denen redet man nicht, auf die schießt man.“ (S. 37) Währenddessen wendeten seine Verteidiger Otto Schily und Christian Ströbele (eine Kombination, die man sich heute kaum noch vorzustellen vermag) die Instrumente der Strafprozessordnung konsequent gegen das Gericht, um dieses verächtlich zu machen. Mit zahllosen Anträgen zwangen sie den Senat immer wieder zur Beschlussfassung ins Beratungszimmer. Dabei machte der zunehmend verärgerte Senatsvorsitzende Paul Jericke gegenüber Schily nicht nur in den Augen der Presse keine gute Figur und musste nach 21 Verhandlungstagen und einem erfolgreichen Befangenheitsantrag durch seinen Beisitzer Raimund Zelle ersetzt werden. Das Verfahren endete schließlich mit einem Urteil zu zwölfjähriger Freiheitsstrafe wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung und gemeinschaftlichen schweren Raubes. In den folgenden Jahren eskalierte die innenpolitische Situation weiter. Am 10. November 1974 wurde Kammergerichtspräsident Günter von Drenkmann vor den Augen seiner Frau in seinem Haus erschossen.

Bald darauf, am 27. Februar 1975, entführten Terroristen der Bewegung 2. Juni den Berliner CDU-Landesvorsitzenden Peter Lorenz, der wenig später freikam, nachdem sich die Bundesregierung in einem Akt der Schwäche auf die Forderung der Entführer eingelassen hatte, mehrere inhaftierte Terroristen in den Jemen auszufliegen. Im April 1978 begann schließlich der Prozess gegen Ralf Reinders, Ronald Fritzsch, Gerald Klöpffer, Till Meyer, Fritz Teufel und Andreas Vogel, denen als Mitgliedern der Bewegung 2. Juni neben dem Mord an Drenkmann und der Entführung von Lorenz zahlreiche weitere Delikte zur Last gelegt wurden. Wie bereits im Verfahren gegen Mahler war die Atmosphäre im Saal von massiven Beleidigungen des Gerichts durch die Angeklagten und zahllosen Befangenheitsanträgen gegen Vorsitzenden und Beisitzer geprägt. Teile des Publikums lieferten sich derweil Schlägereien mit der Polizei. Meyer gelang im Mai 1978 die Flucht aus der Untersuchungshaft, wurde indes im Juni in Bulgarien durch deutsche Polizisten in Zivil festgenommen. Mehrere Verteidiger standen unter Verdacht der Beihilfe. Da die Angeklagten zur Sache schwiegen, sah sich das Gericht auf Indizien sowie die Aussagen von Zeugen und Sachverständigen verwiesen. Zweifel bestanden sowohl an der Darstellung eines als Kronzeugen fungierenden V-Mannes des Verfassungsschutzes als auch an der Identifizierung von Reinders als Todesschütze durch die Witwe Drenkmanns. Im Oktober 1980 wurden die Angeklagten deshalb vom Mord an Drenkmann frei-, jedoch wegen Beteiligung an der Geiselnahme von Lorenz und diversen Raubüberfällen schuldiggesprochen.

13 Jahre später hatte das Kammergericht über Staatsterrorismus zu verhandeln. Am 17. September 1992 waren im Wilmersdorfer Restaurant „Mykonos“ vier hochrangige Vertreter der Demokratischen Partei Kurdistans, die für einen Regimewechsel im Iran eintrat, durch Schüsse aus einer Maschinenpistole getötet worden. Angeklagt wurden fünf mutmaßliche Mitarbeiter des iranischen Geheimdienstes, als Nebenkläger trat unter anderem Otto Schily auf. Das international stark beachtete und unter starken Sicherheitsvorkehrungen durchgeführte Verfahren führte bei einem Freispruch zu Freiheitsstrafen zwischen fünf Jahren und lebenslänglich. Für Aufsehen und diplomatische Spannungen sorgte dabei insbesondere jener Passus der Urteilsbegründung, in dem die iranische Regierung als Drahtzieher des Anschlages bezeichnet wurde. Die an dem Urteil beteiligten Richter waren gezwungen, mitsamt ihren Familien für geraume Zeit abzutauchen.

Bräutigam liefert einen Zeitzeugenbericht aus richterlicher Perspektive, der als solcher für die historische Forschung noch an Wert gewonnen hätte, wenn der gerichtlichen Entscheidungsfindung und ihren Problemen mehr Platz eingeräumt worden wäre. Zur psychologischen Belastung, die mit der Leitung solcher Verfahren für den vorsitzenden Richter einhergegangen sein muss, hätte man gern noch mehr gelesen. Besonders bei der Schilderung des Mykonos-Verfahrens dominiert jedoch eine detaillierte Schilderung von Planung und Tathergang, bei der sich der Autor eng an die Urteils-

begründung hält, ohne die richterliche Konstruktion des Sachverhalts als solche zu problematisieren. Aufschlussreich ist hingegen Bräutigams von Ablehnung geprägte Wahrnehmung der Konfliktstrategie Schilys und Ströbeles im Mahlverfahren. Soziologie und Rechtstheorie schreiben Anwälten gemeinhin die Funktion zu, durch Übernahme von in der Justiz etablierten Interaktionsregeln dem Gericht gegenüber „unbezahlte zeremonielle Arbeit“ (Niklas Luhmann) zu leisten und eine „Vermachtung und Kommodifizierung“ rechtlichen Wissens zu bewirken (Alexander Somek). Gegen diesen *common sense* verstieß die Verteidigungsstrategie von Mahlers Anwälten grundlegend. In all seiner Schärfe war dies gewiss nicht repräsentativ. Es indiziert jedoch gleichwohl einen Kulturwandel, zu dem es im Laufe der 1970er Jahre auch jenseits hochpolitischer Verfahren gekommen ist und der das Interesse der Justizforschung verdient.

Tobias Schenk

Demerthin. Das Dorf – die Kirche – das Schloss, hrsg. von Friedrich von Klitzing und Wolf-Dietrich Meyer-Rath. Berlin: Lukas Verlag 2021. 192 S., zahlr. Abb.

Die Prignitz gehört zweifellos zu den spannendsten Kulturlandschaften Brandenburgs. Das hat sie einerseits ihrer Nachbarschaft zur Altmark zu verdanken, von der sie lange beeinflusst wurde, aber auch der Grenzlage zu Mecklenburg mit seinem küstenländischen Gepräge.

Die Prignitz stand zwar nicht im Zentrum der Erzählungen Theodors Fontanes, aber Geschichte und Geschichten gibt es auch hier viele zu erzählen. Dieser Aufgabe in Form eines kleinen Sammelbands haben sich, nach einem Konzept von Gordon Thalmann, die Herausgeber Wolf-Dietrich Meyer-Rath und Friedrich von Klitzing gewidmet. Im Mittelpunkt steht das Dorf Demerthin nordöstlich von Kyritz, vielen bekannt durch seine Lage an der Chaussee von Berlin nach Hamburg, der heutigen Bundesstraße 5, und durch sein ungewöhnliches Herrenhaus aus der Renaissance, hier ob seiner herrschaftlichen Ausstrahlung landläufig „Schloss“ genannt. Das reich und farbig bebilderte Buch ergänzt und erweitert den schmalen Band *Die spätmittelalterlichen Wandmalereien in der Dorfkirche zu Demerthin* von 2014.

Mehrere Gruß- und Geleitworte illustrieren die Bedeutung Demerthins für die brandenburgische Landesgeschichte und Kunstlandschaft. Insgesamt zwölf Autoren widmen sich in drei Kapiteln, teilweise mit mehreren Beiträgen, sowohl dem Dorf und seiner Geschichte allgemein, dann der Kirche und abschließend dem Schloss. Die Einleitung übernimmt Kay Richter mit seinem Überblick zur Gemarkung Demerthin mit Perspektive auf bekannte Bodendenkmale und sprechende Flurnamen der Feldmark (S. 12). Darin erfahren wir unter anderem den Standort des mittelalterlichen Vorgängers des späteren Herrnsitzes, vermutlich eine Turmhügelburg. In der Schmettauschen Karte im Norden als „Burg Wall“ bezeichnet, findet sich südlich der heutigen Ortslage die Entsprechung der alten „Dorfstaedte“ – beides häufige Flurnamen in historischen Gemarkungen. Bemerkenswert erscheint der Fund ausschließlich slawischer Keramik im Bereich des überlieferten Flurnamens, denn er spricht für eine ungewöhnlich lange mündliche Überlieferung einer früheren Siedlung. Die Frage nach dem Alter der zumeist als früh eingeordneten Planform eines „Rundlings“ (S. 15) relativ weit östlich der Elbe wäre archäologisch von Interesse.

Im folgenden Beitrag widmet sich Hans Joachim Schmitt dem Ursprung des Namens Demerthin (S. 20). Er rekurriert allgemein auf das Brandenburgische Namenbuch (ohne in diesem Fall die Bearbeiterin des 1989 erschienenen Prignitzbandes namentlich zu erwähnen)¹ und die dort postulierten namenkundlichen Anleihen aus dem romanischen Sprachraum. Auch wenn die lautliche Analogie des 1438 „damertin“ genannten Prignitzer Dorfs zu den französischen resp. belgischen Orten namens „Dommartin“ verführerisch sein muss, reicht nach Auffassung des Rezensenten die vielzitierte Textstelle aus Helmold von Bosaus Slawenchronik zur Herkunft der Siedler im Mittelalter

¹ Sophie Wauer: Brandenburgisches Namenbuch, T. 6: Die Ortsnamen der Prignitz. Weimar 1989 (= Beiträge zur Namensforschung 7), S. 416.

als Beleg dafür nicht aus. Gäbe es weitere Indizien wie ein „exotisches“ Patrozinium, wie wir es für das südmecklenburgische Benthen kennen? (Weiheurkunde von 1267, u.a. mit den rheinländischen Patrozinien Florentius und Cassius), außerdem vielleicht analoge Ortsnamenübertragungen, erschiene die Idee mehr plausibel, aber an dieser Stelle wäre eine neuerliche onomatische Analyse durch Slawisten wünschenswert. Erschwerend fällt auch die späte urkundliche Ersterwähnung ins Gewicht, die uns den Namen 1375 erst eineinhalb Jahrhunderte nach Ortsgründung überliefert. Torsten Foelsch nimmt sich in gewohnt kenntnisreicher Form der Ortsgeschichte an, die den Kenntnisstand des Ortslexikons durch eigene Archivstudien ergänzt und erweitert, ansprechend bebildert, ein breites historisches Fundament für Demerthin bietet (S. 24).

Der Abschnitt zur Kirche beginnt mit einer Vorstellung ihrer Baugeschichte durch Gordon Thalmann (S. 42), mit instruktivem Baualtersplan. Besonders spannend erscheinen dabei die neuen archäologischen Erkenntnisse zu den Fundamentresten eines kleineren Vorgängerbauwerks, vermutlich aus Fachwerk. Der heutige Feldsteinbau wurde nach Ausweis dendrochronologischer Untersuchungen im Jahr 1435 fertiggestellt – ein wichtiger Fixpunkt für die zeitliche Einordnung der Wandmalereien. Diesen widmen sich gleich mehrere Autoren, nach Thalmann ist es Peter Knüvener, der kenntnisreich die Malereien innerhalb der weiten brandenburgischen Kunstlandschaft beschreibt und einordnet (S. 50). Seine Verortungen in einem Kontext hohen theologischen und künstlerischen Anspruchs unterstreichen die folgenden Ausführungen von Hartmut Kühne und Nadine Mai, die sich den ikonographischen wie den kultur- und frömmigkeitsgeschichtlichen Hintergründen widmen (S. 58). Ihren detaillierten Ausführungen ist auch zu entnehmen, dass der Entstehungszeitraum der Wandmalereien erst nach Gründung und Ausbreitung der Rosenkranzbruderschaften (ab 1475) und in Nachfolge populärer Holzschnitte (z.B. Mariensalter von Zinna 1493) am Ausgang des 15. Jahrhunderts zu suchen sein kann. Der folgende Abbildungsblock führt dem Leser die reiche Vielfalt der Wandmalereien vor Augen, Übersichten in der Klappenbroschur erleichtern die Orientierung.

Hans Burger widmet sich im nächsten Beitrag der Entdeckungs- und Restaurierungsgeschichte der Wandmalereien, die bereits 1968/69 durch das Berliner Institut für Denkmalpflege freigelegt und gesichert wurden und die sich noch nach über einem halben Jahrhundert in gutem Zustand befinden (S. 108). Bemerkenswert erscheint die unterschiedliche Akzeptanz eines für die Fachwelt überraschend vollständigen, für die damaligen Gemeindemitglieder aber erschreckend fragmentarischen Zustands der Malereien. Die aus heutiger Sicht dennoch gelungene Neugestaltung des Kirchenraums bekrönt der prächtige barocke Kanzelaltar aus der 1. Hälfte des 18. Jahrhunderts, dem sich der Kurzbeitrag von Werner Ziems widmet (S. 118).

Der abschließende Teil des Buchs gehört dem Schloss Demerthin. Torsten Foelsch unterrichtet uns eingehend über die regionale Familiengeschichte der Familie von Klitzing (S. 122), bevor er sich dem Hauptgebäude sowie Wirtschaftsbauten und Parkanlage zuwendet (S. 132). Es ist ein guter Überblick über seine Entwicklungsgeschichte vom spätmittelalterlichen Festen Haus hin zu einem beeindruckenden Herrenhaus der Renaissance mit seinen jüngeren Veränderungen und Hinzufügungen. Hier hätte man sich mehr bildnerische Einblicke in das Schloss selbst, seine Bautechnik und vielleicht einen Baualtersplan gewünscht, zumal es dort in den 1990er Jahren umfangreiche Bauforschungen gegeben hat. Die historische Bedeutung und Restaurierung des für Norddeutschland seltenen Sitznischenportals von 1604 in seiner barocken Farbfassung beschreibt Friedrich von Klitzing (S. 144), die durch die Umbrüche und Wirren des 20. Jahrhunderts untergegangene reiche Ausstattung Torsten Foelsch (S. 150). Das ist umso bedeutender, als es zu den Mobilien der Herrenhäuser nur mehr wenige Informationen gibt, da auch die Gutsarchive größtenteils vernichtet wurden. Diese

2 Mecklenburgisches Urkundenbuch, Bd. 4. Schwerin 1867, S. 218, Nr. 2693 (5. Juli 1267). – Jürgen Petersohn: Der südliche Ostseeraum im kirchlich-politischen Kräftespiel des Reichs, Polens und Dänemarks vom 10. bis 13. Jahrhundert. Mission – Kirchenorganisation – Kulturpolitik. Köln/Wien 1979 (= Ostmitteleuropa in Vergangenheit und Gegenwart 17), S. 490. – Die Form der Übertragung liegt im Dunkeln, eine Zwischenstation in der Altmark ist aus siedlungsgeschichtlichen Gründen nicht auszuschließen.

traurigen Verluste und Ungerechtigkeiten gehören zweifellos mit zur Katastrophe des nationalsozialistischen Angriffskriegs und der anschließenden europäischen Grenz- und Machtverschiebungen. Foelsch verlässt jeweils an dieser Zäsur leider den sonst sachlichen Ton und wertet die Enteignungen der Nachkriegszeit entweder als „sog. ‚demokratische‘ Bodenreform“ (S. 40) oder „kommunistische ‚Bodenreform‘ von 1945“ (S. 143). Zu den historischen Unschärfen gehört auch, dass die deutschen Gebiete 1945 nicht (umgangssprachlich pejorativ) von den Russen, sondern tatsächlich von der Sowjetunion besetzt waren, was er weiter oben auch korrekter beschreibt („Einmarsch der Roten Armee“ oder wiederum umgangssprachlich „Besetzung Demerthins durch die Sowjets“, S. 156). Es empfiehlt sich wohl eine zeithistorische Fortführung der Demerthin-Forschungen, die sich dem Kriegsende und den Schicksalen der alten und neuen Bewohner widmet. Mit der DDR ist die nächste historische Epoche bereits über dreißig Jahre Vergangenheit und harret mit den Themen der nationalsozialistischen Jahre, der Ankunft von Flüchtlingen aus den deutschen Ostgebieten, der Bodenreform bis hin zur Kollektivierung sowie der Alltagsgeschichte einer kritischen Bearbeitung.

Die Brücke in die Gegenwart bauen die beiden letzten kurzen Buchbeiträge. Friedrich von Klitzing widmet sich dem Patronatsfriedhof „Dunkle Horst“, der nach dem Krieg vernachlässigt und nach der Wende von der Familie des Autors wiederinstandgesetzt wurde (S. 158). Georg Frank und Andreas Salgo berichten über die vielfältigen denkmalpflegerischen Bemühungen, das Schloss zu sichern und einer zukünftigen adäquaten Nutzung zuzuführen – was bis heute leider noch nicht gelungen ist (S. 162).

Der Sammelband ist ein facettenreicher neuer Mosaikstein zur reichen brandenburgischen und Prignitzer Geschichte. Erfreulich sind die zahlreichen Wiedergaben von Archivalien, Karten, Luftbildern und historischen sowie gegenwärtigen Abbildungen, die das Buch beleben. Dem Berliner Lukas Verlag ist für die ansprechende Gestaltung und die Aufnahme in sein landesgeschichtliches Programm zu danken.

Tilo Schöpfbeck

Rainer Eckert: Archivare als Geheimpolizisten. Das Zentrale Staatsarchiv der DDR in Potsdam und das Ministerium der Staatssicherheit. Leipzig: Universitätsverlag 2019. 177 S.

Anders als der Titel es vielleicht vermuten lässt, wird die Berufsgruppe der Archivmitarbeitenden nicht unter einen Generalverdacht gestellt. Rainer Eckert greift sowohl auf seine persönlichen Erfahrungen als auch auf Forschungsergebnisse zurück, wenn er sich in vorliegendem Buch mit der Rolle einzelner Akteure des Zentralen Staatsarchivs der DDR und dem Einfluss der Staatssicherheit beschäftigt.

Der aus Potsdam stammende Autor erweist sich hier als ein profunder Kenner der Materie. Seine eigenen biographischen Stationen weisen mehrfach Berührungspunkte mit der Staatssicherheit auf. Der Weg zum späteren Direktor des zeitgeschichtlichen Forums in Leipzig und zur außerplanmäßigen Professur für politische Wissenschaften an der Universität Leipzig war für Rainer Eckert steinig. Am Anfang stand die Rückgabe seines frisch erworbenen Studienplatzes als Geschichtslehrer 1968 nach dem Einmarsch der Warschauer Vertragsstaaten in die ČSSR. Nach einem Jahr als Archivhilfskraft im Staatsarchiv Potsdam wurde er zum Studium der Archivwissenschaft und der Geschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin zugelassen. Hier wurde er noch vor Studienabschluss wegen oppositionellen Verhaltens 1972 relegiert. Das MfS hatte zu diesem Zeitpunkt umfangreiche Materialien über ihn und seine Kommilitonen wegen „staatsfeindlicher Hetze“ zusammengetragen, darunter einen vierbändigen Vorgang mit der Bezeichnung „Demagoge“.

Eckert arbeitete vorübergehend in der Baubranche und legte berufsbegleitend sein Diplom ab, war danach als Bibliothekar an der Akademie der Wissenschaften tätig. 1984 wurde er promoviert und arbeitete am Deutschen Institut für Geschichte. In dieser Zeit stand er weiterhin unter Beobachtung der Staatssicherheit, es erfolgte noch ein gescheiterter Anwerbeversuch als Inoffizieller Mitarbeiter (IM) und schließlich 1988 die endgültige Klassifizierung als „Staatsfeind“. Diese und weitere überlieferte Unterlagen der Staatssicherheit hatte Eckert bereits in den frühen 1990er Jahren gesichtet und darüber mehrfach publiziert und vorgetragen.

Einen neuen Impuls erhielt er unverhofft im Jahre 2017 durch eine neue Veröffentlichung, in der eine Kommilitonin Eckerts genannt wird, welche später im Zentralen Staatsarchiv der DDR als Inoffizielle Mitarbeiterin „Sonja“ tätig war.¹ Hinweise auf den Einsatz weiterer Inoffizieller Mitarbeiter unter den dortigen Archivmitarbeitenden weckten seine Neugier. Eckert widmet sich nun den Strukturen dieser Institution und fragt nach der Tätigkeit von Archivaren als „Geheimpolizisten“. Er will bewusst keine komplexe Archivgeschichte des Hauses vorlegen, sondern vielmehr die vielschichtige inoffizielle Zusammenarbeit dieser Mitarbeiterschaft mit dem Staatssicherheitsdienst und die Auswirkungen schildern.

Unter Heranziehung der durch Überwachung und Abschöpfung entstandenen Quellen und weiterer Sekundärliteratur stellt Rainer Eckert die Entwicklung des Deutschen Zentralarchivs (DZA)/ Zentralen Staatsarchivs der DDR (ZStA) und seine Beziehungen zur Staatlichen Archivverwaltung (StAV) und zum Potsdamer Landeshauptarchiv/Staatsarchiv in den Mittelpunkt. Dem aufmerksam Lesenden erschließt sich in den sehr detaillierten Schilderungen zu strukturellem und mitunter personellem Beziehungsgeflecht eine facettenreiche Welt archivarischer Rekrutierung und Tätigkeit einschließlich des Selbstverständnisses zwischen Bewahrung und Innovation.

Eckert erläutert Wirken und Wirksamkeit der dort eingesetzten Inoffiziellen Mitarbeiter. Dabei stellt er die bereits bekannten, das heißt enttarnten Personen mit ihren Biographien und dem Ausmaß ihrer Tätigkeit vor, hinterfragt ihre Motive der Zusammenarbeit und macht auf den möglicherweise angerichteten Schaden aufmerksam. Darüber hinaus benennt er jedoch auch Inoffizielle Mitarbeiter, deren Klarnamen unbekannt oder offenbar ungesichert sind. Heraus kommt ein dichtes Netz an Zuträgern in der Einrichtung, zuletzt unter Leitung des Führungs-IM „Martin“, welches über aktuelle Zustände und Stimmungen berichtete. Ausgehend von jeweiliger Aufgabenstellung und den Persönlichkeitsstrukturen einzelner IM erfolgte jedoch in der Praxis in sehr unterschiedlichem Ausmaß die Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit. Im Ergebnis entstanden sowohl zahlreiche Berichte mit dienstlichen Bezügen, die von Sachlichkeit geprägt waren, als auch welche mit denunziatorischem Charakter. Darüber hinaus wurden gern Schilderungen zum Privatleben der Mitarbeiter durch die Staatssicherheit abgegriffen. Deshalb sind hier auch Zufallsbefunde überliefert, die sich etwa auf regionale Bildungseinrichtungen, Hausbewohner oder Hobbys beziehen. Hierüber werden oftmals interessante Einblicke in den DDR-Alltag gewährt.

Insgesamt zeichnet Rainer Eckert die Entwicklung des DZA/ZStA eindrucksvoll nach, benennt epochebestimmende historische Ereignisse, Personen und Strukturen. Dabei analysiert er die Erfolge und das Scheitern jahrzehntelanger Überwachungs- und Zersetzungstätigkeit der Staatssicherheit. Das enorme Sicherheitsbedürfnis und die damit verbundene Kontrolle von Archivmitarbeitern und -besuchern, insbesondere aus dem westlichen Ausland, waren dabei Motiv und Motor des Geheimdienstes.

Aufgeschlossene können mit vorliegendem Buch gut in die Archivlandschaft der DDR und ihre Genese einsteigen – und werden mit Gewinn den zuweilen sehr eingehenden Darstellungen folgen. Doch mancher Ausführungen und Andeutungen gerade zum Privatleben wie etwa intimer Kontakte oder Entwicklung der Kinder sowohl der IM, aber erst recht der Bespitzelten hätte es nicht bedurft. Viele Protagonisten sind namentlich bekannt oder können leicht erschlossen werden. Der angemessene Umgang mit der Hinterlassenschaft der Staatssicherheit und ihrer quellenkritischen Auswertung ist zuweilen ein Balanceakt. Die in den Stasiunterlagen ausgebreiteten Informationen und deren Interpretationen verführen mitunter zu starker Transparenz. Hier sollten Autoren, die mit durch einen Geheimdienst gewonnenen Informationen an die Öffentlichkeit treten, immer wieder aufs Neue gut vertretbare Wege finden.

Ines Oberling

¹ Philipp Springer: 1972. IM „Sonja“ und das Zentrale Staatsarchiv der DDR, in: ders./Karsten Jedlitschka/Jens Niederhut: Verschluss-Sachen. Dokumente, Fotos und Objekte aus dem Archiv der Staatssicherheit. Berlin 2017, S. 101–104.

Eine ganz besondere Stadt. 700 Jahre Werder (Havel) im Rahmen der brandenburgischen Landesgeschichte, hrsg. von Klaus Neitmann. Berlin: Lukas Verlag 2020. 309 S., 96 Abb. (= Studien zur brandenburgischen und vergleichenden Landesgeschichte 22).

Jede Stadt weist natürlich ihre Besonderheiten auf, die sie aus dem Rahmen einer Landesgeschichte hinsichtlich einzelner Aspekte herausheben lassen. Das können besondere Funktionen in der politischen oder religiösen Landschaft sein, als Bischofsort oder herrschaftliche Residenz. Auch einzelne wirtschaftliche, soziale oder historische Zusammenhänge können besonders bemerkenswert sein. Manchmal sind es auch zunächst rätselhafte Beinamen, wie es zum Beispiel bei „Ketzler“-Angermünde in der südlichen Uckermark der Fall ist.

Wenn der Titel des besprochenen Buches Werder (Havel) als eine ganz besondere Stadt ausweist, so ist sie dies zunächst angesichts ihrer besonderen Lage auf einer Insel in diesem Bereich zu einer Seenkette weitenden Havel. In erster Linie möchte sich der Band jedoch, wie Klaus Neitmann in seinem Vorwort betont, gerade auf die „besonders herausragenden Vorgänge und Gegebenheiten der Ortsgeschichte“ (S. 11) konzentrieren. Den Rahmen liefert die schriftlich überlieferte Geschichte seit der ersten Nennung der Stadt in einer Urkunde des Markgrafen Woldemar aus dem Jahre 1317 bis zum Untergang des Sozialismus in der DDR 1989/90.

Der Band bietet fünf historische Beiträge und einen Karten-Anhang. Ein Beitrag von Klaus Neitmann führt zunächst in die Epochen der Stadtgeschichte und damit auch in die Themen der fünf folgenden Aufsätze ein. Die nächste Abhandlung, ebenfalls von Klaus Neitmann verfasst, behandelt die Zeit vom 14. bis in das frühe 17. Jahrhundert. Dem Kloster Lehnin gelang es im 14. Jahrhundert, die Stadt zu „entvogten“, also aus der Gewalt des markgräflichen Vogtes herauszulösen. In die politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen der folgenden Jahrhunderte war Werder also zunächst über das Kloster Lehnin und nach der Einführung der Reformation über das Klosteramt als Mediatstadt involviert. Zur guten Lesbarkeit und zum leichteren Verständnis leisten kurze eingeschobene Erläuterungen (z.B. zu „sedes“, „Mediatstadt“, „Visitation“ usw.) einen ausgezeichneten Beitrag. Der Aufsatz „Zwischen landesherrlicher Reglementierung und beschränkter Selbstverwaltung“ von Frank Göse behandelt die Zeit vom Dreißigjährigen Krieg bis zur preußischen Städtereform am Beginn des 19. Jahrhunderts. Von zentraler Bedeutung sind dabei die Auswirkungen des großen Krieges und der Neubau des brandenburgisch-preußischen Staates unter dem Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm und seinen Nachfolgern. Für das Wirtschaftsleben von Werder, in dem bereits im 18. Jahrhundert der Obstbau eine große Rolle spielt, gewinnt die wachsende Residenzstadt Berlin an Bedeutung. Wolfgang Radtke behandelt in seinem Beitrag die Stadt Werder im 19. Jahrhundert. In dieser Zeit wird im Wirtschaftsleben der Stadt jene Eigenheit ausgeprägt, die sie noch heute für viele Brandenburger zu einer „ganz besonderen Stadt“ macht. Die bedeutende Erweiterung des Anbaus vor allem von Strauchobst, aber auch Erdbeeren, und die Nutzung moderner Transportsysteme wie der Eisenbahn machen den Ort in Berlin und darüber hinaus bekannt, wovon noch heute Namen wie der „Werdersche Markt“ in der Hauptstadt Zeugnis ablegen. Hier bietet der Band gute Anknüpfungsmöglichkeiten für die weitergehende Verkehrs- und Transportgeschichte, erhielt doch Werder bereits 1846 einen Bahnanschluss. Aus vergleichender Perspektive ist interessant, dass hier die Entwicklung anders verlief als etwa im uckermärkischen Angermünde, das sich bereits seit 1842 zu einem Eisenbahnknoten an der ersten Fernbahn in Preußen entwickelte, aber trotz etlicher Versuche nicht zu einem auf den überregionalen Handel mit bestimmten Produkten erfolgreich spezialisierten Standort wurde.

Das Kapitel der nationalsozialistischen Herrschaft behandelt Hartmut Röhn. Hier wie im folgenden Beitrag zur Stadt im Sozialismus werden konsequent die Zusammenhänge zwischen Ortsgeschichte und allgemeiner politisch-sozialer Geschichte verfolgt. Ein Kernstück und Höhepunkt des vorliegenden Bandes ist der umfangreiche und auf breiter Quellengrundlage erarbeitete Aufsatz von Burghard Ciesla zur „Havelstadt Werder im Sozialismus“. Der im Januar 2020 im Alter von erst 61 Jahren verstorbene Autor ordnet die Geschichte von Werder systematisch in die übergreifende

Geschichte der DDR ein, was ihn die Zusammenhänge von im sozialistischen Staat beabsichtigten zentralistischen Steuerungen und Steuerungsversuchen einerseits und den lokalen wie mentalen Folgen andererseits sehr gut herausarbeiten lässt.

Im gesamten Band stellen die sorgfältig ausgewählten und gut reproduzierten Abbildungen eine große Bereicherung dar. Hervorzuheben sind die ausgezeichneten Reproduktionen verschiedener Dokumente aus dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv, so einer mittelniederdeutschen Übersetzung der Urkunde von 1317 aus einem Prozessregister des Klosters Lehnin (S. 50–53) oder auch die Bestätigung der Rechte der Schneiderinnung von 1547 (S. 68–71). Diese und weitere interessante Dokumente werden so wiedergegeben, dass sie auch gut lesbar sind. Es sind gerade auch qualitätvolle Abbildungen wie diese, deren Bedeutung über die Ortsgeschichte im engeren Sinne hinausgeht und die auch für übergreifende Forschungen zur politischen Geschichte oder zum Handwerk wertvolle Anknüpfungspunkte bieten. So bildet, ganz in dem Sinne, dass auch Abbildungen wertvolle historische Quellen sein können, ein Anhang hervorragend reproduzierter Karten und Kartenausschnitte aus dem Brandenburgischen Landeshauptarchiv samt kurzen Erläuterungen von Udo Gentzen den Abschluss des höchst instruktiven Buches.

Kritisch anzumerken zu diesem so überaus informativen und auch spannend zu lesenden Band bleibt einzig, dass die Fixierung des Werkes auf die Zeit schriftlich überlieferter Stadtgeschichte eine in dieser Rezension auch eingangs erwähnte wichtige Besonderheit des Ortes in den Hintergrund treten lässt. Die offensichtliche Schutzsituation der Siedlung auf einer Insel fordert einen Blick auf die slawische „Vor“-Geschichte der Stadt in der Havel eigentlich heraus. Von den Kriegen Heinrichs I. über den großen Aufstand von 983 bis hin zu den Auseinandersetzungen Albrechts des Bären um das Erbe der Hevellerfürsten lagen Havelland und Zauche wiederholt im Spannungsfeld verschiedener Mächte. Fragen nach der These, dass im Süden der Stadt eine slawische Burg vermutet werden könne und wie alt die Kietzsiedlung im Bereich der Fischerstraße mit zahlreichen archäologischen Funden sein könnte, waren bereits in den 1960er und -70er Jahren gestellt worden, wie unter anderem ein Blick in die Dissertation von Joachim Herrmann¹, in das von Peter Rohrlach bearbeitete Ortslexikon Zauch-Belzig² oder auch in die Arbeit über Kietzsiedlungen von Bruno Krüger³ zeigt. Die grundlegenden historisch-archäologischen Arbeiten von Winfried Schich zum Havelland und zur Zauche hätten auch wertvolle methodische Anknüpfungspunkte für einen Beitrag bieten können, der in einer vergleichenden Vorstellung der neueren archäologischen Ergebnisse zum slawischen Siedlungswesen im Bereich von Werder und anderen Siedlungen in Schutzlage der Frage nachgeht, wie diese alten Thesen von der neueren Forschung gesehen werden. Gerade einem Werk wie dem vorliegenden, das für ein breites und auch übergreifend interessiertes Publikum bestimmt ist, hätte ein archäologisch-historischer Beitrag gut zu Gesicht gestanden.

Diese kritische Anmerkung kann jedoch den grundlegenden Wert des Bandes nicht schmälern. Wer eine gut lesbare und fundierte Darstellung von aus übergreifend politisch-historischer Sicht zentralen Aspekten der Geschichte dieses ganz besonderen Ortes sucht, wird hier in bester Weise fündig.

Ralf Gebuhr

-
- 1 Joachim Herrmann: Die vor- und frühgeschichtlichen Burgwälle Groß-Berlins und des Bezirkes Potsdam. Berlin 1960 (= Handbuch vor- und frühgeschichtlicher Wall- und Wehranlagen 2; Schriften der Sektion für Vor- und Frühgeschichte 9).
 - 2 Peter P. Rohrlach (Bearb.): Historisches Ortslexikon für Brandenburg, T. 5: Zauch-Belzig. Weimar 1977 (= Veröffentlichungen des Staatsarchivs Potsdam 14).
 - 3 Bruno Krüger: Die Kietzsiedlungen im nördlichen Mitteleuropa. Beiträge der Archäologie zu ihrer Altersbestimmung und Wesensdeutung. Berlin 1962 (= Schriften der Sektion für Vor- und Frühgeschichte 11).

Festschrift zum 150-jährigen Bestehen des Herold zu Berlin 1869–2019, hrsg. von Peter Bahl. Berlin: Selbstverlag des Herold 2019. 768 S., zahlr. Abb. (= Herold-Jahrbuch N.F. 23/24).

Am Hubertustag, dem 3. November 2019, feierte der Herold, Verein für Heraldik, Genealogie und verwandte Wissenschaften zu Berlin, mit einer würdigen Festveranstaltung im Senatssaal der Humboldt-Universität zu Berlin sein 150-jähriges Jubiläum. Pünktlich zu diesem Termin war auch der unter der Schriftleitung von Peter Bahl, Beisitzer und Bibliothekar im Vorstand des Herold, erarbeitete Jubiläumsband erschienen und konnte den Teilnehmern des Festaktes druckfrisch überreicht werden. An dem opulenten Werk haben insgesamt 24 Autorinnen und Autoren mitgewirkt und durchweg interessante Beiträge mit etlichen neuen Forschungsergebnissen und Neuinterpretationen altbekannter Forschungsfragen geliefert. Dabei fördert die Vielzahl der zumeist farbigen Abbildungen und der Stammtafeln das Verständnis einzelner Sachzusammenhänge.

In seinem Geleitwort geht der Vorsitzende Bernhart Jähmig auf die Entwicklung des Herold seit der Gründung im Jahre 1869 ein. Da Berlin „bis heute Vereinsstutz“ ist, habe „die berlin-brandenburgische und preußische Geschichte gelegentlich ein gewisses Übergewicht“ bekommen, „obwohl der Verein“ seit jeher „einen überregionalen Anspruch“ verfolge. Zu beklagen sei, dass – wie bei „den meisten Geschichtsvereinen“ – die Mitgliederzahl in den letzten Jahrzehnten abnehme. (S. 9) Dass dies Folgen für die finanzielle Situation hat, liege auf der Hand. Das aber habe den Vorstand nicht davon abgehalten, das 150-jährige Jubiläum in festlichem Rahmen zu gestalten und eine Festschrift zu veröffentlichen, die noch umfangreicher als die von 1994 ausgefallen ist, „indem die für das jährlich erscheinende Jahrbuch vorgesehenen Mittel für einen Doppelband eingesetzt“ worden sind. (S. 10)

Im Vorwort des Herausgebers Peter Bahl erfährt man, dass das vorliegende Werk auf den älteren Herold-Festschriften aufbauen könne und deren Konzepte „in guter, weiterentwickelter, aber doch bewusster Tradition fortführen“ möchte. (S. 11) Die einzelnen Beiträge sind drei thematischen Blöcken zugeordnet, wobei es natürlich inhaltliche Überschneidungen gibt und deshalb die Zuordnung zu nur einem dieser Blöcke zur besseren Orientierung des Lesers getroffen wurde. Anders als in einem regulären Band des Herold-Jahrbuches sei in dieser Festschrift ein Fächerpanorama präsentiert, das die Gesamtheit der Historischen Hilfswissenschaften und einige andere historische Teildisziplinen abbilde. Bahl wagt auch einen Blick in die Zukunft der Hilfswissenschaften, wie sie durch den Herold vertreten werden. Man kann ihm nur zustimmen, wenn er feststellt, dass auch ein digitalisiertes Objekt analysiert, datiert, entziffert, entschlüsselt und korrekt beschrieben werden muss. Wie man sie künftig auch nennen mag, sind die Historischen Hilfswissenschaften auch künftig untrennbarer Bestandteil jeglicher Geschichtsforschung und Geschichtsvermittlung.

Der erste Themenblock „Sphragistik, Titulaturenkunde, Numismatik“ beginnt mit dem Aufsatz von Toni Diederich über den Rang des abendländischen Siegelwesens in der Kulturgeschichte. Gleich zu Beginn macht er auf ein Forschungsdesiderat aufmerksam, und zwar auf die Frage, wie das abendländische Siegelwesen in der Menschheitsgeschichte zu verorten und zu bewerten ist. Dazu müsse zum Zwecke des Vergleichs auch das Siegelwesen früherer Kulturen behandelt werden. Der Verfasser unterbreitet einige Gedanken in essayistischer Form mit dem Ziel, allen an diesem Thema Interessierten „einen erweiterten Horizont und eine klare Sicht auf Besonderheiten und Bedeutung des Siegelwesens im Abendland zu eröffnen“. (S. 13) Zu den geschichtlichen Betrachtungsräumen zählen die Merowinger, das alte Rom, die Welt des Hellenismus, Griechenland, Kreta und Mykene, Ägypten, das Hethiterreich, Syrien und Mesopotamien, Nordsyrien und Südanatolien, Indien, Nepal, China, Tibet, Korea und Japan. Dass es auch siegellose Kulturen gibt, erfährt der Leser, bevor er mit den besonderen Merkmalen des abendländischen Siegelwesens vertraut gemacht wird. In seinem Resümee konstatiert der Autor die Vielgestaltigkeit des abendländischen Siegelwesens und weist ihm einen „hohen Rang in der Menschheitsgeschichte“ zu. Schließlich bedauert er, dass im Vergleich zum mittelalterlichen „unser heutiges Siegelwesen nur noch als eine kümmerliche Form bezeichnet werden“ kann. (S. 51) Den Beitrag illustrieren qualitativ hochwertige Abbildungen.

Im ersten Teil des nächsten Beitrages führt Friedrich Beck am Beispiel eines archäologischen Fundes – hier eines spätmittelalterlichen Siegeltypars – vor, welchen interdisziplinären Nutzen die Historischen Hilfswissenschaften haben können. Der Siegelstempel wurde auf dem Burghügel Beetz nördlich von Kremen gefunden und dem Autor zur zeitlichen Bestimmung und Identifizierung des Siegelnden vorgelegt. Durch Vergleich mit original erhaltenen Siegeln und nach eingehender Analyse aller relevanten Merkmale konnte er das Siegeltypar dem erstmals im Jahre 1427 erwähnten Otto von Reedern auf Beetz zuweisen. Besonders interessant ist Becks Exkurs in die Frühzeit des erst 1949 gegründeten Brandenburgischen Landeshauptarchivs. Hier schildert er sehr anschaulich seine Erlebnisse beim Aufspüren kriegsbedingt verlagertes Archivbestände und bei der Suche nach den gefährdeten Adels- und Gutsarchiven. Manches konnte unter sehr schwierigen Rahmenbedingungen gerettet werden, doch am Beispiel des traurigen Schicksals des Reedernschen Archivs im uckermärkischen Greiffenberg berichtet er von sehr schmerzlichen Verlusten bei den brandenburgischen Adelsarchiven. Im zweiten Teil ordnet Beck ein bei Wolfsruh, nordwestlich von Gransee, gefundenes Siegeltypar einem Herrn Odhart von Benchhusen zu. Die Frage nach dem Herkunftsort des Siegelführers bleibt aber bislang offen.

Mit Petschaftsstechern als Falschmünzer beschäftigt sich Konrad Schneider in seinem Artikel unter der Überschrift „Betrug mit falschen Siegeln“. Anhand von Strafverfahrensakten vom 16. bis zum 19. Jahrhundert aus Frankfurt am Main, die in seltener Vollständigkeit überliefert sind, erfährt man, dass das Fälschen von Urkunden und Siegeln als schweres Verbrechen galt und entsprechend bestraft wurde – bis hin zum Feuertod. Aus diesem Aktenbestand zieht der Autor Verfahren gegen Siegelfälscher- und Diebe heraus, die mit der Todesstrafe endeten. Auch untreuen Petschaftsstechern und Falschmünzern drohten empfindliche Strafen, wobei die Ausweisung außer Landes noch die mildeste war. Das wohl häufigste Delikt mit Siegeln bestand aus dem Fälschen von Personal- und Wertpapieren, das Schneider anhand einiger in den Akten dokumentierter Fälle nachweist und mit erhellenden Abbildungen belegt. Dass es auch in dem Betrachtungszeitraum schon die Masche mit dem Mitleid gab, hat eindeutige Parallelen in der Gegenwart. Entweder fälschte man Urkunden über Unglücksfälle oder verschaffte sich eine falsche Identität, um als vermeintliches Opfer eines Unglücksfalls oder als unechter Glaubensflüchtling besser schnorren zu können. Auch hier stellt der Autor einige Beispiele aus dem Aktenbestand vor. Schließlich geht es noch um falsche Handelsmarken in Siegelform – hier um gefälschte Brunnensiegel und Zertifikate für Mineralwasser. Man füllte noch nicht so bekanntes und billigeres Quellwasser ab und versiegelte die Flaschen oder Krüge mit den gefälschten Petschaften eingeführter und teurer Mineralwässer. Anders ausgedrückt: Man täuschte die Konsumenten durch einen Etikettenschwindel und verschaffte sich so einen wirtschaftlichen Vorteil.

Hans-Bernd Spies befasst sich mit dem Titularstreit zwischen dem Grafenhaus Sayn-Wittgenstein und dem Erzbischof von Mainz aus dem Jahr 1697. Es geht vor allem um die korrekte Titulatur in der frühneuzeitlichen politischen Korrespondenz, gegen die man nicht verstoßen durfte, wollte man nicht diplomatische Verwicklungen riskieren.

Mit sehr schönen Abbildungen ist auch der Beitrag von Michael Göbl über die Titel, Sigel und Wappen von Maria Theresia und Joseph II. illustriert. Der Autor beschreibt und begründet, wie einzelne Wappenelemente unter dem Einfluss dynastischer Vorgänge und den einzelnen Etappen der Staatsreformen dazukamen oder sich veränderten. Das gilt besonders für den schwarzen Doppeladler und die Kronen der Königreiche Böhmen und Ungarn.

Niklot Klüßendorf stellt sodann unter „Schatzglaube und Schatzgräber“ vor, zu welchen positiven Ergebnissen das Zusammenspiel der Historischen Hilfswissenschaften bei der Rekonstruktion eines Münzschatzes aus dem 17. Jahrhundert geführt hat. Am Beispiel eines Münzfundes aus dem frühen 17. Jahrhundert auf dem Friedhof von Densberg im hessischen Schwalm-Eder-Kreis, der 1812 beim Ausheben eines Grabes zum Vorschein kam, zeigt der Autor die geistigen Komponenten des Schatzglaubens und dessen Auswirkungen auf die Menschen auf. Im vierten Absatz geht es um „Schatzsuche im Wandel der Zeiten“ und um den bis heute lebendigen Traum, einen großen Schatz zu entdecken und damit unverhofft reich zu werden. „Doch oft ist es nicht planmäßige

Suche, die einen Schatz an das Licht bringt, sondern der Zufall. Es bleibt zu hoffen, dass sich bei künftigen Ereignissen dieser Art an der Fundstelle Entdecker, Bauleiter, Grundstückseigentümer und zufällige Fundzeugen finden, die den Wert des Gefundenen für die Kulturgeschichte erkennen und dann im Respekt vor den Zeugnissen der Vergangenheit so handeln, dass diese Quellen nicht spurlos verschwinden, sondern in die ihnen angemessene Auswertung gelangen.“ (S. 139) Dem ist nichts hinzuzufügen.

Den ersten Themenblock schließt der Beitrag von Rainer Geike zum Thema „Der Löwe von Juda oder die Symbole der zwölf Stämme Israel“ ab. Hier geht es um die Herkunft und Auswahl der Symbole der zwölf Stämme Israel sowie um die Motivation zu ihrer Gestaltung und Verwendung. Bei modernen Souvenirs orientiert man sich allerdings nicht so sehr an der korrekten Überlieferung, sondern lässt der Phantasie freien Lauf. Der Autor stellt fest, dass die Menora, der siebenarmige Leuchter, das einzige authentische jüdische Symbol aus der Antike ist. Auch der Davidstern sei ein Symbol aus biblischen Zeiten, aber kein spezifisch jüdisches. Als Zeichen einer jüdischen Gemeinde taucht er zuerst 1527 in Prag auf. Erst mit der Entwicklung des Zionismus erhielt der Davidstern symbolische Bedeutung für die jüdische Nationalbewegung. Schließlich verhalf die von Nazideutschland ausgehende Judenverfolgung dem Davidstern zu weltweiter Bekanntheit.

Der zweite Themenblock widmet sich der „Heraldik und Vexillologie“ und beginnt mit einem interessanten Aufsatz von Ralf-Gunnar Werlich: „Der Adler errödet. Ein Beitrag zur mittelalterlichen Geschichte des Brandenburger Landeswappens und seiner Tingierung“. Der Brandenburger Adler ist rot. Der Autor geht der Frage nach, seit wann dies so ist. In seinen Betrachtungen zum Stand der Forschung stellt Werlich fest, dass bisher keine bildliche Quelle vor dem 14. Jahrhundert bekannt sei, die die Farbe des Brandenburger Adlers belegen würde. Nach ausführlichen Erörterungen kommt der Autor zu dem Schluss, dass die Tingierung des Wappens mit dem roten Adler bereits im Mechthild-Psalter von 1245 bildlich bezeugt sei (und vorher schon auf dem Quedlinburger Wappenkästchen von 1209). Damit könne Werlich „mit gutem Grund annehmen und nunmehr auch belegen, dass der Brandenburger Adler von Anbeginn rot war und nicht von Schwarz zu einem späteren, unbestimmten Zeitpunkt zu Rot wechselte“. (S. 207) Seine These lautet: „Das aktuelle Brandenburger Landeswappen hat seine Wurzeln in einem der nicht zahlreichen mittelalterlichen fürstlichen Wappen, deren Tingierung nahezu von Anbeginn bekannt ist.“ (S. 207)

Anschließend folgt der Beitrag von Bernhard Peter über „Eine komplexe Erbschaft wird verteilt: Das Feld für die Grafschaft Gleichen und seine Verbreitung in deutschen Adelswappen“. Die seit 1099 im Thüringischen erstmals erwähnten Grafen von Gleichen hatten eine enge Bindung an das Bistum Mainz und Besitzungen in Thüringen und im Eichsfeld. Seit Ende des 13. Jahrhunderts begann der Niedergang des Geschlechts vor allem durch Linienauftrennung und verfehlte Politik. Ende 1631 erlosch die zuletzt stark verschuldete Grafenfamilie und es kam zu einer komplexen Aufteilung des Erbes. Alle diese Nachfolger, die Grafen von Hohenlohe, die Grafen von Schwarzbürg, die Schenken von Tautenburg, die Grafen von Waldeck, Kurmainz, die Grafen von Hatzfeld und ernestinische Herzöge, nahmen auf ihre Weise das Wappen der Grafen von Gleichen als Feld in das ihrige auf.

Ludwig Biewer beginnt seinen Artikel über „Das Grabmal des Kardinals Pietro Stefaneschi in Santa Maria in Trastevere und sein Wappenschmuck“ in Rom mit Vorbemerkungen über die Bedeutung der Historischen Hilfswissenschaften, von der man jeden Satz unterschreiben kann. Andererseits klagt er „über deren mehr als nur traurigen Zustand insbesondere in der universitären Lehre und Forschung“. (S. 235) Dann schildert er eine Begegnung von Kursteilnehmern des 16. wissenschaftlichen Kurses der Marburger Archivschule in Rom im Jahre 2013, die er nutzte, um auch der Kirche Santa Maria in Trastevere einen Besuch abzustatten. Nach ausführlicher Schilderung des Kircheninterieurs wendet er sich dem links vor dem Hochaltar befindlichen Grabmal für Pietro Kardinal Stefaneschi zu und stellt dessen Vita vor. Bei der Beschreibung des Grabmals kommt der Autor auf das Wappen des Kardinals zu sprechen, schildert es eingehend und stellt es in den historischen Zusammenhang.

Es folgt der Beitrag von Helmut Wörner über „Die weiße Taube aus Schillingsfürst. Machtkampf im Zeichen des Fürstenwappens“. Gleich in der Einführung lesen wir von den vom Geschlecht der Hohenlohe herrührenden Leoparden und der Weißen Taube, die aus Schillingsfürst kam. Der Autor stellt weiter fest, dass die ursprüngliche Wappengeschichte des Hauses Hohenlohe intensiv erforscht und dargestellt worden ist. Nur die Geschichte des Hohenloher Fürstenwappens im 18. Jahrhundert sei weniger bekannt. Im Zusammenhang mit den verschiedenen Fürstenerhebungen habe es sich in mehreren Schritten herausgebildet, und zwar im Widerstreit zwischen den beiden hohenlohischen Linien, der noch dazu eine starke religiöse Komponente hatte. Diese Entwicklung wird ausführlich in Systematik und Symbolik beschrieben.

Michael Meyer macht in seinem aufschlussreichen Artikel über „Die Wappen der gräflichen und fürstlichen Linie der von Bismarck“ gleich zu Beginn auf die merkwürdige Tatsache aufmerksam, dass es zu diesen Wappen erstaunlich wenig Literatur gebe, die noch dazu über einhundert Jahre alt sei. Unter Heranziehung der inzwischen zugänglichen Aktenüberlieferung und Korrespondenz generiert der Autor neue Erkenntnisse zu den bismarckschen Wappen. In seinem Abstract führt er aus, dass sein Text einen unvoreingenommenen Blick auf die bismarckschen Wappen der gräflichen und fürstlichen Linien wage. Weiter heißt es: „Aufgrund der erstmaligen Auswertung einer umfangreichen archivalischen Überlieferung rund um die Erstellung der Wappen können bisherige Wappenbeschreibungen als falsch identifiziert und folglich korrigiert werden. Zudem bieten sie einen Einblick in einen innerfamiliären Kampf um Abgrenzung und Deutungshoheit, der mit Hilfe der Wappen als identitätsstiftende Rangzeichen und Kommunikationsmittel ausgetragen wurde.“ (S. 314)

Einen Beitrag zur Gründungsgeschichte des Herold liefert Eckart Henning unter dem Titel „Maximilian Gritzner und die Anfänge der wissenschaftlichen Heraldik in Deutschland“. Es handelt sich um den Text des Festvortrages, den der Autor auf der Jubiläumsveranstaltung am 3. November 2019 im Senatssaal der Humboldt-Universität auf originelle Weise vorgetragen hat. Er beginnt mit Friedrich Warneke (1837–1894) als „Hauptbegründer“ des Herold und der Tatsache, dass dieser 1888 auf die Bildung eines Fachvereins ausübender Heraldiker hingearbeitet hatte. Bei der Gründung des „Vereins für Siegel- und Wappenkunde zu Berlin“ am 3. November 1869 gab es einen „Patron“, der dem Verein zu seinem wissenschaftlichen Anstrich verhalf: Maximilian Gritzner (1843–1902), Begründer der wissenschaftlichen Heraldik in Deutschland. Ihm widmet Henning seinen Vortrag und würdigt ausführlich dessen Leistungen als Heraldiker, Vexillologe und Phaleristiker, einschließlich der Wiedergabe einer Liste mit allen Auszeichnungen und einer für den heraldisch Interessierten hilfreichen Gritzner-Bibliographie im Anhang. Nach der Vorstellung der Gritznerschen Vita lesen wir von den Anfängen der wissenschaftlichen Heraldik in Deutschland samt der Herausbildung einer einheitlichen Terminologie und Blasonierungsmethode. Neben der terminologischen Relevanz der Gritznerschen Definitionen für die Allgemeine Heraldik habe dieser sich auch als Wegbereiter der Kommunalheraldik erwiesen. Als 1887 zum ersten Male in Preußen ein Dorfwappen verliehen wurde, und zwar für das Amt Steglitz, Gritzners Heimatort, steuerte er dazu den Entwurf bei. Weiter unten erfahren wir, dass Gritzners Quellentreue und mustergültige Methodik in seinem Werk „Standeserhebungen und Gnaden-Acte Deutscher Landesfürsten während der letzten drei Jahrhunderte“ von 1881 „zur Enttarnung einiger Hochstapler“ beitrug, „die sich selbst nobilitiert hatten“. (S. 331) Am Schluss seines Aufsatzes konstatiert der Autor: „Seine quellentreue Einstellung führte sowohl in der Heraldik als auch in der Genealogie eine Wende herbei, die dieses Fach damals (wie heute!) dringend brauchte, wobei er stets rigoros nach seinem Motto verfuhr: ‚Tradition ohne Beweis ist für uns nur ein Märchen.‘“ (S. 335) Die Heraldik lebe bis heute davon, dass Gritzner es seinerzeit geschafft habe, Wappenbild und Begriff zusammenzuführen.

„Die Bundes-Trauerstandarte als Beispiel deutscher Staatssymbolik“ heißt der letzte Aufsatz im Themenblock. Michael Zander beschäftigt sich anlässlich des 70. Jahrestages des Grundgesetzes im Jahre 2019 und des Herold-Jubiläums mit diesem Exempel deutscher Staatssymbolik. Am Beispiel der Trauerfeierlichkeiten für den 2015 verstorbenen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker (1920–2015) erläutert er die Gliederung und den Ablauf des Staatsaktes als Trauerzeremonie. Dabei werden die Staatssymbole wie Flagge und Wappen gezielt präsentiert. Das reicht vom Bahrtuch

in Gestalt der Bundesdienstflagge, das den Sarg bedeckte, bis zum Bundesschild mit dem deutschen Wappen, das auf dieser Sargdecke angebracht war. Am Rednerpult im Berliner Dom hing ein goldener Adler in sechseckiger Form. Bei der militärischen Abschiedszeremonie vor dem Dom trug die Ehrenformation des Wachbataillons eine schwarz-rot-goldene Truppenfahne mit Bundeswappen. Erstmals führte der Sargwagen die neue „Bundes-Trauerstandarte“, deren Name und Form vom Autor ausführlich erklärt wird. Auch auf die beiden Symbole, den Adler und die schwarze Farbe, geht er in ihrer Bedeutung als Sinnbilder ein. Schließlich wird festgestellt, dass der Bundesadler das wiederkehrende Symbol der gesamten Trauerzeremonie versinnbildlichte. Als Fazit bemerkt Zander, dass die Bundes-Trauerstandarte ein neues Zeichen staatlicher Kommunikation darstelle und dass die Autoflagge auf symbolische Weise die Bürger mit ihrem Land verbinde.

Der dritte Themenblock „Genealogie, Biographie, Hof- und Residenzforschung“ beginnt mit einem Essay von Georg Scheibelreiter über „Betrachtungen zur Entwicklung des genealogischen und heraldischen Selbstverständnisses“ und setzt mit einem Aufsatz von Martin Richau fort, der sich mit der „politischen Bedeutung der Ahnen in der Römischen Republik“ beschäftigt. Ausgehend von dem Phänomen der auf der ganzen Welt verbreiteten Ahnenverehrung widmet er sich der ausgeprägten Ahnenkultur in der Römischen Republik von ca. 510 bis 27 v. Chr. und deren Bedeutung. Die werde dadurch offenbar, dass die Römer den Monat Mai laut Ovid nach den Vorfahren (maiores) benannt hätten. In drei Kapiteln beschreibt der Autor perpetuierte Memoria an Ahnen, öffentliche Formen der Beziehung Ahnen-Enkel und die genealogische Memorialkultur als Staatsgrundlage. Im Ergebnis seiner Arbeit, die die intensive Durchdringung der römischen Kultur und Politik durch den Ahnenkult aufzeigt, formuliert Richau, „dass die ausgeprägte Ahnenkultur der Römer das aristokratische Herrschaftssystem über Jahrhunderte legitimierte und stabilisierte, dies allerdings nur vor dem Hintergrund eines von kurzzeitigen Ausnahmen abgesehenen permanenten Aufstieges und dem Heranwachsen zur Weltmacht“. (S. 431)

Bernhart Jähnig beleuchtet nachfolgend die Beziehungen zwischen Stadt und Residenz Marienburg. Nach einer Beschreibung der geographischen Lage und politischen Funktion von Stadt und Burg Marienburg widmet sich der Autor unter Heranziehung der weit gefächerten Literaturquellen den sozialen, wirtschaftlichen, rechtlichen, kirchlichen und politischen Grundstrukturen vor allem des Stadtraumes. Abschließend stellt er fest, „dass es an dem Ort, an dem später Stadt und Burg Marienburg entstanden sind, [...] offenbar keine unmittelbare Vorgängersiedlung gegeben hat, sondern dass eine dauerhafte Besiedlung erst im Zusammenhang mit dem Bau einer Burg für Komtur und Konvent begonnen wurde“. (S. 451) Dass die Stadt Marienburg ein Ort der preußischen Städte- und Ständetage wurde, habe sie allein der Nachbarschaft zum Hof des Hochmeisters vom Deutschen Orden zu verdanken. Sie sei ein besonderer Fall einer herrschaftlichen Burgstadt resp. „Stadt bei einer Residenz“. (S. 452)

Werner Paravicini fragt in seinem Beitrag, ob Sir John of Cornwall „Nur ein Turnierchampion“ gewesen sei. Solche fahrenden Ritter zogen im 15. Jahrhundert durch die Lande und forderten fremde Standesgenossen dazu auf, mit ihnen zu kämpfen. Der Autor zählt einige von ihnen auf und stellt dann den gut überlieferten Briefwechsel zwischen dem Ritter John of Cornwall und dem Truchsessen von Hennegau zwischen 1407 und 1409 in Regesten vor. In diesem Schriftverkehr geht es um verabredete Zweikämpfe mit scharfen Waffen, von denen auch wirklich einige stattfanden. Die Frage, wer von den drei in den Quellen genannten verschiedenen Cornwalls dieser Turnierchampion gewesen sei, sucht Paravicini anhand von Wappen, Titel, Siegel und Namen zu beantworten und fügt zur besseren Übersicht eine sehr hilfreiche Stammtafel bei.

Im nächsten Artikel von Gisela Wilbertz geht es um „Martin Coblenz (1662–1713) – Scharfrichter und Hofmedicus in Berlin“. Coblenz wurde in jungen Jahren gemäß seiner Familientradition in Nauen und Belzig Scharfrichter, bis er 1690 dieses Amt mit erst 27 Jahren in Berlin antrat. Zwölf Jahre später änderte sich sein Leben grundlegend, denn König Friedrich I. berief ihn als Medicus an seinen Hof. Die Autorin weist nach, dass die bisherige Literatur viele Fehler über Details von Coblenz' Vita enthält. Unter Heranziehung primärer Quellen beschreibt sie präzise Herkunft und Verwandtschaft sowie den beruflichen Werdegang und korrigiert die vielen Ungenauigkeiten

und Falschbehauptungen in der älteren Literatur. Im letzten Teil ihres Aufsatzes stellt sie die aus den Quellen ermittelten Geschwister und Verwandten von Martin Coblenz vor, einschließlich deren Nachfahren, von denen es einige auch in Wriezen und im Oderbruch gab. Mit dem 1703 in Zechin im Oderbruch geborenen Martin Coblenz (d.J.) endete 1748 nach etwa 120 Jahren die Linie der Scharfrichter dieses Familiennamens. Jener Martin Coblenz enthauptete als Scharfrichter von Seelow am 6. November 1730 in Küstrin den Leutnant Hans Hermann von Katte, Freund des Kronprinzen Friedrich. Etwa 1740 übernahm er von seinem Vater die Scharfrichterstelle in Zechin, nachdem er sich vergeblich um selbige in Berlin beworben hatte. 1748 verkaufte er Zechin und ließ sich in Wriezen als Bürger und Braueigner nieder. All diese Erörterungen zeigten, „dass man in den Scharfrichterberuf problemlos einsteigen und, sofern man es denn wollte, ihn auch wieder verlassen konnte“. (S. 569)

Über „Stammbücher als Informationsquelle für Belangloses?“ schreibt Gerhard Seibold am Beispiel des Albums von Gottfried von Amman (1767–1787). In Gestalt von Widmungen wollte der Eigner des Stammbuches Freunde und Familienangehörige um sich versammeln und sie damit in Erinnerung behalten. Anhand einer Stammtafel zeigt der Autor auf, welche Personen als Inskribenten sich in Gottfried von Ammans „Album amicorum“ verewigt haben. Dem Beitrag sind sehr schöne Abbildungen des Einbandes und der kunstvoll verzierten Eröffnungsseiten des Stammbuches beigegeben. Auch zur Provenienzfrage nimmt Seibold Stellung und zeigt den Weg des Albums über mehrere Stationen seit dem Tod von Ammans im Jahre 1828 auf, bis es 2017 in Wien erneut versteigert worden und damit in Privatbesitz verblieben ist.

Peter Bahl stellt „Herkunft und familiäres Umfeld des Porträtmalers Ernst Rietzschel (1824–1860) aus Geißmannsdorf bei Bischofswerda“ vor. Der am bayerischen Königshof tätige Sachse wurde nur 35 Jahre alt und ist heute fast vergessen. Die faktenreiche Abhandlung besticht durch die aufwendig recherchierten genealogischen Angaben und deren hilfreiche Interpretation. Die Abbildungen und Ahnentafeln erhöhen die Anschaulichkeit der umfangreichen und detaillierten Textfassung mit ihrer sinnvollen Gliederung. 2017 erschien in Bischofswerda eine Broschüre über Leben und Werk des Malers, an der auch Bahl beteiligt war, indem er die hier vorgestellten genealogischen Spezifika beisteuerte. Am Schluss seines Beitrages formuliert er etwas Allgemeingültiges zur Quellensicherung, indem er hofft, „dass jene Nachfahren der verschiedenen Maler-Geschwister, die Zeichnungen oder Nachlassteile und andere familiengeschichtlich bedeutsame Dokumente und Fotos besitzen, immer für deren Schutz und Weitergabe die nötige Sorge tragen können, und dass Institutionen, die sachlich in der Verantwortung sind – Archive, Museen, Bibliotheken, Geschichts- und Heimatvereine – ihre Kapazitäten nutzen, um bei der langfristigen, dauerhaften Bewahrung durch Digitalisierung, Depositaverträge oder den Druck unterstützend tätig werden“. (S. 647)

Über „Zwei adlige Spitzbuben als Tresorknacker in der Berliner Jungfernhöhe“ schreibt Felicitas Spring. Gemeint sind die Brüder Carl und Ferdinand von Hausen, deren kriminelles Wirken schließlich im Königlich Preußischen Heroldsamt zur Aberkennung des Adelsprädikats führte. Sie hatten am 9. Juli 1858 einem Rentier in der Linienstraße einen Tresor voller Wertsachen und Geld sowie Silber- und Schmucksachen gestohlen und wurden dafür strafrechtlich belangt und bestraft. Die Autorin berichtet über die Herkunft der adligen Familie von Hausen aus Gelnhofen in Thüringen und deren Vorfahren, die vielleicht aus Gleisdorf bei Graz in Österreich kommen. Ein umfangreicher Anhang enthält in der Abteilung I die Stammfolge von Hausen und Gleichensdorff (Hauser von Gleisdorf) über acht Generationen. In der Abteilung II wird die Ahnenliste des Delinquenten Carl von Hausen (1821–1888) bis zur zehnten Ahnengeneration im 16. Jahrhundert vorgestellt.

Im Vorfeld seines Beitrages hatte sich Guido Dankwarth zur Aufgabe gestellt, bisher unbekannt Informationen zur Person und Familie des achten Vorsitzenden des Vereins Herold, Generalleutnant Julius von Ising (1832–1898), zusammenzutragen. Das Ergebnis versetzte ihn nun in die Lage, die Person unter den Aspekten der Genealogie, der Heraldik und der Phaleristik vorzustellen. So kommen nach der genealogischen Stammfolge, die 1761 beginnt, die Erörterungen zum Wappen des 1896 in den erblichen Adelsstand erhobenen Kommandanten des Zeughauses und anschließend die Beschreibung der auf einem nebenstehenden Foto zu sehenden Orden und Ehrenzeichen.

Den Jubiläumsband beschließt Hermann Metzke mit seinen „Überlegungen zur Zukunft der Genealogie“. In einer Bestandsaufnahme konstatiert der Autor, dass die zunehmende Zuwanderung von Menschen aus anderen Kulturkreisen und deren Integration die Genealogie in Deutschland verändern werde. Dazu trage auch der anhaltende Wandel der Familie als Basisstruktur der Gesellschaft bei, „der einerseits gekennzeichnet ist durch Veränderungen der Rechtslage (Namenrecht, ‚Ehe für alle‘, ‚drittes Geschlecht‘), andererseits durch verändertes Heiratsverhalten vieler Paare und die hohe Zahl alleinerziehender Elternteile“. (S. 737) Für die Zukunft der Genealogie sieht Metzke drei Problemkreise: 1. Wo behält die herkömmliche Genealogie noch ihre Funktion? 2. Wie kann eine Familiengeschichte unter den Bedingungen einer veränderten Familie aussehen? 3. Wie kann die grundsätzliche Positionierung der Genealogie in Zeiten eines restriktiven Datenschutzes aussehen?

Den Jubiläumsband rundet ein Personenregister ab, das seine Benutzbarkeit angesichts der 24 Beiträge aus allen hilfswissenschaftlichen Arbeitsfeldern, die in ihm enthalten sind, wesentlich erleichtert. *Reinhard Schmook*

Halb Europa in Brandenburg. Der Dreißigjährige Krieg und seine Folgen, hrsg. von Matthias Asche, Marco Kollenberg und Antje Zeiger. Berlin: Lukas Verlag 2020. 244 S., 60 teils farb. Abb.

Der vierhundertste Jahrestag des Prager Fenstersturzes und damit des Beginns des Dreißigjährigen Krieges brachte eine Flut von Neueröffnungen auf dem Buchmarkt hervor. Doch obwohl die Vielzahl neuer Gesamtdarstellungen nochmals betonte, wie schwer der Krieg mit seinen Begleiterscheinungen auf dem Reich gelastet hatte, nahm sich das landesgeschichtliche Interesse an diesem Ereignis überschaubar aus. Zwar griffen viele Museen das Thema in Sonderausstellungen auf, neuere Forschungsergebnisse blieben dagegen rar. Eine erfreuliche Ausnahme bildet der vorliegende Band, der das Ergebnis einer Tagung darstellt, die passenderweise im Museum des Dreißigjährigen Krieges in Wittstock abgehalten wurde.

Das Buch ist in drei Abschnitte gegliedert: Geschichtsschreibung und historischer Rahmen, Europa in Brandenburg sowie Alltag und Kriegserfahrung in brandenburgischen Landschaften und Städten. Frank Göse liefert einen Einblick in den Dreißigjährigen Krieg in der brandenburgischen Geschichtsschreibung. Pointiert fasst er nicht nur die wichtigsten Ereignisse des Konflikts aus landesgeschichtlicher Perspektive zusammen, sondern schildert auch, wie diese von der Forschung rezipiert worden sind. In ähnlicher Weise bemüht sich Matthias Asche, der Initiator der Tagung und des Bandes, den von der Nachwelt und der Wissenschaft geschmähten Kurfürsten Georg Wilhelm in ein etwas positiveres Licht zu rücken. Peter-Michael Hahn schildert, wie die brandenburgischen Stände versuchten, die Kriegslasten zu stemmen, und skizziert ein in sich gespaltenes Land, in dem der innere Zusammenhalt von Ständen und Städten angesichts steigender kriegsbedingter Ausgaben zu zerbrechen drohte.

Die zweite Sektion möchte dem Titel des Bandes „Halb Europa in Brandenburg“ gerecht werden und stellt verschiedene Heere, die in Brandenburg unterwegs waren, vor. Andreas Kappelmeyer präsentiert die schwedischen Obristen als sehr eigenständig agierende Kriegsunternehmer. Michael Weise schildert die Aktivitäten kaiserlicher Kroaten auf dem brandenburgischen Kriegsschauplatz, während sich Clemens Weißflog mit schottischen Söldnern beschäftigt. Schotten und Kroaten gehören zu den von der Forschung viel beachteten Exoten unter den Söldnern des Dreißigjährigen Krieges. Die Beiträge sind in sich gelungen, auch wenn die Quellenbasis bei Weißflog mit dem edierten Tagebuch Robert Monros etwas schmal ist. Die Sektion hätte noch etwas an Tiefe gewinnen können, wenn es gelungen wäre, einen Referenten zu finden, der sich mit einer noch stärker vertretenen, aber von der Forschung kaum in den Blick genommenen Söldnergruppe auseinandergesetzt hätte. Zwanzig Prozent der im Wittstocker Massengrab gefundenen Söldner stammten nämlich aus Italien.

Der aus landesgeschichtlicher Perspektive spannendste Abschnitt folgt mit der letzten Sektion, in dem mehrere Beiträge mit lokalgeschichtlichem Blickwinkel vereint werden, die zum Teil auf der umfangreichen Auswertung städtischer Archive beruhen und damit auf Quellen zurückgreifen, die die großen Gesamtdarstellungen verständlicherweise nicht nutzen konnten, aber für unser Bild des

Konflikts wichtige Bausteine aus der Mikroperspektive liefern. Einleitend versucht Marco Kollenberg einen differenzierten Überblick über den Einsatz und die Rezeption von Gewalt zu geben. Er macht deutlich, dass es in der zeitgenössischen Wahrnehmung einen klaren Unterschied zwischen *potestas* als legitimerter und *violentia* als nicht legitimerter Gewalt gab. Viele Konflikte zwischen Militär und Zivilbevölkerung, etwa in Einquartierungs- oder Versorgungsfragen, entstanden jedoch daraus, dass beide Seiten unterschiedliche Auffassungen vertraten, welche Form von Gewalt hier zur Anwendung kam. Lutz Libert, Steffen Krestin und Heinrich Kaak wenden sich anschließend dem Krieg in der Uckermark, in Cottbus sowie in Neuruppin und Prenzlau zu. Liberts Aufsatz ist etwas knapp ausgefallen und macht auch einen unfertigen Eindruck. Dagegen liefern Krestin und Kaak tiefeschürfende, quellengesättigte Beiträge, die einen echten Gewinn für den Band darstellen. Kaak beschränkt seinen Blick dabei nicht allein auf den Dreißigjährigen Krieg, sondern nimmt auch die Wiederaufbaumaßnahmen in Prenzlau und Neuruppin bis zum Ende des Jahrhunderts in den Blick. Im Anschluss beschäftigt sich Antje Reichel mit Elbüberquerungen verschiedener Heere im Dreißigjährigen Krieg. Den Abschluss der Sektion bildet ein Aufsatz der Wittstocker Museumsleiterin Antje Zeiger über das Museum des Dreißigjährigen Krieges, der an jener Stelle etwas deplatziert wirkt und sich wohl etwas besser in eine eigene Sektion zur Erinnerungskultur eingefügt hätte. Er gibt neben einer kurzen historischen Einführung lediglich einen Überblick über die Entstehungsgeschichte des Museums, was in einem Ausstellungskatalog vielleicht sinnvoll gewesen wäre, aber nicht so recht in den vorliegenden Band passt. Eine Zeitleiste, die wohl vor allem einem breiteren Publikum wichtige Stationen des Dreißigjährigen Krieges allgemein und speziell in Brandenburg vorstellt, rundet das Buch ab.

Alles in allem stellt der Band trotz einiger weniger schwächerer Beiträge eine wirkliche Bereicherung für die brandenburgische Landesgeschichte dar. Insbesondere die lokalhistorischen Aufsätze zeigen eindrucksvoll, dass die so oft geschmähte Ortsgeschichtsforschung uns noch viele interessante und aufschlussreiche Geschichten des Dreißigjährigen Krieges erzählen kann. *Alexander Querengässer*

Vera Henze-Mengelkamp: Die Marienkirche auf dem Harlungerberg in Brandenburg an der Havel. Zur Baumotivation, Gestaltung und Nutzung eines zerstörten Hauptwerks brandenburgischer Architektur. Dresden: Sandstein Verlag 2020. 104 S., zahlr. Abb. (= Arbeitshefte des Brandenburgischen Landesmuseums für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum 59).

Es ist sehr ungewöhnlich, dass eine Monographie über ein Bauwerk erscheint, das seit fast dreihundert Jahren restlos verschwunden ist. Man kennt die Marienkirche auf dem Harlungerberg in Brandenburg nur aus historischen Quellen, einer Handvoll Abbildungen, drei Modellen, ein paar Ausstattungsgegenständen und wenigen Spolien. Die im Boden verbliebenen Reste der Kirche, die immerhin eine archäologische Nachsuche ermöglicht hätten, fielen Anfang der 1960er Jahre undokumentiert dem Neubau eines Wasserspeichers zum Opfer. Tatsächlich hat die Marienkirche bis heute einen festen Platz im Bewusstsein der Brandenburger (natürlich vor allem der Stadt-Brandenburger) Öffentlichkeit, die den Verlust betrauert und Phantomschmerz spürt.

Vera Henze-Mengelkamp hat sich mit diesem lokalen Weltwunder im Rahmen ihrer Masterarbeit im Fach Geschichts- und Kulturwissenschaften an der FU Berlin auseinandergesetzt, die nun als Arbeitsheft des Brandenburgischen Landesamtes erschienen ist. Sie steht damit in einer Reihe gegengerechter, wissenschaftlich fundierter Denkmalmonographien aus dem Bundesland Brandenburg.

Sehr vollständig, gleichzeitig erfreulich kompakt umreißt die Autorin den Forschungsstand zur Marienkirche und verdeutlicht, dass sich verschiedene Autoren seit dem Abbruch immer wieder mit dem legendären Gebäude befasst haben. Dabei hat sie auch entlegene und schwer greifbare Werke berücksichtigt. Im Folgenden wird der geschichtliche Hintergrund zur Errichtung der Marienkirche entfaltet, die Einrichtung des Brandenburger Bistums 948 oder 965, das Exil des Brandenburger Bischofs und seine Rückkehr auf die Burginsel 1161/65. Die Rolle der Prämonstratenser wird beleuchtet, die um 1148 aus Leitzkau kamen und 1161 als Domkapitel eingesetzt wurden. Es sei

wahrscheinlich, dass der Markgraf an der Errichtung der ersten Marienkirche zwischen 1150 und 1166 anstelle eines slawischen Heiligtums beteiligt gewesen sei. Zu Beginn des 13. Jahrhunderts habe sich das Verhältnis von Bischof und Domkapitel zum Markgrafen jedoch verschlechtert. Eine maßgebliche Unterstützung des Markgrafen beim Neubau der Marienkirche sei daher nicht anzunehmen. In der päpstlichen Ablassurkunde von 1222 wird das Domkapitel ausdrücklich als Bauherr der Marienkirche genannt, der Neubau hatte zu diesem Zeitpunkt bereits begonnen. Da Bischof Gernand nach seiner Einsetzung 1222 Brandenburg erst 1224 erreichte, kann er – wenn überhaupt – nur auf den schon entstehenden Bau Einfluss genommen haben.

Die Baubeschreibung des vollständig untergegangenen Bauwerks beginnt mit einer kritischen Darstellung der Überlieferung. Henze-Mengelkamp hat dazu alle bekannten Quellen gesammelt, vorgestellt und eingehend bewertet. Wichtigstes Zeugnis ist dabei das Aufmaß in Grundriss, Ansicht und Schnitten, die A. de Vignolles kurz vor dem Abbruch 1722/23 aufgenommen hat. Sie sind eine der frühesten und bedeutendsten Bauaufnahmen mit denkmalpflegerischer Intention und waren für eine Publikation vorgesehen. Ältere Ansichten der Kirche auf mehreren Stichen und Zeichnungen haben dagegen oft nur begrenzten Erkenntniswert. Mehr Details überliefern die Stadtansichten des Stadtschreibers Garcaeus von 1582 und des Trebaw-Epitaphs von 1586 in der Gotthardtkirche. Drei Modelle, eines davon wahrscheinlich noch aus der Zeit des Abbruchs, befinden sich im Stadt- und im Dommuseum. Paul Eichholz hat in seinem Denkmalinventar Profile einiger Dutzend Formsteine abgebildet, die inzwischen größtenteils verschollen sind. Im Band zur mittelalterlichen preußischen Backsteinarchitektur 1862 widmete Friedrich Adler der Marienkirche mehrere Seiten und veröffentlichte rekonstruierende Ansichten und Schnitte, die vielleicht als Projekt für einen Wiederaufbau gedacht waren.

Die Beschreibung geht zunächst der – nie zuvor gestellten – Frage nach, ob der Zentralbau tatsächlich ein Backsteinbau gewesen sei, und bejaht diese. Es folgt eine sehr eingehende und präzise Beschreibung des Bauwerks einschließlich der absoluten Maße, der Außengliederungen und der Durchfensterung. Anhand der Quellen und der räumlichen Disposition erschließt Henze-Mengelkamp eine Reihe von Altarstandorten in der Kirche. Die Zentralbauform sei nicht ideal geeignet gewesen, um hier ein größeres Gestühl für Stiftsherren unterzubringen, eine gewisse Separierung des Chorraumes vom Laienraum sei aber anzunehmen. Der von einigen Autoren geäußerten Vermutung, an Stelle des späteren Anbaus habe es ursprünglich einen Westchor gegeben, tritt die Autorin mit überzeugenden Argumenten entgegen.

Die stilistische Einordnung beschäftigt sich zunächst mit der Frage nach dem Zentralbau und seinen Vorbildern, wobei der Bogen der diskutierten Beispiele von der frühchristlichen Zeit bis ins 13. Jahrhundert und vom Nahen Osten über Italien, Frankreich und Deutschland gespannt wird. Erstmals wird für die Marienkirche wegen ihrer dezidierten Zweigeschossigkeit der Vergleich mit Doppelkapellen gezogen, die, ausgehend von der Pfalzkapelle Karls des Großen in Aachen, vor allem im 12. Jahrhundert als Burg- und Pfalzkapellen verbreitet waren. Gemeinsam mit der Kirche auf dem Harlungerberg seien letztendlich bei allen Kirchen aber die betont repräsentative Gestalt und die herausragende Bauherrschafft.

Das Motiv des Kranzes der Ostapsiden wird mit frühgotischen Umgangschören und -kapellen verglichen, wobei vor allem der ab 1209 errichtete Umgangschor des Magdeburger Domes mit seinen polygonalen Kapellen als Vorbild gedient haben dürfte. Die ungewöhnliche Konstellation der viertürmigen Kirche wird in den Kontext von Kalundborg und des Bamberger Domes gestellt. Die Parallelisierung zu Dekorationsformen aus der Backsteinbaukunst des späten 12. und frühen 13. Jahrhunderts – etwa Lehnin, Chorin, Jerichow – zeigt, dass die Marienkirche doch ein Werk ihrer Zeit und ihres lokalen Umfeldes ist. Als Vorbild (oder Parallele) für die innere Gliederung und die Systematik der vom Boden an vorbereiteten Gewölbe zieht Henze-Mengelkamp den frühgotischen Umbau der Liebfrauenkirche in Magdeburg heran. Das ist unmittelbar überzeugend und erlaubt eine plastische Vorstellung vom Innenraum der Marienkirche.

Ein ganz neues Kapitel schlägt die Autorin in der Betrachtung der Nutzung und der Nutzer auf und vermittelt das Bild sehr intensiver geistlicher Aktivitäten in der Marienkirche im 14. Jahrhun-

dert. Sie diskutiert verschiedene Quellen, die außerordentlich detaillierte Regelungen zur Nutzung der Marienkirche und zu Rechten und Pflichten überliefern. Zu gewissen Festtagen verbrachte das Domkapitel mitunter mehrere Tage auf dem Marienberg, auf dem es also Baulichkeiten zur Übernachtung und Versorgung gegeben haben muss. Eine Ordnung regelte, an welchen Feiertagen andere Orden – Franziskaner, Dominikaner und Augustiner – den kirchlichen Dienst an der Marienkirche zu versehen hatten, wobei die höchsten Feiertage und die einträglichsten Zeiten im September dem Domkapitel vorbehalten blieben. Detaillierte Festlegungen in Bezug auf Predigt- und Läuzeiten sollten Überschneidungen und Konflikte mit den Pfarrkirchen an Fest- und Sonntagen vermeiden. Anscheinend wurde die Marienkirche im 14. Jahrhundert ganzjährig von einem Pfarrer und Kaplan betreut und war regelmäßig Ort von Gottesdiensten. Zwar hielten sich offenbar dauerhaft Inkulsen des Dritten Ordens der Franziskaner auf dem Berg, es gab aber kein dort ansässiges Kloster.

Sehr grundsätzlich setzt sich Henze-Mengelkamp mit der Frage auseinander, ob die Marienkirche eine Wallfahrtskirche gewesen sei. Zunächst erörtert sie das komplexe Phänomen und die Begrifflichkeiten von Pilgerfahrt, Wallfahrt und Nahwallfahrt, Kirchfahrt oder Kreuzgang. Nachdem es immer Pilgerfahrten zu heiligen Stätten und Gräbern gegeben habe, setzten seit dem 12. Jahrhundert Wall- oder Pilgerfahrten zu wunderstätigen Gnadenobjekten ein, die vom Glauben an Wunder oder Kräfte motiviert waren, aber auch durch Ablässe gefördert werden konnten. In der Mark Brandenburg florierte eine Reihe von Marienwallfahrtsorten; später werden vor allem Fahrten zu Stätten wundertätiger Hostien populär. Ursprung und Gestalt vieler Wallfahrtsstätten seien unklar, zumal ein großer Teil der Kirchen später abgebrochen worden sei. Vor diesem Hintergrund hält es Henze-Mengelkamp für wenig wahrscheinlich, dass die Marienkirche auf dem Harlungerberg schon im 12. Jahrhundert Ziel von Wallfahrten gewesen sei, und es sei auch fraglich, ob dies zu Beginn des 13. Jahrhunderts der Fall war. Für das 14. Jahrhundert gibt es immerhin einige Quellen, die vom Vorhandensein eines Gnadenbildes und vom Zustrom von Gläubigen berichten. Die Opfergaben müssen für das Domstift eine bedeutende Einnahmequelle gewesen sein, da es in der Konkurrenz zu anderen Wallfahrtsorten mehrfach intervenierte.

Die „Wallfahrtskirche“ als Architekturtyp habe es im 12. und 13. Jahrhundert nicht gegeben, auch später ließen sich kaum übereinstimmende Merkmale definieren. Kirchen, die wegen ihrer Gnadenobjekte von einer Vielzahl von Gläubigen besucht wurden, zeigten in der Regel einen erhöhten architektonischen Aufwand und individuelle bauliche Eigenheiten, die es erlaubten, Besucherströme zu empfangen und zu lenken. So besaß die Wilsnacker Kirche – wie die Marienkirche auch – große Portale in den Querschiff Fassaden. Emporen scheinen bei der Erschließung aber eine geringere Rolle gespielt zu haben. Vielmehr waren die Weisungen der Heiltümer flexibel und konnten im Freien oder an verschiedenen Orten in der Kirche gezeigt werden.

Zur Baumotivation und Nutzung stellt Henze-Mengelkamp in Frage, ob der Neubau der Marienkirche, die nachweislich weder Pfarr- noch Stiftskirche gewesen ist, tatsächlich als Wallfahrtskirche errichtet worden sei. Sie widerspricht damit einer oft geäußerten Annahme – auch des Rezensenten. Vielmehr zieht sie in Betracht, dass St. Marien auf dem Harlungerberg im Rahmen einer Kirchenfamilie, die dem Domstift unterstand, in die Reihe von Stationskirchen zu stellen wäre. Sie wäre dann regelmäßige Station von Umgängen und Prozessionen des Brandenburger Klerus in der Kathedralstadt Brandenburg gewesen. Als Parallele nennt sie die fast gleichzeitig entstandene Liebfrauenkirche in Trier (ebenfalls eine Marienkirche und ein Zentralbau) mit der Rekonstruktion liturgischer Praktiken durch Clemens Kosch.

Dass es zumindest im 14. und 15. Jahrhundert eine rege Wallfahrt zur Marienkirche gegeben hat, ist aber kaum zu bestreiten. Bereits in der Ablassurkunde von 1222 ist ja im Zusammenhang mit dem Neubau recht eindeutig von Wundern die Rede, die die Gottesmutter gewirkt habe. Der Bau des 13. Jahrhundert scheint auch nicht dazu angelegt, eine große Zahl von Gläubigen im Gottesdienst aufzunehmen. Wie kaum ein anderes Kirchengebäude seiner Zeit ist er aber mit seinen geräumigen seitlichen Vorhallen, zahlreichen Treppen und umlaufenden Emporen wie dafür geschaffen, große Menschenmassen im Rundlauf zu kanalisieren und begegnungsfrei durchzuschleusen, und zwar offenbar unter Einbeziehung des Obergeschosses. Warum leisteten sich die Domherren einen derart

aufwendigen und weit entfernten Bau, zumal die eigene Kathedrale zu diesem Zeitpunkt den Anblick düsterer Romanik bot? Vermutlich doch nicht, um bei gelegentlichen Prozessionen den besonderen Glanz der Marienkirche zu erleben. Eine befriedigende und auch naheliegende Erklärung wäre eben doch, dass auf dem Harlungerberg zu Beginn des 13. Jahrhunderts bereits eine eingeführte und einträgliche Pilger- oder Wallfahrt bestand, die einen Neubau finanzieren und durch seine Pracht noch mehr Besucher anziehen konnte – eine kluge Investition! Tatsächlich wird sich über die Motivation der Bauherren wohl nie eine abschließende Antwort finden lassen.

Ein wenig bedauerlich ist, dass die Autorin fast gar nicht auf die im 15. Jahrhundert im Westen angebaute Kapelle des Schwanenritterordens eingeht. Der in absichtlich retrospektiven Formen errichtete Zentralbau fügte der Marienkirche eine faszinierende weitere Facette hinzu und inszenierte sie als Traditionsort der neuen Landesherrschaft der Hohenzollern und als Sitz eines neu gegründeten staatstragenden Ritterordens.

Auch wenn man vielleicht nicht in allen Punkten ihrer Einschätzung folgen möchte, so hat Vera Henze-Mengelkamp mit ihrem kompakten, gut ausgestatteten Buch die bislang umfassendste Abhandlung zur Brandenburger Marienkirche vorgelegt. Es werden alle bekannten Quellen und der lückenlose Forschungsstand aufgeführt und kritisch hinterfragt. Fragen der Rekonstruktion, der Baugeschichte, der kunsthistorischen Einordnung, der Liturgie, schließlich der Zweckbestimmung der Kirche werden auf hohem wissenschaftlichem Niveau dargestellt und diskutiert.

Joachim Müller

Die Immediatzeitungsberichte der Potsdamer Regierungspräsidenten 1867–1914. Eine kommentierte Edition in 4 Bänden, hrsg. von Albrecht Hoppe, Klaus Neitmann und Rudolf Stöber, bearb. von Albrecht Hoppe. Bremen: edition lumiere 2020. 3566 S. (= Presse und Geschichte 117–120; Einzelveröffentlichung des Brandenburgischen Landeshauptarchivs 21; Veröffentlichungen des Landesverbandes Brandenburg des Verbandes Deutscher Archivarinnen und Archivare e.V. 5).

Mit dem 1947 besatzungsrechtlich verordneten Ende Preußens war auch das Urteil über das von preußischen Archiven jahrzehntelang betriebene Editionsunternehmen *Acta Borussica* gefällt worden. Das vielbändige, seit 1882 vorangetriebene Vorhaben fand nach 65 Jahren sein Ende, und die 1970 und 1982 unter der alten Firma publizierten Halbbände 16.1 und 16.2 als Teil der Reihe A sind nur deshalb im Druck erschienen, weil deren Druckfahnen schon aus der Zeit vor 1947 vorlagen. Die Fortsetzung unter dem Titel „Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz“ (1967–2014) und unter diesem Titel mit dem Zusatz „Quellen“ (ab 2015) hat inzwischen auch schon 73 Titel hervorgebracht und lässt damit den achtbaren Versuch der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften, mit der 12-bändigen Quellenedition „Protokolle des Preußischen Staatsministeriums 1817–1934/38“ (1999–2004) eine Neue Folge der *Acta Borussica* aufzumachen, im Lichte eines letzten Aufbäumens der geachteten Traditionsmarke erscheinen. Für die Staatsarchive jener Bundesländer, die ganz oder vornehmlich auf einstmals preußischem Territorium gelegen sind, könnte aus der Sicht des Historikers unter diesen Voraussetzungen somit eine gewisse moralische Verpflichtung anfallen, die editorische Arbeit an ihren Beständen zum preußischen Verwaltungsgeschehen in ihren Verantwortungsbereich nicht außen vor zu lassen, sondern in Anknüpfung an die *Acta Borussica* auf Sicht weiterzuführen.

Einen Leuchtturm für die Bereicherung der Historiografie durch Publizierung von Archivalien zum Einblick in das Funktionieren des untergegangenen Staates Preußen hat nun das Brandenburgische Landeshauptarchiv in seiner Reihe *Einzelveröffentlichungen* gesetzt: mit der Edierung der quartalsweise an den Monarchen zu liefernden „Zeitungsberichte“ des Regierungspräsidenten im Regierungsbezirk Potsdam über den aktuellen Zustand und die neuesten Entwicklungen in dessen Verwaltungsgebiet im Zeitraum vom Beginn des letzten Drittels des 19. Jahrhunderts bis zum Vorabend des Ersten Weltkriegs. Da der Regierungsbezirk Potsdam in weiten Teilen identisch ist mit dem Areal des heutigen Bundeslandes Brandenburg, liegt somit ein Kompendium vor, in

dem sich wie unter einem Brennglas alle Aspekte der stürmischen Modernisierung vorfinden, die im Zuge der Industriellen Revolution in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts Platz griffen: Ausweitung der industriellen Kluster, Ausbau der Infrastruktur, stringente Aufsicht über medizinische Defekte, Umbruch in der Landwirtschaft mit Landflucht und Arbeitskräftemangel, deutliche Urbanisierung, Teilnahmen an Entscheidungsfindungen in ihrem Umfeld. Als vorteilhafter Nebeneffekt dokumentieren die Berichte eine sonst neben dem Eisenbahnbau eher vernachlässigte Entwicklung, die untrennbar mit der Modernisierung der Infrastruktur verbunden ist: den Ausbau des überkommenen Wegenetzes – das im Normalfall nur aus ausgefahrenen Wagenspuren bestand – zu einem *Straßennetz*, in dem die alte Verkehrspur im Regelfall fortan als „Sommerweg“ nebenher lief.

Der Titel der Publikation dürfte bei den heutigen Benutzern Raum für eklatantes Missverstehen lassen: Die *Zeitungsberichte* haben nichts mit einem Pressespiegel gemein, sondern sie beziehen sich auf den ursprünglichen, bis zur Aufklärung geläufigen Begriff für eine neu eingetroffene Nachricht – und zum Zwecke der Unterrichtung über den neuesten Stand der Dinge verlangte die Zentrale der preußischen Staatsverwaltung seit dem Soldatenkönig regelmäßig solche „pressanten“ Nachrichten aus den Provinzen. Mit der Neustrukturierung der Staatsverwaltung nach 1815 wurde diese Art der Berichterstattung auf die Ebene der Regierungsbezirke verlagert und seit 1817 dann auch zunehmend formalisiert. Bis 1867 hatten sich die Rubriken Landeskultur, fiskalische Bauten, öffentliche Stimmung und Militärverhältnisse als Basisbestandteile der Berichte herauskristallisiert, und es ist höchst lehrreich, an den nun vorliegenden zu verfolgen, wie die immer komplizierter werdenden gesellschaftlichen Verhältnisse und das stete Bemühen, mit den Anforderungen Schritt zu halten, zu einer Vermehrung der Rubriken führten. Über die Jahre rücken die Dossiers Gesundheit (von Mensch wie Tier), Forstwesen, Bergbau, Handel und Gewerbe, Unglücksfälle und Verbrechen in die Agenda ein und werden dann gelegentlich noch speziell unterteilt (z.B. wurde aus „Öffentliche Bauten“ die Dreiteilung in Hoch-, Tief- und Wasserbau). Allerdings ging das Interesse der höchsten Staatsbehörden – und des Monarchen – nicht so weit, sich unter der Rubrik „Öffentliche Stimmung“ belehren zu lassen, was an konkreten Defiziten offenkundig geworden war und eventuell gar Vorschläge zur Abhilfe provoziert hatte. Kam dies – selten genug – vor, wurde sofort belehrend reagiert und allenfalls ein Verweis auf den vorgegebenen Dienstweg über Oberpräsident und Fachminister ins Spiel gebracht! Dass die Berichte über Öffentliche Stimmung nicht als auch nur annähernde Widerspiegelung der tatsächlichen Verhältnisse zu nehmen sind, ist jedem Leser klar, der – in welchen strukturellen Verhältnissen auch immer – jemals in die Lage kam, ähnlich gelagerten Wünschen willfahren zu müssen. Solche Berichte werden schon im Konzept auf die Erfüllung von Erwartungshaltungen hin formuliert. Dennoch kommt die stereotype Einordnung folkloristischer Events in die Kategorie „Treuebekenntnisse zum Herrscherhaus“ in ihrer permanenten Wiederholung schon recht dreist daher. An Dreistigkeit schwer zu überbieten ist allerdings der Umgang der Potsdamer Behörde mit der berühmt-berüchtigten „Köpenickiade“ im Bericht über das IV. Quartal 1906. Dort taucht der Überfall auf das Köpenicker Rathaus mit keinem einzigen Wort auf. Dabei verfügte doch der Potsdamer Regierungspräsident von der Schulenburg mit dem Bericht des von ihm zur Vor-Ort-Recherche nach Köpenick entsandten Regierungsrats Schuhmann über die detailliertesten Kenntnisse zu den dortigen Abläufen am Nachmittag des 16. Oktober 1906.¹

Als roter Faden zieht sich über die Jahrzehnte die Klage über die „Leutenot“ in der Landwirtschaft hin: die nackte Widerspiegelung des Trends, dass mit dem Fortschreiten der Industrialisierung das Abwandern der Arbeitskräfte in die bessere Arbeitsentgelte bietende Industrie zunahm. Aus dem mangelnden Verständnis für den gesamtgesellschaftlichen Umwälzungsprozess mit den daraus resultierenden Kulturphänomenen rührt von dem mehrmals angesprochenen Unverständnis her, das in dem

1 Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Rep. 2 A Reg. Potsdam, Regierungsbüro Kommunalsachen, Nr. 4091.

Erstaunen seinen Niederschlag findet, dass die Industriearbeiterschaft keineswegs dazu tendierte, selbst in den Fällen verbreiteter Arbeitslosigkeit sich wieder einer Tätigkeit in der Landwirtschaft zuzuwenden. In diesem Zusammenhang blitzen immer mal wieder konkrete Daten zu Arbeitszeiten und Löhnen auf. Lohnkämpfe werden emotionslos vermerkt – ganz im Gegensatz zu den argwöhnisch notierten Aktivitäten der Sozialdemokratie. Für deren Einpassen in das gesellschaftliche Geschehen formt sich um die Jahrhundertwende ein vergrößernder dichotomischer Blick: Der „Umsturzpartei“ steht nun als Gegenpart die Phalanx der „Ordnungsparteien“ gegenüber... Nicht ohne Bewegung liest man die stetig wiederkehrenden sorgenvollen Berichtsteile über den Stand von Krankheitswellen, die auf den Meldungen der Amtsärzte fußten und durchaus deren Einsichten in Ursachen für Seuchenschübe benennen: mangelnde Hygiene und verbreitete Sorglosigkeit im Umgang mit Verschmutzung – über Jahrzehnte verbunden mit dem allzu schleppenden Fortgang beim Ausbau einer öffentlichen Wasserversorgung.

Als wahre Schatzkammer bietet sich die Fülle der Dokumente für die Lokalgeschichte dar, denn achtzig Prozent der Gemeinden des Regierungsbezirks sind in den Berichten und den sie begleitenden verifizierenden Erläuterungen wenigstens einmal erwähnt. Letztere sind das Ergebnis einer enormen Fleißarbeit der Herausgeber, die fast keine der in den Berichten kundgetanen Fakten unkommentiert und ohne den Hinweis auf weiterführende Quellen lassen. Das penibel bearbeitete Register, das den vierten Band der Edition füllt, erleichtert den Zugriff über Orts-, Sach- und Personenregister sowie Stichwortverzeichnis in vorbildlicher Weise.

Bei der enormen Vielzahl der handschriftlichen Dokumente kann gelegentliches Verlesen kaum ausbleiben. Der Rezensent kann nichtsdestoweniger nicht mehr als *einen* Nachweis einbringen. Im Bericht für das I. Quartal 1870 kapitulieren die Herausgeber vor dem Wort *Pritstabel* – der vom Domänenamt bestellte Fischereiaufseher –, das sie fälschlich „Pritzfabel“ lesen. *Kurt Wernicke*

Inventar zur brandenburgischen Militärgeschichte 1815–1914. Quellen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs zum Verhältnis Militär – Verwaltung – Bevölkerung in der Provinz Brandenburg, bearb. von Klaus Geßner. Berlin: Peter Lang 2020. 668 S. (= Quellen, Findbücher und Inventare des Brandenburgischen Landeshauptarchivs 37).

Wie rezensiert man ein reines Inventar? Das Verdienst der mühsamen Fleißarbeit, Akten aus nach Provenienzprinzip erstellten Findmitteln in ein nach ihrer Pertinenz erstelltes Verzeichnis zu übertragen, steht außer Frage und an dessen Übersichtlichkeit besteht in der Regel auch kaum Zweifel. Der vorliegende Band bildet den zweiten Teil der von Klaus Geßner bearbeiteten Inventar-Reihe zur brandenburgischen Militärgeschichte. Teil 1 beschäftigte sich mit der napoleonischen Epoche (1806–1815)¹, Teil 2 widmet sich nun dem langen 19. Jahrhundert (1815–1914). Aufgrund des wesentlich längeren Zeitraums, den das Inventar abdeckt, ist es auch deutlich umfangreicher ausgefallen (668 gegenüber 517 Seiten), und dieser größere Umfang mag dazu beigetragen haben, dass auf erklärende Begleittexte verzichtet wurde. Darin liegt schließlich auch das größte Manko im Vergleich zum Vorgängerband. So fehlt es an Erläuterungen zum Aufbau und zur Nutzbarkeit des Bandes, aber auch an hilfreichen Erklärungen über die Möglichkeiten der brandenburgischen Militärgeschichtsforschung. Klaus Neitmann verweist in seinem Geleitwort auf die persönlich schwierigen Umstände, unter denen Klaus Geßner den Band erstellt hat, und auf die Begleittexte des ersten Bandes. Diese sind allerdings nur bedingt eine Hilfestellung für den Nutzer des vorliegenden Inventars, denn die Fragestellungen der Militärgeschichte sind nicht ohne Weiteres von der Napoleonischen Zeit auf das weitere 19. Jahrhundert übertragbar.

¹ Siehe dazu Alexander Querengässer: Rezension zu: Inventar zur brandenburgischen Militärgeschichte 1806–1815 (2018), in: Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte 70 (2019), S. 244f.

Der Band gliedert sich in drei Teile. Den meisten Raum nimmt das eigentliche Inventar ein, welches Akten mit militärgeschichtlichen Inhalten vor allem geografisch ordnet, also nach den Regierungen in Potsdam und Frankfurt, den jeweiligen Kreisverwaltungen, Landratsämtern, Ämtern, Städten, Gütern und Amtsbezirken. Dabei beschränkt sich das Inventar nicht auf eine bloße Aufzählung von Akteniteln, sondern führt auch knapp die wichtigsten Inhalte an, sodass der Nutzer beispielsweise erfährt, dass der Nachlass von Carl Reeholtz Bauzeichnungen der Potsdamer Garnisonkirche enthält (S. 358). An das Inventar schließt sich ein sehr ausführliches Glossar an (S. 475–546). Hier enthält der Nutzer unter dem Stichwort „brandenburgische Militärgeschichte“ immerhin einen groben Einblick in die aktuellen Fragen und Tendenzen in der Forschung. Dagegen ist das Literaturverzeichnis im dritten Teil, auf welches der Eintrag verweist, wiederum denkbar knapp ausgefallen und gibt nur einen groben und keineswegs vollständigen Forschungsüberblick. Ein umfangreiches Sachregister beschließt den Band und erlaubt dem Nutzer eine schnelle Stichwortsuche.

Als reines Findbuch zur Archivrecherche ist das vorliegende Inventar daher auf jeden Fall ein hilfreiches Hilfsmittel, einen Einstieg in die Forschung, wie der Vorgängerband, bietet es hingegen nicht.

Alexander Querengässer

Königs Wusterhausen. Eine Stadtgeschichte, hrsg. von Felix Engel und Kristina Hübener. Berlin: be.bra wissenschaft 2020. 416 S., zahlr. Abb. (= Einzelveröffentlichungen der Brandenburgischen Historischen Kommission 23; Einzelveröffentlichungen des Kreisarchivs Dahme-Spreewald 7).

Erfreulicherweise wurden in den letzten Jahren für eine ganze Reihe von brandenburgischen Kommunen Stadtgeschichten vorgelegt, die durchweg auf eine recht große Resonanz stießen. Dies spiegelt das partiell vorhandene Bedürfnis nach einer intensiveren Identifizierung und damit eben auch einer Beschäftigung mit der eigenen „kleinen Lebenswelt“ wider und stimmt trotz aller Unkenrufe über eine scheinbar verblassende Bedeutung des Geschichtsinteresses zuversichtlich. In diesen Trend fügt sich auch die hier zu besprechende Publikation zu Königs Wusterhausen ein, gleichwohl stellt sie aber eine gewisse Besonderheit dar. Denn bereits 1998 ist eine Geschichte dieser südöstlich Berlins gelegenen Stadt publiziert worden.¹ Das nun vorliegende Buch baut auf dieser Darstellung auf und ist aus Anlass des 700-jährigen Ortsjubiläums erschienen, was sich auch in der opulenteren Aufmachung und im erheblich erweiterten Umfang widerspiegelt. Von daher ist es angebracht, den jetzt publizierten Band gelegentlich mit seinem „Vorgänger“ zu vergleichen.

Der konzeptionelle Aufbau folgt bewährten Mustern. Den „roten Faden“ bildet gleichsam das chronologische Prinzip, dem acht von der Ur- und Frühgeschichte bis in die unmittelbare Gegenwart reichende Kapitel verpflichtet sind. Unterbrochen wird diese Reihung durch vier Exkurse, die sich wichtigen und teilweise epochenübergreifenden Teilaspekten zuwenden, die für die Geschichte des Ortes prägend waren. Dazu zählt eine sehr lesenswerte und auf dem neuesten Forschungsstand basierende Darstellung der Geschichte des Schlosses Königs Wusterhausen aus der Feder der langjährigen Kastellanin Erika Preiße. Ebenso erhielten der Funckerberg mit der ehemaligen „Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen“ und das Dahmelandmuseum eigene Kapitel. Ein abschließender Überblick widmet sich den kulturhistorischen Bauten der Stadt und ihres Umlandes.

Die Behandlung der Ur- und Frühgeschichte bietet einen kompetenten Einblick in die von der Altsteinzeit bis in die Slawenzeit reichende Besiedlungsgeschichte von Wendisch Wusterhausen, wie der Ort bis in das frühe 18. Jahrhundert hieß. Nicht nur in diesem Kapitel wird stets auch das nähere Umland in die Betrachtung einbezogen bzw. werden Vergleiche zur Entwicklung in anderen Teillandschaften angestellt. Ebenso wie die Ausführungen zur Ur- und Frühgeschichte stellt auch

¹ Kurt Adamy/Kristina Hübener/Marko Leps: Königs Wusterhausen. Eine illustrierte Orts- und Stadtgeschichte. Berlin 1998.

der nachfolgende Abschnitt zur mittelalterlichen Geschichte aus der Feder des Mitherausgebers Felix Engel eine wesentliche Erweiterung im Vergleich zu den Ausführungen in der Stadtgeschichte von 1998 dar. Hier wird unter Berücksichtigung des neuesten Forschungsstandes eine kompetente Gesamtschau vom Aussterben der askanischen Dynastie bis in das frühe 16. Jahrhundert geliefert, dabei auch Kontroversen wie etwa diejenige um die Authentizität der Belehnung Herzog Rudolfs von Sachsen mit dem Teltow von 1320 – zugleich verbunden mit der Ersterwähnung „Wosterhusens“ – oder um die Bewertung des Verhältnisses zwischen der slawischen Bevölkerung und der im Zuge der Ostkolonisation einwandernden deutschen Siedler nicht aussparend.

Heinrich Kaak beschreibt im Folgenden die Entwicklung Wendisch Wusterhausens von der Reformation bis zur Zeit der Befreiungskriege. Zwar irritiert hier auf den ersten Blick zunächst etwas der zeitliche Vorgriff bis in das 20. Jahrhundert, aber dadurch erhalten die Leser einen komprimierten Überblick über die zum Teil recht verwickelte Geschichte des Verhältnisses zwischen Deutsch und Wendisch Wusterhausen. Letzterer Ort trat seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert im Zuge des Ausbaus der Berlin-Potsdamer Residenzlandschaft zunehmend in das Rampenlicht der Geschichte, was mit der 1718 erfolgten Umbenennung in Königs Wusterhausen einen vorläufigen Höhepunkt erfuhr. Verdienstvoll erscheinen auch die am Ende dieses Kapitels zusammengetragenen Informationen zu jenen Dörfern des Umlandes, die heute Teil der Stadt Königs Wusterhausen sind.

Die folgenden beiden Kapitel, die sich den Entwicklungen zwischen 1815 und 1918 zuwenden, entsprechen etwa dem Umfang der relevanten Abschnitte des Vorgängerbandes. Viele der hier vermittelten Fakten findet man zwar auch bereits dort, dennoch gelang es den Verfassern, durch die Auswertung bisher nicht verwendeter Archivalien und der Einbeziehung von Erkenntnissen aus der in den letzten zwanzig Jahren erschienenen Spezialliteratur neue Facetten zu diesem bedeutenden Zeitabschnitt zu vermitteln.

Kristina Hübener, zugleich Mitherausgeberin dieses Bandes, ist die einzige Autorin, die bereits in der Vorgänger-Stadtgeschichte ein Kapitel verfasst hatte, in diesem Fall der sich der Geschichte zwischen 1918/19 und 1945 widmenden Epoche. Vergleichsweise ausführlich werden die Vorgänge um die Stadtrechtsverleihung von Königs Wusterhausen dargestellt. Das von den Nationalsozialisten am 1. Dezember 1935 inszenierte Spektakel wollte die Stadt in Anlehnung an den zwei Jahre zuvor zelebrierten „Tag von Potsdam“ unter Verweis auf die prägende Rolle König Friedrich Wilhelms I. als das „östliche Potsdam“ erscheinen lassen und damit wirkungsvoll die Verbindung zwischen altpreußischer Tradition und neuem Zeitgeist vorführen.

Die letzten beiden chronologischen Kapitel zur Stadtgeschichte seit 1945 verfassten Thomas Mietk und Stefan Alisch. Es gehört zu den Vorzügen des Bandes, dass dabei die Betrachtung bis in die unmittelbare Gegenwart geführt wird, ein – mit Blick auf die „Nähe“ zur aktuellen Kommunalpolitik – bekanntlich nicht ganz einfaches Unterfangen, das hier aber gut gemeistert wurde. Der am Ende gegebene ambivalente Ausblick auf die zukünftige Entwicklung der Stadt zwischen erreichten Erfolgen einerseits und den angesichts eines nicht unbeträchtlichen Investitionsstaus bestehenden Herausforderungen andererseits dürfte bei der potentiellen Leserschaft auf Zustimmung stoßen.

Durchgängig haben es alle Autoren verstanden, die „großen Themen“ der allgemeinen Geschichte mit den Vorgängen auf lokaler Ebene zu verbinden und deren Wahrnehmung durch die Wusterhauser Bevölkerung eingängig darzustellen. Aspekte der Verwaltungs-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte finden dabei ebenso Berücksichtigung wie auch Themen der Bau-, Bildungs- und Kirchengeschichte. Zwar wird man jedem der Autoren dieses Bandes seinen eigenen Stil zuzubilligen haben, dennoch handelt es sich um durchweg gefällig geschriebene Texte, die sich unter weitestgehender Vermeidung eines Fachjargons um ein hohes Maß an Verständlichkeit für historisch interessierte Laien bemühen. Wenn überhaupt Desiderata benannt werden müssten, dann hätte man sich allenfalls noch etwas eingehendere Ausführungen zur politischen Kultur oder zur Mentalitätsgeschichte gewünscht. Hervorzuheben gilt es last but not least, dass sich die Herausgeber mit sehr viel Umsicht um die Bildauswahl bemüht haben, die wesentlich üppiger und vielgestaltiger als in der Stadtgeschichte von 1998 ausfällt. Sie verleiht dem Band dadurch einen eigenen Wert, der sich damit als würdiges Präsent zum Jubiläum dieser Kommune erweist.

Frank Göse

Rolf-Herbert Krüger: Das Bauwesen in Brandenburg-Preußen im 18. Jahrhundert. Berlin: BWV 2020. XII, 353 S., 80 ungez. S., zahlr. Abb., Karten, Pläne (= Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs 74).

Zur preußischen Baukunst im 18. Jahrhundert, zu den einzelnen Bauwerken, den Architekten ebenso wie den fürstlichen Auftraggeberinnen und Auftraggebern dieser Zeit gibt es zahlreiche kunsthistorische Forschungen. Die Untersuchung der preußischen Bauverwaltung im Barock ist dagegen – von einigen wenigen Studien abgesehen¹ – ein Desiderat, da die bisherigen Forschungen zumeist erst mit der Gründung des Oberbaudepartements (1770) und des Oberhofbauamts (1786) einsetzen.² Insofern möchte Rolf-Herbert Krüger mit seinem Buch diese Forschungslücke schließen und konzentriert sich aufgrund seiner Expertise als promovierter Bauingenieur vor allem auf den Bereich des Wasser-, Land-, Brücken- und Straßenbaus, der von der klassischen Architekturgeschichte zumeist nur am Rand gestreift wird.

Das 300 Seiten umfassende Buch, versehen mit 115 Schwarzweißabbildungen, ist inklusive der Einleitung in elf Kapitel unterteilt. In den ersten drei inhaltlichen Kapiteln werden diejenigen Verwaltungseinrichtungen vorgestellt, die sich schon vor 1770 dem Bauwesen widmeten. Dabei nimmt vor allem die Darstellung des zivilen Bauwesens unter den preußischen Königen Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. am Beispiel der Kurmärkischen Kammer einen zentralen Platz ein. Hilfreich sind drei aufschlussreiche Diagramme, die die Struktur der Bauverwaltung abbilden und die Namen der Beamten, vom Oberbaudirektor und Baudirektor bis zu den Bauinspektoren und -schreibern, in den jeweiligen zeitlichen Abschnitten (1723–1741, 1741, 1770) auflisten. Mit der Einrichtung der Bau-Comptoirs in Potsdam (1745) und Berlin (1755) hatte Friedrich II., wie Krüger herausarbeitet, zudem für seine königlichen Bauten schon Mitte des 18. Jahrhunderts eine Struktur geschaffen, die 1786 im Oberhofbauamt aufging. Ein weiteres Kapitel widmet Krüger der Berliner Baukommission, die die Aufgabe hatte, die im Zuge der Stadterweiterungen ab dem späten 17. Jahrhundert anfallenden, zum Teil staatlich subventionierten Bautätigkeiten im privaten Wohnungsbau zu kontrollieren und voranzubringen, das heißt die Bauanträge, -tätigkeiten sowie beispielsweise das Ausstecken des Baugrunds zu prüfen und anfallende Baustreitigkeiten rechtlich zu begleiten.

Es schließt sich ein ausführlicher Abschnitt zum Thema Brandschutz an, in dem Krüger die verschiedenen Feuerordnungen beginnend ab 1650 unter dem Großen Kurfürsten bis 1800 vorstellt und zeigt, wie man mittels dieser sukzessive eingeführten Versicherungen (Feuersozietäten) versuchte, die Brandschäden zu minimieren. Diese Verordnungen sind für die Bauforschung interessant, da sie direkte Auswirkungen auf die städtebaulichen Planungen und Wohnbauten hatten (Häuserabstände, Schornsteinbau, Materialauswahl etc.). Das folgende Kapitel, welches thematisch besser hinter die ersten Kapitel zur Bauverwaltung gepasst hätte, geht auf die wichtigsten Schloss- und Hofbaumeister ein, angefangen bei dem Schlossbaumeister Johann Gregor Memhardt (1607–1678) und endend bei dem Oberbaudirektor und Hofbaumeister August Gotthilf Naumann (1732–1794). Neben einer größtenteils unnötigen Ansammlung von biographischen Details und Hinweisen zu den in der Literatur bereits mehrfach behandelten Euvres einzelner Personen befinden sich hier aber auch neue Informationen aus den Akten zu den weniger bekannten Baumeistern wie etwa Johann Carl Stoltze und Christian Friedrich Feldmann. Für die weitere Forschung dürften die über die Jahre wechselnden

1 Carl Grommelt: Die Ostpreußische Bauverwaltung im Anfange des 18. Jahrhunderts und der königlich preußische oberländische Landbaumeister und Landmesser Johann Caspar Hindersin. Ein Beitrag zur Baugeschichte der Provinz Ostpreußen. Allenstein 1922. – Anna-Victoria Bognár: Der Architekt in der Frühen Neuzeit. Ausbildung – Karrierewege – Berufsfelder. Heidelberg 2020 (= Höfische Kultur interdisziplinär 2), v.a. Kap. 3.3.3.2 zur Bauverwaltung in Brandenburg-Preußen, S. 234–238.

2 Hier wären v.a. zu nennen: Reinhart Strecke: Anfänge und Innovation der preußischen Bauverwaltung. Von David Gilly zu Karl Friedrich Schinkel. Köln u.a. 2000 (= Veröffentlichungen aus den Archiven Preußischer Kulturbesitz 6). – Christine Löser: Karl Friedrich Schinkel bei der Oberbaudeputation. Zur Bauverwaltung unter Friedrich Wilhelm III. Berlin 2002.

Titeleien und Ränge der Baumeister ebenso interessant sein wie die von Krüger aufgelisteten Personalbestände des Bauamts, die den jeweiligen Baudirektoren oder Schlossbaumeistern unterstanden.

Es ist erfreulich, dass auch Aspekte wie Ausbildung, Qualifikation und Besoldung in einem eigenen Kapitel gewürdigt werden. Die Geschichten um die Baumeister und Künstler, die vor allem aufgrund des zum Teil sehr herrschsüchtigen Friedrich II. ihre Position in Preußen bewusst verließen, sind der Forschung zwar bekannt, in der Zusammenstellung versehen mit teils neuen Quellen zeigen sie aber überzeugend die Kehrseite des Architekturgeschehens unter diesem König auf. Besonders spannend ist das Kapitel zu Baureglements, Vereidigungen und den Abläufen innerhalb der Bauämter sowie auch den Bautaxen der Handwerker, da man diese Informationen oft nur per Zufall in den Akten findet und sie hier für das 18. Jahrhundert in Preußen zusammengestellt sind.

Verdienstvoll und aufschlussreich sind die beiden Kapitel, die sich mit Straßen- und Wegebau sowie Bautechnik und Baustatik in Preußen beschäftigen. Sie nehmen fast ein Drittel des Buches ein und zeigen die Expertise des Autors in diesem Bereich. Hier erhält man bislang unbekannt Einblicke in das Tagesgeschäft der damaligen Baubeamten. Auch die Sammlung von Problemen statischer Natur bei einzelnen Bauwerken ist interessant, da sie zeigt, wo die Grenzen der aus der Praxis abgeleiteten Baustatik sind und wie wichtig zukünftig die wissenschaftlichen Erkenntnisse werden sollten, um umfangreichere Ingenieurbauprojekte durchzuführen.

Wissenschaftsgeschichtlich weiterführend ist das letzte Kapitel, in dem sich Krüger den Veröffentlichungen der Baubeamten im 18. Jahrhundert widmet und damit zeigen will, dass auch diese sich schon wissenschaftlich betätigten. Man nahm bislang an, dass die publizistische Aktivität vor allem von Mitgliedern der nach 1770 gegründeten Bauverwaltungen ausging und parallel mit der Gründung der Bauakademie um 1799 verlief. Was Krüger allerdings nicht thematisiert, ist, dass die von ihm vorgestellten Schriften von J. C. F. Keferstein, J. F. Collberg, H. L. Manger und M. Stegmann, abgesehen von der über die Stubenöfen (1766) von F. W. Diterichs, alle in die Zeit um oder nach der Gründung der beiden preußischen Bauverwaltungen fallen. Diese Publikationen mögen also ein Beweis für die von Krüger fast schon penetrant wiederholte These sein, dass es auch schon vor der Gründung der beiden Bauverwaltungen in den 1770er Jahren in Preußen nicht an Kompetenz in den verschiedensten Architekturbereichen mangelte. Zugleich geht der Autor aber gar nicht darauf ein, dass diese Publikationen zeitgleich erschienen und somit vor allem auch eine Reaktion auf die Bestrebungen dieser beiden neuen Institutionen waren, das Bauwesen stärker zu verwissenschaftlichen.

Anstelle einer Zusammenfassung endet das Buch abrupt mit der Bemerkung, dass eine Publikation des oben erwähnten M. Stegmann zum Chausseebau einen wichtigen Beitrag für Preußen leistet. Dies ist symptomatisch für das ganze Buch, welches in vielen Teilen stark deskriptiv und zu wenig analytisch ist. Es werden von Rolf-Herbert Krüger oftmals interessante Berichte aus den Quellen aneinandergereiht, ohne die jeweiligen Erkenntnisse zu erläutern, die daraus abzuleiten wären. Dass die Buchkapitel auch einzeln in sich verständlich sind, ist einerseits gut, andererseits vermisst man einen roten Faden, der durch das Buch führt. Auch muss sich der Autor den Vorwurf gefallen lassen, dass er zwar intensive Archivstudien betrieben hat und damit viel neues Material für die Forschung bereitstellt, dabei aber zum Beispiel im Bereich der von ihm erwähnten Künstler nicht die neueste Literatur heranzieht.³

Die Rezensentin ist sich darüber im Klaren, dass sich in jedes Buch dieses Umfangs Fehler einschleichen können. Allerdings kann nicht ignoriert werden, dass hier teils elementarste Regeln des wissenschaftlichen Arbeitens nicht eingehalten worden sind. Anstelle von Aufsätzen werden mehrfach ganze Bücher zitiert (z.B. Anm. 9 oder siehe im Literaturverzeichnis die falschen Angaben zu dem Autor Herbert Liman), es fehlen Titel im Literaturverzeichnis (z.B. Anm. 210, S. 50 Rüsck), bei

³ So liegt z.B. zu Eosander von Goethe eine Monographie vor, die sich auch mit der Struktur der Bauverwaltung auseinandersetzt: Alexander Holland: Johann Friedrich Eosander genannt von Göthe (1669–1728). Anmerkungen zu Karriere und Werk des Architekten, Ingenieurs und Hofmannes am Hof Friedrichs I. in Preußen. Weimar 2002.

zahlreichen Aufsätzen werden die Seitenzahlen nicht genannt, bei Abbildungen von Zeichnungen sind zum Teil die entsprechenden Signaturen nicht vorhanden (z.B. Abb. 46, 70, 71, 95, 99) – hier wäre ein sorgfältigeres Lektorat wichtig gewesen.

Das vorliegende Buch vertieft und ergänzt die Forschungsthemen von Rolf-Herbert Krüger, die sich einerseits mit den beiden Baumeistern Friedrich Wilhelm Diterichs und Martin Böhme und andererseits mit der Bauverwaltung im 18. Jahrhundert auseinandersetzen. Trotz der obigen Kritik schließt das Buch vor allem aufgrund des darin ausgebreiteten reichhaltigen Quellenmaterials in weiten Teilen eine Lücke in der bisherigen Forschung zur preußischen Bauverwaltung.

Christiane Salge

Der Landkreis Barnim. Eine Kreiskunde, hrsg. von Brigitta Heine und Klaus Neitmann. Berlin: be.bra wissenschaft 2019. 352 S., 217 farb. und 150 s/w-Abb. (= Barnimer Historische Forschungen 2; Einzelveröffentlichungen der Brandenburgischen Historischen Kommission e.V. 21).

Der vor uns liegende Sammelband stellt in elf Beiträgen verschiedener Autoren den 1993 gebildeten Landkreis Barnim in Geschichte und Gegenwart vor. Da der Barnim aber eine historische Landschaft in Brandenburg bezeichnet, die seit dem Mittelalter zwischen Finow, Oder, Stöbber, Spree und Havel ziemlich klar umgrenzt ist, verschwimmen in einigen Darstellungen die politisch-administrativen mit den historischen Landschaftsgrenzen. Besonders schade ist das beim überregional bekannten Zisterzienserkloster Chorin, das seit seiner Gründung 1258 in der historischen Uckermark liegt. Der heutige Kreis Barnim schließt Territorien des Oberbarnim, des Niederbarnim und der Uckermark ein, die bis 1952 zu anderen administrativen Einheiten gehörten. Solche Fakten sind Identität stiftende Momente, die gerade von Touristikern und den professionell mit der Geschichte arbeitenden Mitarbeitern musealer und anderer kultureller Einrichtungen größere Beachtung als bisher finden sollten. So ist es nicht unbedingt erfreulich, dass an der Bundesautobahn 11 in der Nähe der Abfahrt Chorin ein Werbeschild mit einem Abbild der berühmten Westfassade des Klosters steht, mit der Unterschrift „Barnimer Land“.

Nach dem Vorwort des neuen (Daniel Kurth) und des scheidenden langjährigen Landrates (Bodo Ihrke) wird von Christof Krauskopf der „Barnim aus archäologischer Sicht“ betrachtet. Anhand der aktuellen Quellenlage, einschließlich der Befunde der vielen archäologischen Grabungen der letzten drei Jahrzehnte auf dem Kreisgebiet, entsteht ein Bild menschlicher Besiedlung in ur- und frühgeschichtlicher Zeit seit dem Paläolithikum. Bei den Fundverbreitungskarten auf den Seiten 11, 12, 20, 24 und 26 fällt auf, dass die Grenzen der historischen Barnimlandschaft ziemlich ungenau markiert wurden. Bemerkenswert ist die Tatsache, wie viele neue Erkenntnisse sich durch die archäologischen Forschungen gerade in den letzten dreißig Jahren für die Landesgeschichte ergeben haben. Dazu trägt besonders auch die Neuzeitarchäologie bei, zum Beispiel bei der Untersuchung im Werbellinsee versunkener Lastkähne, einer älteren Mülldeponie bei Groß Schönebeck und bei Grabungen in Konzentrations-, Kriegsgefangenen-, Zwangsarbeiter- und Arbeitslagern.

Klaus Neitmann geht in dem folgenden Aufsatz der spätmittelalterlichen Ausbildung des Barnim und der Kreise Ober- und Niederbarnim nach. Gleich zu Beginn begründet er Ziel und Wert regional- und landesgeschichtlicher Forschungen, nämlich „die Vergangenheit der kleinen kommunalen Einheiten des historischen Prozesses zu beleuchten und sie den heutigen Bewohnern eines Dorfes, einer Stadt oder einer Landschaft zu vermitteln“. Bei den Darlegungen zur Entstehung des historischen Landes Barnim bzw. der Kreise Ober- und Niederbarnim nimmt der Autor zu der zentralen Frage Stellung, ab wann und in welcher Abfolge diese zu historisch-politischen Einheiten heranwachsen. Bei der Deutung des Namens Barnim geht er von der auch von anderen geäußerten Vermutung aus, dass der Name an einem spätslawischen Burgwall hing (z.B. in Biesenthal und Oderberg) und von dort im Zuge der im frühen 13. Jahrhundert einsetzenden deutschen Besiedlung auf das ganze Land übertragen wurde. In dem Abschnitt über die landesherrlichen Vogteien im 14. und 15. Jahrhundert lesen wir, dass der wettinische Markgraf von Meißen 1240 bis nach

dem askanischen Strausberg vorstieß. Eine andere Sichtweise auf die mittelalterlichen Besiedlungsvorgänge in der Barnimlandschaft bietet aufgrund verschiedener Indizien (Namensübertragungen, Kirchenbau, Zinnaische Besitzungen auf dem Barnim) der Historiker Rolf Barthel. Danach haben sich die askanischen Markgrafen etwa zwischen 1237 und 1240 die magdeburgischen Anteile in der Mitte des Barnim und die östlich bis nach Freienwalde und Hohenfinow reichenden wettinischen Territorien angeeignet.¹ Das nächste Kapitel beschäftigt sich mit dem Barnim im „Landbuch“ Kaiser Karls IV. von 1375. Dabei wird klar, was für eine wichtige Quelle dieses Landbuch für die Mittelalterforschung in Brandenburg war und ist. In diesem Verzeichnis steht, dass das Städtchen Friedland dem dortigen Benediktinerinnenkloster gehöre. Die Konventualinnen lebten zwar nach der Regel des hl. Benedikt, waren aber Zisterzienserinnen.² Die beiden letzten Kapitel dieses Beitrages sind überschrieben mit: „Landesherrschaft und Stände auf dem (Hohen und Niederer) Barnim im 14. und 15. Jahrhundert“ sowie „Die Kreise Hoher- und Niederer Barnim im 16. Jahrhundert“. Besonders positiv hervorzuheben sind die Abbildungen von sechs wichtigen Urkunden, zu denen im Anhang vollständige Inhalts- und Quellenangaben gemacht werden.

Anschließend an diesen folgt der Aufsatz von Frank Göse über den Barnim in der Frühen Neuzeit. In jenen Jahrhunderten war die Entwicklung dort geprägt von der Ausbildung des Landesstaates, von den Auswirkungen der Reformation, von der sich auf dem Lande durchsetzenden „ostelbischen Gutsherrschaft“, von dem Dreißigjährigen Krieg und von der zunehmenden Ausstrahlung Berlins als kurfürstliche Residenz. Bei den Abbildungen der Joachimsthaler Fürstenschule und des Klosters Chorin (S. 66–69) steht ganz unten auf den Seiten immer der Aufsatztitel, in dem es um den Barnim in der Frühen Neuzeit geht. Schule und Kloster liegen aber seit dem Mittelalter in der Uckermark, was in den Beschreibungen nicht klar zum Ausdruck kommt. Besonders interessant ist das Kapitel über „Das Landratsamt“. Die Stärke der Ritterschaft spiegelte sich auch in den Verwaltungsorganen der beiden Barnimer Kreise wider. Über den Landratsposten konnte auch der Barnimer Adel entscheidenden politischen Einfluss ausüben. Er wurde aus der Mitte der kreisangesessenen Rittergutsbesitzer gewählt. Durch die größer werdende Sogwirkung Berlins haben sich seit der Mitte des 18. Jahrhunderts gravierende Veränderungen in der Struktur des Barnimer Adels ergeben. Damals waren von den einst 37 Geschlechtern aus der Zeit vor dem Dreißigjährigen Krieg nur noch acht übrig, während 26 Adelsfamilien neu in diese Landschaft gekommen waren. Von ihnen machten einige Angehörige in der Folgezeit ihre Karrieren in der nahen Berliner Hof- und Residenzgesellschaft.

Zur „Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte 1815 bis 1945/52“ steuert Wolfgang Blöß einen informativen Beitrag bei. Zunächst beschreibt er den Verwaltungszeitraum im zeitlichen Wandel und stellt in einer Tabelle die Flächengrößen und Einwohnerzahlen von 1817 bis 1950 dar. An ihr sieht man zum einen den Einschnitt, den die Bildung Groß Berlins im Jahre 1920 mit sich brachte, zum anderen den laufenden Anstieg der Einwohnerzahlen berlinnahe Gemeinden des Kreises Niederbarnim unter dem Einfluss der Reichshauptstadt Berlin. Die Kartenskizze auf Seite 88 zeigt sehr anschaulich, welche Anteile der beiden Barnimer Altkreise und der Uckermark im 1993 gebildeten Landkreis Barnim liegen. Auf den Seiten 96 und 97 werden Fotoporträts der letzten Landräte des Kreises Niederbarnim und des Kreises Oberbarnim zwischen 1945 und 1952 wiedergegeben. Über Strukturveränderungen in den Kreisverwaltungen und deren Aufgaben besonders in der Nachkriegszeit gibt es ausführliche Informationen. Während der Kreissitz des Kreises Niederbarnim in Berlin lag (Kreishäuser am Friedrich-Karl-Ufer 5/6, im Krieg zerstört), wurde 1817 Freienwalde als Kreisstadt des Kreises Oberbarnim bestimmt. Hier entstand bis 1876 ein neues Kreishaus, das nach

1 Vgl. Rolf Barthel: Die Besiedlungsgeschichte des Barnim, in: Gerhard Schlimpert: Brandenburgisches Namenbuch, T. 5: Die Ortsnamen des Barnim. Weimar 1984 (= Berliner Beiträge zur Namenforschung 6), S. 9–88.

2 Matthias Friske/Christian Gahlbeck: Altfriedland. Zisterzienserinnen, in: Heinz-Dieter Heimann/Klaus Neitmann/Winfried Schich u.a. (Hrsg.): Brandenburgisches Klosterbuch. Handbuch der Klöster, Stifte und Kommenden bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts, Bd. 1. Berlin 2007 (= Brandenburgische Historische Studien 14), S. 72–88, hier S. 73.

Erweiterungen und expressionistischen Umbauten 1926 noch heute steht, auch wenn es seit 1993 nicht mehr Verwaltungssitz eines Landkreises ist. Auf den Seiten 101 und 103 werden die Landräte des Kreises Niederbarnim (ab 1843 bis 1933) und Oberbarnim (ab 1817 bis 1932) abgebildet. Hier fehlt allerdings Landrat Felix von Bethmann Hollweg (1874–1895) und bei Landrat Alexis Graf von Haeseler (1845–1874) steht in der Wortmitte fälschlich ein „f“.

Heinrich Kaak stellt die „Agrargeschichte auf dem Gebiet des Landkreises Barnim vom 16. bis 19. Jahrhundert“ vor. Gleich zu Beginn macht er auf die Schwierigkeit aufmerksam, dass sich die Fläche des heutigen Landkreises nur zum Teil mit den Altkreisen Ober- und Niederbarnim deckt und im Norden in die südliche Uckermark ausgreift. Das erschwert Vergleiche von agrarischen Maßnahmen in den verschiedenen Teilterritorien des heutigen Landkreises Barnim. Einer Übersicht über die Herrschaftsverteilung auf dem Gebiet des Landkreises Barnim um 1500/1550 folgt ein Blick auf den agrarischen Tiefpunkt infolge des Dreißigjährigen Krieges. Am Beispiel der Domänenämter Chorin und Biesenthal stellt der Autor die Agrarentwicklung nach dem Dreißigjährigen Krieg dar. Am Schluss seines Beitrages kommt er auf die „Bauernbefreiung“ in der Folge der preußischen Agrarreformen zu sprechen. Die Regulierung des lassischen Bauernbesitzes bedeutete, dass diese Bauern das volle Eigentum an ihren Höfen erlangten, wenn sie dafür ihre feudalen Leistungen und Dienste durch Geldzahlungen oder Abtretung von Teilen ihrer Agrarflächen ablösten. Eine Besonderheit in den ländlichen Besitzverhältnissen bestand auf dem Gebiet des heutigen Landkreises Barnim darin, dass der staatliche Großgrundbesitz in Gestalt der vielen Domänen immerhin 41 Prozent ausmachte. Durch die Einführung moderner Ackerbaumethoden einschließlich der Verwendung von Mineraldünger erhöhten sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Erträge erheblich, was mit einer Einkommenssteigerung der landwirtschaftlichen Produzenten einherging.

In seinem Beitrag zur Industriegeschichte geht Carsten Seifert auf die einzigartige Industrielandschaft im Finowtal ein. Sie sei das „industrielle Herz des Barnim“ und das „erste industriell-gewerbliche Zentrum der Mark Brandenburg“ gewesen, mit den drei ältesten Industriekernen Kupferhammer, Eisenspalterei und Messingwerk. Die ersten Anfänge dieser Entwicklung liegen am Beginn des 16. Jahrhunderts, gefolgt vom Ausbau der Finow zu einem schiffbaren Kanal zwischen 1605 und 1620. Doch sie wurden durch den Dreißigjährigen Krieg zunichte gemacht, nach dem aber wegen des günstigen Standortes die wirtschaftliche Entwicklung bald wieder Fahrt aufnahm. Nach den Befreiungskriegen und den preußischen Reformen mit Einführung der Gewerbefreiheit setzte sich hier der staatliche Protektionismus fort, indem ab 1816 die alten Industriekerne im Finowtal unter staatlicher Regie durchgreifend modernisiert wurden. Aus dieser Zeit stammt auch das berühmte Gemälde von Carl Blechen vom „Walzwerk Neustadt-Eberswalde“. Die Blütezeit seit den 1860er Jahren bis zur Weimarer Republik ging einher mit dem Rückzug des Staates als Unternehmer aus den ältesten Industriekernen und mit der Privatisierung der dortigen Betriebe. Als besonders bemerkenswert in dieser Phase benennt der Autor den Bau des „Hohenzollernkanals“ (Oder-Havel-Kanal) nördlich des Finowkanals zu dessen Entlastung, das Schiffshebewerk bei Niederfinow, erbaut 1926 bis 1934 und damals das höchste der Welt, sowie das 1909 erbaute „Märkische Elektrizitätswerk“ in Heegermühle. Im „Dritten Reich“ spielte das Finowtal, wie schon im Ersten Weltkrieg, eine bedeutende Rolle bei der Aufrüstung des Militärs. Dabei wurden ausländische Zwangsarbeiter eingesetzt und auch KZ-Häftlinge aus den Außenlagern des KZ Ravensbrück, die in Eberswalde und Finow errichtet wurden. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges betrieb die sowjetische Besatzungsmacht die Demontage der Rüstungsbetriebe im Finowtal und verstaatlichte die Privatunternehmen. In der DDR-Zeit baute man die 1970 zusammengelegte Doppelstadt Eberswalde-Finow zu einem überregional bedeutenden Industriezentrum aus. Es entstanden der VEB Kranbau Eberswalde, der VEB Walzwerk Finow, der VEB Rohrleitungsbau, der VEB Papierfabrik Wolfswinkel und der VEB Chemische Fabrik Finowtal. Der letzte Abschnitt des Beitrags beleuchtet die Zukunftsperspektiven für das Finowtal. Nach 1989 wurden die meisten der genannten Betriebe abgewickelt, ihre Gebäude gerieten in Verfall, darunter auch wertvolle Industrie- und Verkehrsdenkmale. Bis heute haben sich entlang des Finowkanals keine größeren Industriebetriebe angesiedelt. Einige der Denkmale, wie der Wasserturm beim Messingwerk, wurden aber

saniert. Doch sie haben nur noch einen touristischen Wert und man ist bestrebt, den Finowkanal als „wassertouristisch attraktive Freizeitwasserstraße“ herzurichten und aufzuwerten. Dazu ist die Grundinstandsetzung der zwölf Schleusen und der zwei beweglichen Brücken notwendig, wofür, zusammen mit den anderen Sanierungsarbeiten, mehr als 40 Millionen Euro veranschlagt wurden.

Im nachfolgenden Artikel „Streifzüge durch die Forst- und Jagdgeschichte des Barnim“ gibt Helmut Suter einen chronologischen Überblick über das Forst- und Jagdwesen auf dem Gebiet des heutigen Kreises Barnim, beginnend mit dem Zustand der Wälder seit der Zeit der Klöster Zehdenick und Chorin. Leider wirft der Autor den Landschaftsbegriff Barnim und den heutigen administrativen Begriff des Kreisnamens mehrmals durcheinander. Die Aussage, dass die „Große Heide Werbellin“ fast den ganzen nördlichen Barnim umfasste, ist irreführend, denn sie lag (und liegt noch heute) in der Uckermark. Im zweiten Kapitel beschreibt Suter die forstlichen Strukturen und ihre Veränderungen bis in das 18. Jahrhundert. Nicht fehlen darf in einem solchen Beitrag natürlich die forstliche Lehre, die ab 1830 in Eberswalde in Gestalt der Königlichen Forstakademie etabliert wurde. Der „Forstwirtschaft im Nationalsozialismus“ stellt er dann „Die sozialistische Forstwirtschaft“ gegenüber. Nach einem Exkurs über die Forsthäuser und ihre baulichen Spezifika wird der tiefgreifende Wandel in der Forstwirtschaft nach der Wiedervereinigung im Jahre 1990 beschrieben. Seitdem folgte, sehr viel Unmut unter den Beteiligten verbreitend, eine Forstreform der anderen und ein Ende der Umstrukturierungen, argwöhnt Suter, sei nicht abzusehen. Das Thema Jagd bildet den Abschluss dieses Beitrages und wird, bei den brandenburgischen Markgrafen beginnend, über das Hofjagdrevier Schorfheide der Hohenzollern, in dem auch die Reichspräsidenten der Weimarer Republik jagten, über Göring und seine ausländischen Jagdgäste bis zu den Sonderjagdgebieten der DDR-Machthaber recht kurz abgehandelt.

Der Beitrag von Kristina Hübener widmet sich den Entwicklungslinien der Gesundheitsfürsorge. Die Autorin versucht darin, „einen ersten umfassenden Überblick über die historische Entwicklung des Gesundheitswesens im Kreis Barnim bis 1945 zu geben“. Von den Anfängen des „barnimischen“ Hospitalwesens im Mittelalter schlägt sie einen weiten Bogen über die Apotheken bis zur medizinischen Krankenhausversorgung nach 1872. Dabei stützt sie sich auf die Ergebnisse eines Forschungsprojekts zur Sozialfürsorge Brandenburgs, das zwischen 2000 und 2019 am Historischen Institut der Universität Potsdam interessante Ergebnisse erbracht habe. Schließlich kommt sie noch auf die Entwicklung nach 1945 zu sprechen, und zwar am Beispiel des Eberswalder Krankenhauses. Das bekam am 19. August 1991 den Namen des Nobelpreisträgers Werner Forßmann, der hier am 12. Mai 1929 – erstmalig auf der Welt – erfolgreiche Selbstversuche mit dem Herzkatheter ausgeführt hatte.

Über „Das Kreisgebiet in der SBZ/DDR 1945 bis 1990“ berichtet Steffen Alich und beginnt mit der schwierigen Nachkriegszeit, die von Kriegsruinen, Hunger, Demontagen durch die sowjetische Besatzungsmacht und den ersten Anfängen des Wiederaufbaus geprägt war. Bei der Kreisreform entstanden 1952 die beiden neuen Kreise Bernau und Eberswalde, deren Grenzen sich nicht an die alten Kreisgrenzen von Ober- und Niederbarnim sowie Angermünde hielten. Dann folgt eine detaillierte Darstellung des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953, der sich eine faktenreiche Beschreibung der Ereignisse und Entwicklungen bis zum Mauerbau anschließt. Die Zeit danach schildert der Autor anhand politischer Vorgänge, angereichert und belegt durch eine Vielzahl konkreter Zahlen und Beispiele. Sein letztes Kapitel heißt „Vom Zusammenbruch zum Neuanfang“ und handelt von den Problemen, wie sie überall in der DDR in deren letztem Stadium anzutreffen waren. Nach einer ersten Demonstration am 13. Oktober 1989 in Eberswalde und dem Mauerfall am 9. November 1989 bildeten sich wie anderswo auch Runde Tische, die den Dialog zwischen den alten und neuen politischen Kräften führten. Und am Ende stellt Alich fest: „Das SED-Regime dankte ohne große Gegenwehr ab.“

Einen etwas längeren Aufsatz über den Landkreis Barnim in der Bundesrepublik liefern Christiane Büchner und Jochen Franzke. Zunächst stellen sie „Die Altkreise Eberswalde und Bernau zwischen 1990 und 1993“ vor, beginnend mit den ersten demokratischen Kommunalwahlen 1990. Im Zuge der Kreisgebietsreform 1993 wurde dann durch Zusammenlegung der Kreise Bernau

und Eberswalde der Landkreis Barnim gebildet. Dann folgt eine detaillierte und umfassende Beschreibung des neuen Landkreises, seine Verwaltungsstrukturen und seiner Bevölkerung. Bei den Tortendiagrammen zur Stimmen- und Sitzverteilung des Kreistages hat sich rechts unten auf Seite 266 ein Fehler eingeschlichen. Bei der Kreistagswahl 2014 erhielt die CDU zwar 21 Prozent der abgegebenen Stimmen, kann dann aber nicht 21 Sitze im Kreistag haben.

Der letzte Beitrag der Barnimer Kreiskunde stammt von Ilona Rohowski und widmet sich den Denkmälern im Landkreis und ihrer kulturhistorischen Nutzung. Er beginnt mit der etwas pauschalen Aussage, dass der Landkreis Barnim über einen reichen und vielfältigen Denkmalbestand verfüge. Interessant ist das Kapitel über die Geschichte der Denkmalinventarisierung auf dem heutigen Kreisgebiet. Sie beginnt schon im frühen 19. Jahrhundert und ging von dem damaligen Chef der preußischen Oberbaudeputation, Karl Friedrich Schinkel, aus, der 1815 in einer Denkschrift Verzeichnisse erhaltenswerter Bauten mit entsprechenden Zustandsberichten anregte. Diese Heutzutage vom Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege verantwortete Inventarisierung hatte zuletzt einen Höhepunkt mit dem Erscheinen des Bandes 5.1. der Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland, der 1997 für die Stadt Eberswalde vorgelegt wurde.³ Auf weitere Bände zum Landkreis Barnim darf man angesichts der guten Qualität dieser Publikation gespannt sein.

Den Sammelband beschließen im Anhang Verzeichnisse der Landräte und Vorsitzenden der Räte der Kreise von Niederbarnim und Bernau sowie von Oberbarnim, Eberswalde und Barnim. Danach folgen eine Zusammenstellung der Bürgermeister von Bernau, Eberswalde und Finow von 1809 bis 2019 und schließlich eine Auswahl weiterführender Literatur. *Reinhard Schmook*

Lutz Maeke: Carl Steinhoff. Erster DDR-Innenminister. Wandlungen eines bürgerlichen Sozialisten. Göttingen: Wallstein Verlag 2020. 224 S., Abb. (= Veröffentlichungen zur Geschichte der deutschen Innenministerien nach 1945 5).

René Schroeder: Friedrich Ebert (1894–1979). Ein Leben im Schatten des Vaters. Berlin: be.bra wissenschaft 2021. 547 S. (= Biographische Studien zum 20. Jahrhundert 8).

Friedrich Ebert und Carl Steinhoff verbindet, dass beide als Brandenburger Sozialdemokraten nach der Vereinigung von SPD und KPD im Jahr 1946 ihre politische Arbeit in der SED fortsetzen. Carl Steinhoff wird 1945 in Brandenburg zunächst Präsident der Verwaltung der „Provinz Mark Brandenburg“. Am 6. Dezember 1946 wird er vom Landtag zum Ministerpräsidenten der Provinz gewählt, die später in Land Brandenburg umbenannt wird. Damit ist Carl Steinhoff der erste Ministerpräsident des Landes Brandenburg. Mit der Gründung der DDR im Herbst 1949 wird Steinhoff ihr erster Innenminister. Sein Nachfolger als Ministerpräsident wird Rudolf Jahn. Im Juli 1952 werden durch Beschluss der Volkskammer die Länder in der DDR durch Bezirke ersetzt. Friedrich Ebert, Sohn des Reichspräsidenten der Weimarer Republik, baut nach dem Zweiten Weltkrieg als politischer Sekretär die SPD in Brandenburg mit auf. Mit der Gründung der SED Brandenburg am 7. April 1946 in Potsdam wird er neben Willy Sägebrecht ihr Co-Vorsitzender. 1948 bis 1967 ist Ebert Oberbürgermeister von Ost-Berlin. Zu beiden, zu Ebert und zu Steinhoff, sind jüngst neue Biografien erschienen. René Schroeder veröffentlicht seine überarbeitete Dissertation im be.bra Verlag. Es sind 500 Seiten mit sehr ausführlichen und detaillierten Darstellungen. Lutz Maeke schreibt sein Buch bei Wallstein auf 200 Seiten. Maeke's Arbeit ist im Rahmen des von der Bundesregierung unterstützten Forschungsprojektes zur Geschichte der deutschen Innenministerien erschienen, das vom Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam mit betreut worden ist.

³ Ilona Rohowski: Denkmale in Brandenburg, Bd. 5: Landkreis Barnim, T. 1: Stadt Eberswalde. Worms am Rhein 1997 (= Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland).

Ebert und Steinhoff stammen aus sehr unterschiedlichen Milieus. Eberts Vater ist Sozialdemokrat, Gewerkschafter, Handwerker, der Sohn wird Buchdrucker. Steinhoffs Vater denkt wilhelminisch-konservativ, schickt seinen Sohn auf das humanistische Gymnasium und zum Jura-Studium. Beide erleben die Gräueltaten des Krieges. Ebert wird an der Front zu Russland schwer verletzt und verliert seine Brüder Georg und Heinrich. Steinhoff bleibt in den Schützengräben des Stellungskrieges an der Westfront äußerlich unverletzt, wird aber 1915 schwer traumatisiert aus dem Militärdienst entlassen.

1913 wird Friedrich Ebert, der Vater, als Nachfolger von August Bebel einer der beiden Vorsitzenden der SPD. Im Krieg gelingt es ihm angesichts von Burgfriedenspolitik und Zustimmung zu den Kriegskrediten nicht, die SPD zusammenzuhalten. Nach dem Krieg kämpft er für den demokratischen Verfassungsstaat. Die SPD erhält 37,9 Prozent bei den Wahlen zur Nationalversammlung und Ebert wird am 11. Februar 1919 zum Reichspräsidenten gewählt. Doch das Fundament der Weimarer Republik ist schmal, die Sozialdemokraten sind nicht die kraftvollen Gestalten. Nachdem sein Vater 1925 an einer verschleppten Blinddarmentzündung stirbt, geht der Sohn nach Brandenburg (Havel), wird Chefredakteur der Brandenburger Zeitung, Reichstagsabgeordneter, Stadtverordnetenvorsteher und Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Brandenburg-Westhavelland-Zauch-Belzig. 1927 erringt die SPD in der Stadt Brandenburg die Hälfte der Mandate. Aber auch Brandenburg wird von der Weltwirtschaftskrise getroffen und die NSDAP zieht ins Stadtparlament ein. René Schroeder schildert die harten Auseinandersetzungen mit Rechts und Links. Bis zuletzt hält der Kern des Arbeitermilieus in der Stahl- und Arbeiterstadt zur SPD, bei den letzten Kommunalwahlen 1933 erhält die SPD 35,7 Prozent. In den ländlichen Regionen Brandenburgs sieht es für die SPD anders aus.

Carl Steinhoff geht einen anderen Weg. Er tritt zwar 1923 in die SPD ein, wird aber kein Parteipolitiker, sondern geht den Verwaltungsweg: Reichsinnenministerium, Landesvertretung Sachsen in Berlin, Regierungsrat in Zittau, Landrat in Zeitz, ab August 1928 Vizeoberpräsident der Provinz Ostpreußen in Königsberg. Auf seiner letzten Station ist Steinhoff zuständig für die Vergabe der „Osthilfe“. Er ist unzufrieden. Seine Preussische Regierung ringt mit der Reichsregierung um das Verfahren und gleichzeitig wird die NSDAP in Ostpreußen immer stärker.

Am 20. Juli 1932 setzen Reichspräsident Hindenburg und Reichskanzler Papen mit dem „Preußenschlag“ die preussische Regierung mit dem Ministerpräsidenten Otto Braun ab. Das Bollwerk der Demokratie ist beseitigt. Lutz Maeke berichtet von dem Verdruss Carl Steinhoffs, dass die preussische Regierung die deutsch-nationalen und reaktionären Kräfte nicht aufhalten kann. Am 23. März 1933 stimmt der Reichstag für Hitlers Ermächtigungsgesetz. Den Kommunisten sind die Mandate schon aberkannt worden, nur die Sozialdemokraten stimmen mit Otto Wels an der Spitze gegen das Gesetz. Alle Abgeordneten der bürgerlichen Parteien stimmen zu, ein schreckliches historisches Versagen.

Die Sozialdemokraten diskutieren bis heute über ihre Handlungsalternativen: Aufruf zum Generalstreik, wo die Arbeiterschaft durch die Wirtschaftskrise geschwächt und der ADGB auf Ausgleich bedacht war? Mit den Kommunisten die Aktionseinheit suchen, die nach ihrer Theorie des Sozialfaschismus die SPD als Hauptfeind ansahen? Mit der preussischen Polizei einen Bürgerkrieg beginnen? Lutz Maeke zitiert aus einer Rede von Carl Steinhoff von 1930, das Problem sei die Schwächung der politischen Mitte und es bestehe der Zwang zur Koalition, wenn man die Katastrophe verhindern wolle (S. 86). Die Regierungskoalition unter Reichskanzler Hermann Müller, SPD, (1928–1930) war wohl die vergebene letzte Chance für die Republik.

Steinhoff zieht sich 1933 aus jeder Öffentlichkeit zurück und wohnt von 1934 bis 1945 in seinem neuen Haus in Wilhelmshorst. Ebert, der bis zum Schluss in Brandenburg für die Partei kämpft, erlebt 1933 sein Martyrium im KZ Oranienburg. Der sozialdemokratische Rabbiner Max Abraham und der SPD-Reichstagsabgeordnete Gerhard Seger aus Dessau haben nach ihrer Flucht nach Prag 1934 die Ankunft Eberts im KZ geschildert.¹

¹ Konzentrationslager Oranienburg, Augenzeugenberichte aus dem Jahre 1933. Potsdam 2003 (= Neue Beiträge zur Geistesgeschichte 4), S. 135.

Steinhoff wird 1945 nach dem Zweiten Weltkrieg über Bernhard Bechler für Führungsaufgaben der Sowjetischen Militäradministration vorgeschlagen. Bechler ist als ehemaliger Major der Wehrmacht und Kriegsgefangener über das Nationalkomitee Freies Deutschland von Moskau zurück nach Berlin gekommen und ist für die Militäradministration und die Gruppe Ulbricht für die Personalrekrutierung in Brandenburg zuständig. Ob Steinhoff angesprochen wird oder sich bei der Administration selbst meldet, muss Lutz Maeke offenlassen (S. 116f.). Steinhoff nimmt nach zwölf Jahren Abstinenz den direkten Weg zur Macht und wird Präsident der Verwaltung in Brandenburg. Von schwierigen Abwägungen bei Steinhoff über das Zusammengehen von KPD und SPD kann Maeke nicht berichten. Er ist zwar auch Mitglied in dem einen oder anderen Parteigremium, aber eigentlich macht er das, was er am besten kann: Verwaltung. Und da ist nach dem Krieg in dem zerstörten Brandenburg viel zu tun. Am 20. Oktober 1946 finden Landtagswahlen statt. Die SED bekommt nicht die erhoffte absolute Mehrheit, sondern Liberale und CDU haben eine Stimme Vorsprung. Erst nach langen Diskussionen und viel Druck von Seiten der Kommunisten und der Militäradministration einigen sich die Parteien auf ein Kabinett. Ebert wird Landtagspräsident, Steinhoff Ministerpräsident. Nach der Gründung der DDR wird Steinhoff im Oktober 1949 erster Innenminister der DDR. Gesundheitlich ist er seit einem Herzinfarkt 1946 angeschlagen. Am 9. Mai 1952 tritt er zurück, wohl nicht ganz freiwillig. Denn bei einem Treffen der SED-Spitze in Moskau am 1. April soll Stalin auf seine Ablösung gedrängt und eine härtere Gangart vom Innenministerium gefordert haben (S. 166). Willy Stoph wird sein Nachfolger, eine noch nicht so recht beleuchtete Personalentscheidung. Steinhoff zieht sich wieder nach Wilhelmshorst zurück. Maeke kann von Steinhoffs scharfer Kritik an der SED-Politik in Briefen und Texten berichten, aber auch von den höchsten Orden der DDR, mit denen er sich dekorieren lässt (S. 182). Steinhoff stirbt am 19. Juli 1981.

Anders verläuft der Weg von Friedrich Ebert. René Schroeder stellt in Reden und Stellungnahmen Eberts dar, wie er in der Frage der Einheit von KPD und SPD schwankt (S. 151). Friedrich Ebert möchte wie viele Genossen nach 1945 nicht einfach an die Tradition vor 1933 anknüpfen, sondern Konsequenzen aus dem Untergang ziehen. Zu den Überlegungen gehört auch eine Einheit mit den Kommunisten. Aber Mitte 1945 geht die KPD ihren eigenen Weg, sie will erstmal selbst stark werden und Stalin möchte sich wohl Spielräume gegenüber den Westmächten erhalten. Im Laufe des Jahres 1945 werden die Sozialdemokraten gegenüber der KPD immer skeptischer. Sozialdemokraten werden in ihrer Arbeit behindert, es gibt Repressionen. Bei der Besetzung von Funktionen werden die Kommunisten bevorzugt. Auch Friedrich Ebert beschwert sich über die Besetzung des Oberbürgermeister-Postens in der Stadt Brandenburg (S. 140). Die Kommunisten sehen ihre Felle wegschwimmen, die SPD wird für sie organisatorisch überraschend stark. Wahlen wie die im November 1945 in Österreich zeigen schlechte Aussichten für die KPD. Die Kommunisten schalten um. Anfang 1946 setzen sie sich das Ziel, die Vereinigung von SPD und KPD bis zum 1. Mai durchzusetzen. Die SPD besteht auf deutschlandweiter Entscheidung und auf der Beteiligung der Mitglieder. Aber sie gerät immer mehr unter Druck. Am 5. Februar 1946 trifft Friedrich Ebert die Sowjetische Militäradministration. Dort wird ihm unmissverständlich klar gemacht worden sein, was von ihm erwartet wird und dass man auf ihn als Co-Vorsitzenden der Brandenburger SED zählt (S. 171). Am 6. April begeht die SPD Brandenburg ihren vorerst letzten Parteitag. Am 7. April findet der Vereinigungsparteitag im Gesellschaftshaus in Potsdam statt. Friedrich Ebert und Willy Sägebrecht werden gleichberechtigte Vorsitzende. Aber bald schon nimmt die SED Abschied von der Parität, „Sozialdemokratismus“ wird verfolgt. 1950 wird der Rathenower Oberbürgermeister Paul Szillat verhaftet und zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt. Ebert kennt ihn gut, denn bis 1933 war er für kurze Zeit der Oberbürgermeister von Brandenburg. Aber Ebert ist zu grundlegender Kritik nicht mehr fähig (S. 212). Ende 1948 spaltet sich Berlin und im Sowjetischen Sektor wird ein eigener Magistrat gebildet. Am 26. November wird Ebert Oberbürgermeister im Ostsektor. Am 5. Dezember wählen die Bürger nur in den Westsektoren ihre Abgeordneten. Die SPD erhält 64,5 Prozent der Stimmen und Ernst Reuter wird Oberbürgermeister. Ebert bleibt bis 1967 in Ost-Berlin Oberbürgermeister. Seine Spielräume sind unter den Vorgaben der SED gering. Seit 1947 ist Ebert Mitglied im Zentralsekretariat/Politbüro der SED. Im Politbüro gehört Ebert zu den eher

einflusslosen Mitgliedern. Nur nach dem 17. Juni 1953 bezieht er klar Stellung und stellt sich mit anderen gegen Walter Ulbricht. Ulbricht bleibt aber der starke Mann. 1971 findet der Machtwechsel als Generalsekretär der SED von Ulbricht zu Honecker statt. 1972 wird Ebert in Nachfolge von Ulbricht mit der Wahrnehmung der Aufgaben des Staatsratsvorsitzenden beauftragt. Er macht sich Hoffnung, die Funktion fest zu übernehmen. Er wird enttäuscht (S. 450–453). Willy Stoph wird Staatsratsvorsitzender, Ebert bleibt Stellvertreter. Am 4. Dezember 1979 stirbt Friedrich Ebert.

Carl Steinhoff und Friedrich Ebert sind zwei Politiker in schwierigen und dramatischen Zeiten, im Jahrhundert der Extreme.² Lutz Maeke und René Schroeder kommt das Verdienst zu, wissenschaftliche Aufarbeitungen dieser beiden Biografien vorzulegen, jenseits ideologischer Scheuklappen und subjektiver Bewertungen.³ Es sind auch zwei Biografien von Politikern, die Brandenburg mitgestaltet haben. Die Bücher lesen sich mit großem Gewinn und neuen Erkenntnissen. Carl Steinhoff ist fast gänzlich vergessen, aber er war der erste Ministerpräsident des Landes Brandenburg, auch mit Verdiensten beim Aufbau nach dem Zweiten Weltkrieg. Auch wenn er den Weg in die SED-Diktatur kritiklos mitmachte. Selten ist der örtliche Kampf für die Demokratie vor 1933 so genau beschrieben worden wie von René Schroeder am Beispiel der Stadt Brandenburg. Das gilt auch für den Weg der SPD in die SED, sowohl in der SBZ als auch in der Provinz Brandenburg, mit schwierigen internen Diskussionen, unter Druck und letztlich unter Zwang. Mit den beiden Büchern wurden Leerstellen gefüllt. Es bleiben genügend, die noch zu füllen sind.

Martin Gorholt

„**Man bleibt eben immer der Flüchtling.**“ Eine Quellenedition zur Flucht und Vertreibung aus dem Kreis Arnswalde 1945–1947, bearb. von Veronica Kölling, hrsg. von Klaus Neitmann. Berlin: BWV 2020. XVII, 289, [30] S., zahlr. Abb. (= Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs 75).

So vielfältig die Themen der Forschung sind, die sich im weitesten Sinne als landes- und regionalgeschichtlich bezeichnen lassen, so überaus selten fällt dabei einmal der Blick auf die Geschehnisse von Flucht und Vertreibung um 1945. Diese sind mittlerweile ein häufigerer Gegenstand überregionaler zeitgeschichtlicher Arbeiten, wobei der nachfolgende Integrationsprozess im Vordergrund steht, während die unschönen Geschehnisse davor zumeist der Zeitzeugenliteratur überlassen bleiben. Das ist in Brandenburg und seinem ehemaligen, heute polnischen Osten mehr als anderswo festzustellen. Insofern ist es zunächst sehr zu begrüßen, dass das dafür gar nicht in erster Linie zuständige Brandenburgische Landeshauptarchiv (BLHA) es unternommen hat, der dafür nicht gerüsteten und ausgestatteten Stiftung Brandenburg mit ihrem in Fürstenwalde ansässigen Archiv projektweise zu ermöglichen, einen Einblick in die Bedeutung seiner Bestände zu gewähren.

Die dafür befristet beschäftigte Bearbeiterin, die Kulturwissenschaftlerin Veronica Kölling (geb. 1984), hat im Auftrag des BLHA in einer ersten Projektphase 2016 den ausgewählten Bestand, die 2014 an die Stiftung übergebenen Sammlungen der Vertriebenenvereinigung „Heimatkreis Arnswalde“ verzeichnet. Das entsprechende Findbuch bildet den zweiten Teil des Buches (S. 222–278). In einer zweiten Projektphase hat sie eine Quellenedition erarbeitet, für die sie neben dem in Fürstenwalde liegenden Schriftgut vor allem die Berichte der sogenannten Ostdokumentation im Bundesarchiv/Lastenausgleichsarchiv (Bayreuth) ausgewertet hat, wozu noch einige Briefe aus Privatbesitz sowie wenige Interviews mit Zeitzeugen traten. Entstanden ist daraus jedoch eigentlich keine klassische Quellenedition, die das Material mit wissenschaftlichem Apparat präsentiert, durch

² Nach dem Buch von Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München/Wien 1995.

³ Rudolf Steinhoff: Carl Steinhoff. Die Biografie. Berlin 2012. – Norbert Podewin: Ebert und Ebert. Zwei deutsche Staatsmänner. Friedrich Ebert (1871–1925) und Friedrich Ebert (1894–1979). Eine Doppelbiografie. Berlin 1999. – Heinz Voßke: Friedrich Ebert. Ein Lebensbild. Berlin 1987.

Register erschließt und einleitend kommentiert, sondern eine Art Dokumentation, die eher den Eindruck vermittelt, die Bearbeiterin habe mehr gewollt als eine „bloße“ Edition, nämlich eher eine darstellende Monographie. So unterbricht sie immer wieder die Quellentexte und fügt eigene Erläuterungen ein oder schiebt diese am Ende, bisweilen ohne Zeilenwechsel, nach. Um dabei gleichwohl korrekt zwischen Quellentext und eigener Formulierung zu trennen, ist Letzteres durchgängig kursiv gesetzt. Dieses Verfahren ist akzeptabel, wenn auch recht ungewöhnlich.

Deutlich erkennbar ist an vielen Stellen, dass es das Bestreben der Bearbeiterin war, die Quellen, überwiegend nachträgliche Berichte von Zeitzeugen, kritisch und durchaus sehr genau zu vergleichen, um subjektiven Färbungen, nachträglichen Glättungen und allen anderen bekannten Schwächen dieser Quellengattung der Erinnerungsberichte auf die Spur zu kommen. Zugleich versucht sie, den belegbaren ereignisgeschichtlichen Kern dabei als Ertrag so sauber wie möglich herauszufiltern. Das versetzt sie in die Lage, eine detaillierte Zeittafel für die Geschehnisse in Arnswalde von Januar bis November 1945 (S. 15–17, ohne Einzel-Quellenangaben) sowie eine genaue Übersicht über die Ausweisungen aus allen Orten des Kreises zwischen Mai 1945 und August 1947 (S. 165f., mit Einzel-Quellenangaben) zu bieten. Beides sollte in seinem bleibenden Wert für die Forschung nicht gering veranschlagt werden. Die auf dem kritisch analysierenden Vergleich der Zeitzeugenberichte fußende gute zusammenfassende Darstellung der Vorgänge von 1945 bzw. 1945–1948 in einem neu-märkisch-ostbrandenburgischen (damals seit 1938 pommerschen) Landkreis (S. 4–17) ist ebenfalls wertvoll und als die wesentliche wissenschaftliche Leistung anzusehen.

Weniger angetan ist man davon, dass sie bei all dieser engagierten und peniblen Vertiefung in die Quellen ein wenig die Distanz zu ihrem Gegenstand verloren zu haben scheint. So verwendet sie Formulierungen aus den Quellen, die den NS-Jargon überliefern, etwas unbedacht ohne Anführungszeichen wie neutrale Sachbegriffe auch in ihrem Kursivtext („der Russe“, „Bolschewisten“ u.v.a.). Auch im Abkürzungsverzeichnis (S. 211f.) werden allgemein gebräuchliche (BK = Bekennende Kirche) mit zeitbedingten vermischt (V-Waffe = „Vergeltungswaffe“). Sprachlich sind ihre eigenen Abschnitte dabei durchaus gut geschrieben, sachlich zeigen sich freilich immer wieder mangelnde historische Kenntnisse, etwa wenn statt der Dienststellung (Kommandant) der Dienstgrad („der Generalmajor“) verwendet wird oder der Inhaber der militärischen Befehlsgewalt seine Truppen „leitet“. Auch die einleitenden Versuche, sich dem Gesamthema zu nähern, sind nicht ganz frei von missverständlichen und den allgemeinen Forschungsstand ausblendenden Stellen, etwa bei der Erörterung der Terminologie (Vertreibung, Vertriebene, Umsiedlung usw.; S. 3f.). Damit korrespondiert fast notwendigerweise die für die Einordnung der Geschehnisse sowohl des Krieges als der Vertreibung überraschend enge, fast nur kreisbezogene Literaturbasis. Immerhin wertvoll und anerkennenswert ist umgekehrt wiederum die breite und sorgfältige Heranziehung der vielen Beiträge im „Heimatgruß-Rundbrief aus den ehemaligen Kirchengemeinden des Kreises Arnswalde (Neumark)“. Das Literatur- und Quellenverzeichnis (S. 212–221) zeigt beides deutlich. Wünschenswert wäre dort eine klare Trennung zwischen Literatur und gedruckten Quellen gewesen, nur die archivalischen sind separat aufgeführt.

Die edierten Quellen (S. 19–210) werden ohne Formalbeschreibung geboten. Denkbar wäre zudem gewesen, tiefer erschließende Angaben zu dem im Bundesarchiv überlieferten Schriftgut zu Flucht und Vertreibung aus dem Kreis Arnswalde in Art eines sachthematischen Inventars mitzuteilen. Dafür fehlte im Projektrahmen jedoch offenbar die Zeit. Die Gliederung des Editionsteils stellt die Berichte einiger zentraler handelnder Persönlichkeiten an den Anfang (Bürgermeister, Superintendent, Kommandeur/Kommandant) (S. 19–81). Es folgen Berichte eher „normaler“ Arnswalder (S. 83–147), während dann zu einer Sachgliederung gewechselt wird, in der Stimmen von Zeitzeugen kapitelweise herangezogen werden (S. 149–210). Auf diese Weise werden Kampfhandlungen, Evakuierungen, Flucht, Rückkehr, Vertreibung und Verschleppung – aus deutscher Sicht – ausführlich und detailliert beschrieben, und zwar von Jahresbeginn bis in die Zeit der zunächst sowjetischen Besatzung und dann polnischen Verwaltung. Für den gesamten Themenkomplex vom Ankommen in der neuen Heimat in West- oder dem neuen Ostdeutschland (SBZ/DDR), der dortigen Integration sowie der Arbeit in Verbänden organisierter Arnswalder Vertriebenen im Westen stehen lediglich die – aller-

dings umfangreichen – Briefe eines einzigen Betroffenen, des nach Westdeutschland gelangten Dr. Werner Riepe (geb. 1906), vor 1945 Lehrer am Reformrealgymnasium in Arnswalde (S. 167–210). So interessante Einblicke sie in das Alltagsleben wie in die Bewusstseinsentwicklung gewähren mögen, können sie doch nicht den reißerischen Titel des Buches rechtfertigen. Denn dieser lässt ja trotz des zwar sogleich konkretisierenden Untertitels ein Werk über die – langwierige – Integrationsgeschichte ab 1945 erwarten, die aber weder den Hauptinhalt des Buches noch das Erkenntnisinteresse der Bearbeiterin bildet.

Im letzten Teil des Buches, dem beigegebenen „Findbuch zum Bestand ‚Heimatkreis Arnswalde‘ in der Stiftung Brandenburg“, hat die Bearbeiterin versucht, das Archivgut in der Verzeichnung zu strukturieren, um einen „Mehrwert“ der Erschließung zu bieten, der die Benutzung erleichtern soll. „Virtuell“, also nur im Findbuch, das die Verzeichnungseinheiten dann durchnummeriert, während die (auf die Lagerung im Archiv verweisenden) Signaturen springen, wird das gesamte Material daher zehn gleichberechtigten Sachgruppen (ohne Verweisungen und ohne tiefere Klassifikationsebenen) zugeordnet: 1. Architektur und allgemeine Ansichten, 2. Kultur, Sport und Vereinswesen, 3. Schulwesen und Bildung, 4. Religionen, 5. Wehrwesen, Militär, 6. Wirtschaft, 7. Verwaltung, Behörden, Presse, 8. Personen, 9. Flucht und Vertreibung, 10. Sonstiges. Diese Methode ist zwar grundsätzlich diskutabel und für Sammlungsgut zunächst naheliegend. Im vorliegenden Fall, wo es sich überwiegend um gerettetes Schriftgut (einschließlich Fotografien) privater Provenienz, nämlich aus dem Leben, dem Besitz einzelner Arnswalder, handelt, muss sie jedoch als Fehleinschätzung und letztlich Fehlgriff betrachtet werden, der den Benutzern in Wahrheit gerade keine Hilfe bietet, sondern sie auch bei Einzelfragen zu vollständiger Durchsicht zwingt. Zu diesem Ergebnis hätte die Bearbeiterin eigentlich, wenn schon nicht bei der Verzeichnung, also beim direkten Kontakt mit dem Material, spätestens bei der Zuweisung der fertigen Verzeichnungsdatensätze zu den einzelnen Sachgruppen kommen müssen. Denn der größte Teil – außer bei reinen Bildkonvoluten – umfasst Dokumente, die sich einer eindimensionalen Sachzuordnung entziehen, weil sie persönliche Nachlass-Splitter darstellen, die – selbstverständlich – fast immer mehrere, wenn nicht – ganz „organisch“ gewachsen – alle Aspekte eines Lebens spiegeln. Blickt man nur in die sinnlose Gruppe „Sonstiges“, wird genau das deutlich, was allein angemessen gewesen wäre: eine Zuordnung aller Lebensdokumente zur einzelnen Person oder Familie, aus und von der sie stammen, und damit die Bildung einer großen, eindrucksvollen Gruppe von Schriftgut der Arnswalder Betroffenenengruppe als ein wesentlicher Block, der eben gerade die vielschichtigen, nicht eindimensionalen Lebenswege überliefert, die ja nie nur aus Beruf, Ehrenamt, Hobby, Wehrdienst oder Flucht bestanden. Zwar gibt es auch eine Gruppe „Personen“, doch auch diese wurde offensichtlich mehr als Rest-Sammelgruppe verstanden, in die all das kam, was nicht irgendwie gerade noch einem Berufsbereich zuzuordnen war. Selbst die Gruppe „Flucht und Vertreibung“ zeigt, dass im Material weit mehr als die Geschehnisse von 1945, sondern auch (Gesamt-)Lebensläufe zu finden sind. Andere Gruppen zeigen ähnliche Probleme, wenn sachlich gleichartige Urkunden willkürlich mal nach dem Beruf des Betroffenen, mal nach dem Ortsbezug oder einem Sachaspekt zugeordnet werden. Fast immer, wenn mehrere Dokumente zur Verzeichnungseinheit gehören, wird oberflächlich nach einem scheinbar überwiegenden Aspekt gesucht und danach rubriziert. Das führt zu abenteuerlichen Einordnungen: Zeugnisse der Auswirkungen von Kriegen auf die Zivilbevölkerung werden der Gruppe „Wehrwesen, Militär“ zugeordnet, die auch „Unterlagen“ einer „Eisenbahner-Familie“ enthält, weil von den sieben im Enthält-Vermerk ausgewählt mitgeteilten Einzeldokumenten, überwiegend Ausweispapiere u.ä., drei (!) die Zugehörigkeit zu militärischen Einheiten betreffen. Ein ganz ähnliches Konvolut von Unterlagen aus einer Familie, hier Besitzer einer Essigfabrik und Brauerei, das Traueranzeigen, Briefe, Fotos und wiederum auch zwei amtliche Ausweise enthält, findet man unfassbarerweise in der Gruppe „Religionen“, nur weil es sich um eine jüdische Familie handelt.

Auch wenn man der Bearbeiterin zugutehalten muss, dass die Sünden der Vorgänger, die, wie in solchen „Heimatarchiven“ üblich, Provenienzzusammenhänge nicht beachtet und aufgelöst haben, nur schwer und bisweilen gar nicht mehr zu bereinigen sind, so hat sie doch nicht einmal da, wo dies problemlos möglich und dann eben auch sehr aufschlussreich gewesen wäre, entsprechend

gehandelt. Die Gruppe „Wirtschaft“ mit 20 Verzeichnungseinheiten enthält nämlich neben einer Reihe von nach 1945 gebildeten Sachkonvoluten Einzeldokumente privater Provenienz und mehrheitlich, nämlich elf Nummern, aus bzw. zu der Maschinenfabrik Jahn & Co., von denen einige möglicherweise nachträglich erworbenes Sammlungsgut darstellen, mindestens vier aber originäres Firmenschriftgut, teils gerettet/evakuiert (Laufzeiten 1944/45), teils offenkundig für Zwecke des Lastenausgleichs und der Auskunftserteilung in Rentenangelegenheiten von ehemaligen Inhabern oder Mitarbeitern zusammengestellte Listen und Dokumente. Solches Schriftgut, das ja einen noch ganz anderen Aussagewert für die Entwicklung der Integration nach 1945 besitzt, wird jedoch stets vermischt mit Sammlungsgut beliebiger Herkunft. Auch wenn es anzuerkennen ist, dass die Bearbeiterin unter erschwerten Bedingungen in einem recht begrenzten Zeitraum eine umfangreiche Erschließungsleistung vollbracht und in diversen Enthält-Vermerken immerhin mehr als nur eine oberflächliche Verzeichnung geschaffen hat, so wird das Ergebnis bestenfalls einen Teil der Benutzerwünsche bedienen können. Bedenklich bleibt aber eben dabei, dass es nun als – dringend benötigtes – Vorbild für andere Schule machen könnte. Vordergründig betrachtet könnte selbst das – angesichts „weißer Flecken“ – noch als kleiner Fortschritt gesehen werden, methodisch ist es bedenklich.

Leider weisen auch die Erschließungen des Buches Mängel auf, die überraschen. Das eigentliche Findbuch wird lediglich durch einen Ortsindex erschlossen (S. 277f.), obgleich es zahllose Personennamen enthält und viele versteckte interessante Sachbegriffe. Das wird zwar durch die Durchsuchbarkeit der Open-Access-Version etwas ausgeglichen, hätte aber im Buch-Anhang eine viel konzentriertere Über- und Durchsicht ermöglicht. Personenregister (S. 279–284) und Ortsregister (S. 285–289) beziehen sich (ohne Hinweis) nur auf den Text- und Editionsteil, nicht auf das Findbuch, so dass die beiden Buchteile auch deshalb völlig unverbunden nebeneinanderstehen. Leider sind auch innerhalb der Register viele handwerkliche Fehler begangen worden. Personen mit Namensbestandteil „von“ muss man sich unter V suchen, Dr.-Titel werden im Alphabet schematisch wie Vornamen gewertet, bei mehreren Persönlichkeiten der Zeitgeschichte steht anstelle des Vornamens allen Ernstes N.N. Im Ortsregister werden viele kleine und kleinste Orte, keineswegs alle im Kreis Arnswalde gelegen, ohne Lagebezeichnung oder Kreisangabe belassen, obgleich diese oft im Text stehen und das Weglassen bei Mehrfachvorkommen wie im Falle von Trebnitz oder Waltersdorf irritiert. Freienwalde in Pommern und dessen Schwester an der Oder werden nicht korrekt getrennt. Peinlich wiederum die Behandlung mancher polnischen Ortsnamen, Litzmannstadt heiße „heute“ Łódź, Posen heiße „heute“ Poznań.

Ein interessanter 30-Seiten-Bildanhang (auf Bilderdruckpapier) vereint eine Auswahl von 49 Fotografien aus dem Archiv der Stiftung Brandenburg und zwei aus anderen Quellen, lässt aber nicht erkennen, welches Prinzip ihrer Reihung walten soll. Die bunte Mischung enthält wenige Porträtfotos, einen Flüchtlingspass, ein Flugblatt, sechs Fotos kriegszerstörter Straßen 1945, zweimal Kolonnen sowjetischer und französischer Kriegsgefangenen in Reetz 1945, fünfmal Flüchtlingsstrecks 1945, wenige Bilder nach 1945, vor allem aber 26 Ansichten von Orten aus der Zeit vor 1945, teilweise vor 1918, die zwar in ein „Heimatbuch“ passen würden, hier aber kaum etwas zum eigentlichen Thema beitragen.

Alles in allem bleibt daher ein zwiespältiger Eindruck. Weder aus archiv- noch aus geschichtswissenschaftlicher Sicht kann der Band befriedigen, geschweige denn als Muster für künftige Nachfolger dienen. Gleichwohl: Angesichts weithin fehlender Vorbilder und in vielfacher Hinsicht ungünstiger Rahmenbedingungen gerade auch in Brandenburg dürfen diese vielen grundsätzlichen kritischen Bemerkungen zwar nicht unterdrückt werden, doch darf man dem Projekt und denen, die es finanziell, personell sowie sachlich ermöglicht und umgesetzt haben, trotzdem attestieren, dass sie erstmals etwas geschaffen haben, was dringend benötigt wird und dennoch offenbar niemand sonst im Land einfordert oder ermöglicht. Man kann solche Projekte besser machen, aber dazu bedarf es wesentlich größerer, eben auch dauerhafter institutioneller Förderung und auch einer Vernetzung mit interessierten Stellen. Das BLHA hat mit seinen Möglichkeiten bewirkt, dass die Stiftung Brandenburg, der keinerlei wissenschaftliches Personal zur Verfügung steht, wenigstens an einem kleinen Beispiel zeigen konnte, welches Potential ihr Archiv birgt und was möglich wäre, wenn sich endlich alle einig wären, ihm in einem Ort wie Frankfurt (Oder) ein angemessenes Forum zu bieten. Leider bedarf es immer

noch solcher von Einzelpersonen, hier des inzwischen in den Ruhestand getretenen Herausgebers, initiierten Kleinprojekte, um den Nutzen aufzuzeigen. Leider sieht es weiterhin nicht danach aus, als würden sich die in Frage kommenden universitären und außeruniversitären wissenschaftlichen Einrichtungen für das Thema interessieren.

Peter Bahl

Mehr als nur Soldatenkönig. Neue Schlaglichter auf Lebenswelt und Regierungswerk Friedrich Wilhelms I., hrsg. von Frank Göse und Jürgen Kloosterhuis unter Mitarb. von Felix Engel und Ellen Franke. Berlin: Duncker & Humblot 2020. 398 S., zahlr. farb. Abb. (= Veröffentlichungen aus den Archiven Preussischer Kulturbesitz. Forschungen 18).

Der vorliegende Sammelband fasst Beiträge einer Tagung zusammen, die im Frühjahr 2017 gemeinsam vom Geheimen Staatsarchiv PK und der Historischen Kommission zu Berlin e.V. ausgerichtet worden ist. Die inhaltliche Ausrichtung seiner Beiträge wird im Titel des daraus entstandenen Bandes bereits angedeutet. Nicht die bekannten Klischees sollen im Mittelpunkt stehen, vielmehr ist es das Ziel der beiden Herausgeber, „klassische politikgeschichtliche Themen mit neuen kulturgeschichtlichen Forschungsansätzen zu verbinden“ (S. 11). Dies erfolgt in vier Sektionen mit den Schwerpunkten Herrscherprofilierung; Innen-, Außen- und Konfessionspolitik; künstlerische Rezeptionen – weibliche Kontraste; königliche Leidenschaften. So werden in den insgesamt 17 Beiträgen bislang eher wenig beachtete und unvermutete Facetten der Herrschaft Friedrich Wilhelms I. vorgestellt, „die bei der früheren Fokussierung auf das Militärwesen, die Verwaltungsreformen oder die Peuplierungspolitik eine eher randständige Rolle eingenommen hatten oder gänzlich ausgespart geblieben waren“ (S. 11). Der Regierungsantritt Friedrich Wilhelms im Jahr 1713 gilt dabei weniger als tiefgreifender Einschnitt. Vielmehr wird in den Beiträgen versucht, auch gewisse Kontinuitäten herauszuarbeiten. Dies geschieht erfreulicherweise unter Nutzung einer Vielzahl zeitgenössischer Quellen.

Die erste Sektion widmet sich dem Thema „Herrscherprofilierung“, wobei in allen Aufsätzen die komplizierte Persönlichkeit Friedrich Wilhelms als Ausgangspunkt dient. Bereits der erste Beitrag von Frank Göse, von dem im Übrigen jüngst eine umfangliche neue Biographie Friedrich Wilhelms I. erschienen ist¹, greift ein Thema auf, das in der bisherigen Forschung einen „geringeren bzw. gar keinen Stellenwert“ (S. 15) eingenommen hat, die Inszenierung barocker Herrschaft durch den König. Göse beschreibt den König als „Kind seiner Zeit“ und verdeutlicht dies an drei Punkten: den Bemühungen um die Verheiratung der Kinder, den Versuchen zum Aufbau eines Klientelwesens sowie der Einbindung einzelner Standesgenossen in den Hausorden vom „Schwarzen Adler“. Christoph Schmitt-Maaß geht dann den Erziehungsinstruktionen der preußischen Könige nach und weitet den Blick auf den Vater Friedrich III./I. sowie den Sohn Friedrich II. Im Mittelpunkt steht dabei die Lektüre des 1699 erschienenen „Télémaque“, der im Laufe des Jahrhunderts zu einer Art Bibel der preußischen Fürsten wurde. Sören Schlueter untersucht im Anschluss anhand privater Korrespondenzen die Rolle Friedrich Wilhelms als Vater, die durch den bekannten Konflikt mit seinem ältesten Sohn aber auch der ältesten Tochter Wilhelmine zu einem grundlegenden Geschichtsbild des Königs gehört. Mit der Erweiterung auf die anderen Kinder zeigt er auf, dass Anwendung von Gewalt als Erziehungsmittel auf seine ältesten Kinder (und insbesondere den Thronfolger) beschränkt gewesen sei. Daneben finde sich aber ebenso ein hoher Grad an Liebe und Zuneigung für seine Kinder. Der erste Teil endet mit einem Beitrag von Benjamin Marschke, der das Verhältnis des Königs zum Pietismus hinterfragt. Während es bislang üblich ist, in den Darstellungen auf einzelne Aspekte, Marotten und Widersprüche des Königs zu verweisen, plädiert der Autor für einen umfassenderen Blick, der den Veränderungen im Leben des Königs nachspürt. Für Marschke sind es vor allem zwei Wendepunkte, die zum Wandel in den Einstellungen des Königs geführt haben. So lässt sich 1719/20 ein religiöser Wandel hin zum Pietismus erkennen, verbunden mit einer engeren

¹ Frank Göse: Friedrich Wilhelm I. Die vielen Gesichter des Soldatenkönigs. Darmstadt 2020.

Beziehung zu August Hermann Francke. Nach Franckes Tod hätte dann die familiäre und politische Krise von 1728–30 und der Verdacht eines Doppelspiels der Pietisten in der Frage der Vereinigung protestantischer Konfessionen eine neue Wendung gebracht.

Die zweite Sektion beschäftigt sich mit der eigentlichen Regierungspraxis. Am Beispiel der „Kabinettsminuten“ schildert Denny Becker die immer wieder mit dem König verbundene „Regierung aus dem Kabinet“. Aus dem vorgestellten umfangreichen Aktenbestand lassen sich zahlreiche Themen, von der Militär- und Staatsverwaltung, den auswärtigen und familiären Beziehungen, aber auch Aspekte höfischer Kultur hervorragend recherchieren. Eine in Arbeit befindliche Digitalisierung und Aufbereitung dieser Akten soll dies in Zukunft noch erleichtern. Tobias Schenk wiederum beschreibt aus Sicht der Wiener Reichshofratsakten die Beziehungen zum Reich. Seit Jahren hat sich ein neuer Blick auf diese Beziehungen durchgesetzt, weg von der Sonderrolle Preußens hin zu einer Einbindung in die bestehende Reichsverfassung. Schenk zeigt einen König zwischen dem Bemühen um monarchische Autorität in seinen Territorien und notwendigen Zugeständnissen aufgrund der Traditionen des Reichsgefüges und korrigiert damit das Bild der „naiven Reichspolitik“ (S. 145) des Soldatenkönigs. Dem Gesandtschaftszeremoniell widmet sich Elisabeth Ruffert. Ausgangspunkt auch hier: das vorherrschende Bild vom Prunk und Zeremoniell verachtenden König. Jedoch sollte keinesfalls von einer „Abschaffung des Zeremoniells“ durch Friedrich Wilhelm I. gesprochen werden. Zwar ist durchaus eine Reduzierung erkennbar, aber eben auch die Beachtung gültiger Regeln in notwendigen Situationen und die Betonung einer gewissen Kontinuität zeremonieller Regularien am preußischen Hof. Mathis Leibetseder stellt die Konfessionspolitik Friedrich Wilhelms I. in den Mittelpunkt und untersucht dabei die Rolle des Pietisten August Hermann Francke als verbindende Figur zwischen dem calvinistischen König und den lutherischen Untertanen. Er beschreibt die religiösen Lebenswelten als „Pluralisierung“ des religiösen Feldes, geprägt von starken Eigeninteressen der einzelnen Gruppen. Der gebräuchliche Toleranzbegriff dürfe nur mit äußerster Vorsicht auf die Verhältnisse in Brandenburg-Preußen angewendet werden. Vielmehr ist eher von einer Koexistenz auszugehen. Die Konfessionspolitik vollziehe sich im Spannungsfeld zwischen „Homogenisierung“, „Separierung“ und „Egalisierung“.

Wenn es einen Bereich gibt, der mit dem Soldatenkönig nach klassischem Verständnis eher kaum verbunden wird, dann ist es die Kunst. So beschäftigt sich der dritte Abschnitt auch mehr mit der Kunst und Musik zur Zeit Friedrich Wilhelms I. als mit dem Wirken des Königs selbst. Die Fakten sind bekannt: Bei seinem Amtsantritt oder kurz danach entließ er fast alle Musiker und die meisten Künstler, die sein Vater beschäftigte. Viele verließen daraufhin Preußen. Der König hinterließ jedoch in zwei musikalischen Bereichen seine Spuren, die einzigen, die ihm offensichtlich Freude bereiteten: Militärmusik und Kirchenmusik (Beiträge von Claudia Terne und Christoph Henzel). Zwar florierte der Instrumentenbau in Berlin, doch spielte der König nur in der Kirchenmusik eine Rolle und bestellte bei Joachim Wagner mehrere Orgeln für die neuen Kirchen in Berlin und Potsdam. Er installierte auch die ersten Glockenspiele, die nach holländischem Vorbild nachgeahmt und zu einer beliebten Attraktion wurden. Noch bescheidener sind die Ergebnisse, wenn es um die bildenden Künste geht. Matthias Franke macht auf den Theoretiker der Zivilarchitektur Leonhard Christoph Sturm aufmerksam und stellt die Bedeutung des Pietismus für die sich entwickelnden einfachen architektonischen Lösungen beim Ausbau der Residenz vor. Simone Neuhäuser ihrerseits präsentiert den Bildhauer Johann Georg Glume, einen Schüler Schlüters, der eine ganze Reihe von Grabdenkmälern und zahlreiche Dekorationen realisierte, quasi als „Ausnahme von der Regel“. Insbesondere die künstlerische Ausstattung von Kirchen erfuhr in der Zeit des Königs geradezu einen Aufschwung. Isabelle Bosch widmet sich schließlich den Bibliotheken von vier Töchtern des Königs, die anhand ihrer Kataloge recherchierbar sind. Der Bücherbestand illustrierte anschaulich, „inwiefern Bücher und die durch sie dargestellten Inhalte dynastische Beziehungsmuster sowie kulturelle und politische Zielsetzungen sichtbar machen“ (S. 287).

Der letzte Abschnitt des Bandes stellt den König selbst in den Mittelpunkt. Ganz dem Leitthema des Bandes verbunden, gilt es auch hier, bekannte Klischeebilder zu hinterfragen. Erika Preiße beleuchtet das berühmte Tabakskollegium des Königs zunächst aus einer theoretischen Annäherung an die

zeitgenössische Bedeutung von „Geselligkeit und Genuss“. Mit einem Blick auf ähnliche Gesellschaften konstatiert sie darin „die Entkrampfung höfischer Strukturen“ (S. 316). Friedrich Wilhelm habe „Formen höfischer Geselligkeit zeitgenössisch modern und eigenwillig etabliert, unvoreingenommen ausprobiert und – so darf man annehmen – trotz oder gerade wegen mancher Normabweichung auch genossen“ (S. 316). Isabelle Deflers zeichnet in ihrem Beitrag ein kundiges Bild von den Veränderungen in der französischen Sichtweise auf den König und bringt mit dem sonst kaum thematisierten rezeptionsgeschichtlichen Ansatz eine weitere Facette in die Betrachtung ein. Dessen Wahrnehmung als „*Roi-Sergent*“ verstärkte sich natürlich durch die Unterschiede zwischen ihm und seinem Sohn Friedrich II., die auch in Frankreich besonders stark hervorgehoben wurden. Obwohl es durchaus Stimmen gab, die den König als fortschrittlichen Reformers des Staatswesens priesen, bestimmen die negativen Bilder eines choleralischen und kaltherzigen Königs die Wahrnehmung bis ins 20. Jahrhundert hinein. Norbert Blumert nutzt seinen Beitrag zu einem Plädoyer für ein forst- und jagdgeschichtliches Museum am einzigen „Schlossbau“ des Königs, dem Potsdamer Jagdhaus Stern. Ob es dafür jedoch der Wiedererrichtung eines 1766/67 abgerissenen Pavillons bedarf, kann durchaus kritisch hinterfragt werden. Jürgen Kloosterhuis rundet den Band schließlich mit einer sorgfältigen personellen Entschlüsselung von Georg Lisiewskis berühmtem Gemälde des „Tabakkollegiums“ ab.

Die in mehreren Fällen von Qualifikations- und Forschungsarbeiten inspirierten Beiträge des Sammelbandes lassen erkennen, dass eine Korrektur der klischeehaft mit Friedrich Wilhelm I. verbundenen Geschichtsbilder durchaus angebracht ist. Keineswegs dürfen die Jahre von 1713 bis 1740 lediglich auf das innere Reformwerk Friedrich Wilhelms I. reduziert werden. Ein Weg dahin liegt in der immer wieder betonten und beschriebenen vergleichenden Darstellung über Brandenburg-Preußen hinaus. So bleibt abschließend festzuhalten, dass die einzelnen Beiträge sich zu einem kritischen und differenzierteren Bild zusammenfügen, das einen König zeigt, der weder auf den Typus des rohen und unkultivierten Tyrannen reduziert werden kann, wie ihn seine Tochter Wilhelmine in ihren Memoiren schildert, noch auf den des ängstlichen und bigotten Pietisten. Auch Friedrich Wilhelm I. dachte selbstverständlich in dynastischen Kategorien, beherrschte die Konventionen der Zeremonialpraxis und bewegte sich keineswegs naiv auf dem diplomatischen Parkett. Facetten, die in Zukunft sicher noch weiter ausgeleuchtet werden müssen.

Vinzenz Czech

Arno Polzin: Mythos Schwedt. DDR-Militärstrafvollzug und NVA-Disziplinareinheit aus dem Blick der Staatssicherheit. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2018. 407 S., 13 Abb., 8 Tab. (= Analysen und Dokumente 49).

Arno Polzin, langjähriger Mitarbeiter der Abteilung Bildung und Forschung des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU), hat die erste auf einer tiefgreifenden Analyse des überlieferten Aktenmaterials des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) basierende Darstellung des DDR-Militärstrafvollzugs am Haftort Schwedt/Oder vorgelegt. Neben einer gerafften Darstellung des Potsdamer Militärhistorikers Rüdiger Wenzke aus dem Jahre 2011¹ lagen vor allem Erlebnisberichte Betroffener vor, auf die der Autor am Anfang seiner Studie verweist. Mangels Zugänglichkeit wichtiger Aktenbestände im Militärarchiv, im Archiv des Polizeipräsidiums Frankfurt (Oder) und im Bundesverwaltungsamt Außenstelle Strausberg sind vor allem Unterlagen aus dem Archiv des BStU, heute im Bundesarchiv, ausgewertet worden. Mindestens 900 zum Teil mehrbändige Akten wurden einbezogen.

Das gut gegliederte Buch widmet sich im ersten inhaltlichen Kapitel auf etwa 90 Seiten zunächst der Geschichte und Organisation des Militärstrafvollzuges und der Disziplinareinheit. Nachdem der Militärstrafvollzug mit Beginn der Formierung der Kasernierten Volkspolizei und

¹ Rüdiger Wenzke: *Ab nach Schwedt! Die Geschichte des DDR-Militärstrafvollzugs*. Berlin 2011 (= Forschungen zur DDR-Gesellschaft).

der Deutschen Grenzpolizei seit 1954 dem Ministerium des Innern (MdI) der DDR unterstand, wechselte die Zuständigkeit erst 1982 zum Ministerium für Nationale Verteidigung der DDR. Seit 1968 war Schwedt Standort des Militärstrafvollzuges, als das MdI die ersten Gefangenen aus der in Mecklenburg-Vorpommern stationierten Haftanstalt Berndshof nach Schwedt verlegte. In Schwedt wurden Militärstrafen bis maximal zwei Jahre vollstreckt. Darüber hinausgehende Strafen wurden in zivilen Strafvollzugsanstalten verbüßt. In wenigen bekannten Fällen sind 37 Monate Haft bekannt geworden. Eine Besonderheit war das Fehlen von Zellen für den Vollzug. Die Haft wurde in Form der Kasernierung vollstreckt, wobei die Militärstrafgefangenen und die Strafarrestanten streng von den Disziplinarbestraften getrennt waren. Für alle drei Gefangenengruppen war die militärische Ausbildung obligatorisch. Das als Disziplinäreinheit 2 bezeichnete Gefängnis wurde 1990 aufgelöst.

Das zweite Kapitel befasst sich mit den Insassen von Schwedt. Gegenwärtig ist keine genaue Zahl der Insassen bekannt, zu denen auch Offiziere gehörten, da die personenbezogenen Akten nur beschränkt zugänglich sind bzw. vernichtet wurden. 1977 war das Gefängnis ständig mit durchschnittlich 184 Insassen belegt. 1983/84 befanden sich aus allen drei Haftkategorien dort nur noch durchschnittlich 80 Häftlinge. Zwischen Ende 1982 und Ende 1987 durchliefen 2.489 Inhaftierte das Gefängnis in Schwedt. Insgesamt kann der Autor 7.400 Inhaftierte für den Zeitraum von 1968 bis 1982 nachweisen und schätzt die Gesamtzahl für den Zeitraum auf 10.000 Insassen. Ein großer Teil der Inhaftierten waren nicht Angehörige der NVA gewesen, sondern wegen Delikten inhaftiert gewesen, die sich – vermeintlich – gegen Militärangehörige richteten. Die meisten Delikte von Militärangehörigen hatten kaum einen Bezug zum Militärdienst. Ausnahmen bildeten Befehlsverweigerung, unerlaubte Entfernung und Fahnenflucht. Nur ein Fünftel der heute analysierbaren Fälle hatte eine politische Motivlage zum Ausgangspunkt, das heißt, dass man die meisten Vergehen nicht als politischen Widerstand bezeichnen kann. 40 Prozent der Vergehen zählt der Autor zu den allgemein kriminellen Taten. Neben dem militärdienstlich ausgerichteten Alltag galt für alle Häftlinge Arbeitspflicht, die von der DDR-Führung als „Kernstück der Erziehung“ betrachtet wurde. Neben der Innenarbeit gab es Arbeitsstellen im VEB Schiffsarmaturen- und Leuchtenbau Eberswalde/Finow, im VEB Instandsetzungswerk Pinnow/Betriebsteil Schwedt und im Betonwerk des VEB Bau- und Montagekombinat Ost Schwedt sowie in einigen anderen zivilen Produktionsstätten. Der Autor schildert trotz geringer Quellendichte eindringlich den durch militärische Strenge, Leistungsdruck, Bestrafungen und Schikanen sowie Vergünstigungen geprägten Alltag der Häftlinge. Es werden Beispiele angeführt, wie mithilfe der Beschwerdemöglichkeit sowie durch MfS-Mitarbeiter und Inoffizielle Mitarbeiter (IM) unter den Bediensteten und Gefangenen gegen Schikanen vorgegangen wurde und dass diese zur Bestrafung kamen. Fluchtversuche, meist von den Arbeitsstellen aus, scheiterten und brachten eine Verlängerung der Haftzeit mit sich.

Der abschließende Teil des Bandes ist der Rolle des MfS und der Kriminalpolizei im Militärstrafvollzug gewidmet. Neben dem Offizier für Kontrolle und Sicherheit der Arbeitsrichtung I/4 der Kriminalpolizei waren vor allem Offiziere des MfS in Schwedt eingesetzt. Die IM der Polizei wurden nur unter Insassen geworben, während das MfS alle Haftgruppen einbezog und auch IM unter dem Personal abwarb. Die Polizisten waren im Haftalltag für die kriminellen Fälle zuständig, das MfS für die mehr politischen. Nach Unterstellung unter das Ministerium für Nationale Verteidigung (MfNV) 1982 entfiel der Einsatz von Kriminalpolizisten. Die MfS-Offiziere waren bis 1982 der Linie VII der Bezirksverwaltung des MfS Frankfurt (Oder) unterstellt, danach der Hauptabteilung I des MfS, Abteilung MfNV, Unterabteilung Hauptstab. Bemerkenswert ist das Forschungsergebnis, wonach es dem MfS nicht gelang, sich mit ihren IM stärker als die Kriminalpolizei unter den Insassen zu verankern. Der Autor gibt an, dass 1968 bis 1982 von 170 IM nur 30 zum MfS gehörten und nennt die Zahl von 120 MfS-IM für den gesamten Zeitraum bis 1990. Polzin geht für 1989 von einem Anteil von unter fünf Prozent IM bezogen auf die Strafgefangenen/Arrestierten aus. 1982 waren acht Angehörige des Gefängnispersonals IM des MfS. Im Wachzug, der aus Grundwehrdienstleistenden bestand, gelang es dem MfS von 1982 bis 1989, 14 IM anzuwerben. In mehreren Exkursen bringt der Autor dankenswerterweise sehr aufschlussreiche Biogramme von elf ehemaligen Verantwortlichen des Militärgefängnisses Schwedt aus den Bereichen Polizei, NVA und MfS.

Um die detailliert geschilderte Struktur und Wirkungsweise des Militärgefängnisses Schwedt sowie die in die politische DDR-Geschichte eingeordneten Haftzustände in den internationalen Vergleich setzen zu können, wünschte man sich allerdings auch einen Blick auf den Militärstrafvollzug in anderen europäischen Ländern. Nahegelegen hätte etwa eine Kurzanalyse des von Truppendienstgerichten der Bundeswehr verhängten Disziplinararrests, der jedoch keine Freiheitsstrafe darstellte. Interessant wäre auch ein Vergleich mit der Disziplinkaserne der Vereinigten Staaten Fort Leavenworth in Kansas/USA, wo auch Todesstrafen vollstreckt wurden.

Trotz der Detailtreue der Studie bleiben nach dem Lesen auch Fragen offen. So schreibt der Autor im Resümee, „Schwedt“ sei ein „integraler Bestandteil des SED-Herrschaftssystems und des gegen die Gesellschaft gerichteten Repressionsapparates“ gewesen, ohne eine Einordnung vorzunehmen. Auch der Tatsache des Nachdienens der Strafzeit, von ihm zutreffend als „zusätzliche Bestrafung“ bezeichnet, hätte ein internationaler Vergleich gutgetan, um die Aussage verständlich zu machen. Abschließend nimmt der Autor eine bemerkenswerte Bewertung vor: „Aus heutiger Sicht stellt sich das System Schwedt differenziert dar. Es gab ein hartes Tagesregime mit einer Kombination aus Schichtarbeit, militärischer Ausbildung sowie ideologischer Schulung. Es gab eine Menge von Ungerechtigkeiten, es kamen Schikanen und Übergriffe vor, auch untereinander. Doch es gab keine Arbeit im ‚Steinbruch‘, keine Todesfälle, keine vollendeten Suizide unter den Insassen. ‚Schwedt‘ war vermutlich nicht das schlimmste Gefängnis in der DDR.“ (S. 373)

Das Buch klingt aus mit einer – wenn auch aufgrund der dünnen Quellenlage unvollständig bleibenden – Betrachtung über die Frage, ob den Insassen, etwa auch bei Fahnenflucht, Unrecht geschehen ist. Oft ist den ehemaligen Inhaftierten heute der Nachweis einer politischen Verfolgung unmöglich gemacht, wenn auch einzelne Gerichte die Verurteilung und nachfolgende Inhaftierung in Schwedt für Unrecht erklären.

Andreas Weigelt

Utta Raifer/Ulli Kulke: Das Berliner Schloss. Geschichten aus fünf Jahrhunderten, hrsg. von Felix Müller. Berlin: vbb 2020. 160 S., 93 teils farb. Abb.

Ein Buch kostet Mühe, Zeit und Geld. Im besten Fall werden darin Gedanken vom Autor zum Leser transportiert, die diesen Aufwand auch wert sind. In einem 2020 erschienenen Band zum Berliner Schloss haben Utta Raifer und Ulli Kulke auf insgesamt 160 Seiten 46 Kurzbeiträge vorgelegt, die im Untertitel „Geschichten“ genannt werden. Die chronologisch präsentierten Beiträge waren laut Vorwort von Felix Müller, Herausgeber des Bandes, zunächst im Rahmen einer wöchentlich Serie in der „Berliner Illustrierten Zeitung“ entstanden, der Sonntagsbeilage der „Berliner Morgenpost“. Die Autoren, so Müller, „suchten Archive auf, studierten zeitgenössische Quellen und wissenschaftliche Arbeiten, um sich einen Reim auf diesen denkwürdigen Bau zu machen“. Den grundsätzlichen Anspruch des Buches umreißt Müller so: „Es will ein bedeutendes Stück Stadtgeschichte unterhaltsam Revue passieren lassen, die im Berliner Fall immer auch ein Stück preußischer und deutscher Geschichte ist.“ (S. 7)

Thematisch erfüllt der Band diesen Anspruch. Die durchschnittlich dreiseitigen Beiträge sind verschiedensten Aspekten des Berliner Schlosses gewidmet: Erzählt werden in vielen kleinen Etappen die Entstehungsgeschichte und die Nutzung des Baus sowie die Beziehung zu Stadt und Land in überwiegend an einzelne Personen geknüpfte Episoden. Ob diese „Geschichten“ unterhaltsam sind, vermag nur jeder Leser für sich zu entscheiden, aufgrund ihrer Kürze sind sie jedenfalls rasch konsumiert. Grundsätzlich ist es immer begrüßenswert, Geschichte auch in kleinen Pillen zu verabreichen.

Doch um was handelt es sich nun eigentlich – Geschichten oder Geschichte? Ein Blick auf die Form der Beiträge ergibt erst ein unklares Bild: Zahlreiche wörtliche Zitate wie auch Quellen- oder Literaturangaben sind in den Fließtexten auszumachen. Allerdings sind sie nicht ohne größeren Aufwand überprüfbar, da sie ohne Seitenzahlen erfolgen. Zudem entstammen die Zitate nicht immer den gemachten Angaben. Häufig fehlt es in den Beiträgen auch gänzlich an Angaben, nicht

aber an Zitaten. Das alphabetisch geordnete Quellen- und Literaturverzeichnis im Anhang führt immerhin 97 Titel auf. Wer hier auf die Suche nach der Herkunft eines Zitats geht, wird lange unterwegs sein und nicht immer mit einem Fund belohnt werden. Zudem finden sich im Fließtext Verweise auf Titel, die in der Bibliografie fehlen; auf der anderen Seite wird nur ein Fünftel der Titel in der Bibliografie in den Beiträgen auch erwähnt. Woher Informationen im Einzelnen stammen, ist weitgehend unklar.

Illustriert ist der Band mit 93 verstreuten und zumeist farbigen Abbildungen. Vorteil ist die annähernd quadratische Form des Bandes, wodurch auch Bilder im Querformat in guter Größe darstellbar sind. Die Abbildungen werden überwiegend illustrierend verwendet und dienen nur vereinzelt der Argumentation. Die Abbildungsbeschreibung erfolgt uneinheitlich, häufiger fehlen Angaben zu Künstler, Technik oder Datierung; Bildnachweise sind im Anhang aufgeführt.

Auf dieser Grundlage bieten weder Texte noch Abbildungen einen erkennbaren Mehr- oder Neuigkeitswert. Welche Gedanken auch immer hier mit Mühe, Zeit und Geld sehr aufwendig in ein Buch verpackt wurden – sie bleiben leider unentdeckt.

Thomas Fischbacher

Felix Richter: Das Neue Hoyerswerda. Ideenhaushalt, Aufbau und Diskurs der zweiten sozialistischen Stadt der DDR. Berlin: Urbanophil 2020. 365 S., zahlr. Abb., Karten, Pläne.

In seiner 2018 an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg fertiggestellten stadtplanerischen Dissertation hat Felix Richter den Planungs- und Bauprozess sowie die Debatten um Lebensqualität und Urbanität am Beispiel von Hoyerswerda – genauer deren Neustadt: das „Neue Hoyerswerda“ – untersucht. Die Quellengrundlage ist sehr interessant: Neben der entsprechenden Fachliteratur, Akten aus Archiven und Sammlungen sowie Berichten von ‚normalen‘ Bewohnerinnen und Bewohnern hat Richter auch Kommentare der Schriftstellerin Brigitte Reimann – „Kann man in Hoyerswerda küssen?“ (S. 8) – und des Sängers Gerhard Gundermanns ironische Aussage „... du schönste Stadt hier im Land.“ (S. 336) berücksichtigt. Diese beiden Texte verweisen auf das Spannungsverhältnis des Themas. Hoyerswerda gilt als „zweite sozialistische Stadt der DDR“ – nach der ersten unter dem Namen StalinStadt ab 1950 entstandenen und seit 1961 mit der Stadt Fürstenberg (Oder) zu Eisenhüttenstadt zusammengeschlossenen ersten sozialistischen Stadt. Beide gehörten in der DDR-Zeit zu „brandenburgischen“ Bezirken: Eisenhüttenstadt zu Frankfurt (Oder), das seit 1990 sächsische Hoyerswerda zu Cottbus.

Nach den einleitenden Bemerkungen über den DDR-Städtebau wird in einem ersten Untersuchungsschritt die an Ulrich Becks Schrift „Risikogesellschaft“ (1986) orientierte Hypothese einer Abfolge von einer „ersten“ zu einer „zweiten Moderne im DDR-Städtebau“ diskutiert: „Ziel ist es zu zeigen, dass sich diese Abfolge auf einen hegemonialen Einschätzungs- und Wertewandel in SED, Staat und DDR-Bauwesen im Übergang der späten 1960er zu den frühen 1970er Jahren zurückführen lässt.“ (S. 19) Im Zusammenhang mit dem Ideenhaushalt der ersten Moderne werden der Stadtaufbau aus ökonomisch-administrativer, funktionalräumlicher und sozialräumlicher Sicht behandelt. Richter sieht Hoyerswerda zusammenfassend als „Seismograph von erster und zweiter Moderne im DDR-Städtebau“ (S. 313).

Das große Problem der Anfangszeit war das „politische Primat der Industrie“ und „das höchst ambivalente Abhängigkeitsverhältnis“ der Stadt von ihrem zehn Kilometer von der historischen Kleinstadt Hoyerswerda entfernten „Trägerbetrieb“ Kombinat Schwarze Pumpe. (S. 30) Die daraus resultierende „einseitige Wohnungsvergabe“ an männliche Beschäftigte dieses Kombinats hatte eine „unverhältnismäßig hohe Frauenarbeitslosigkeit“ (S. 317) zur Folge. Als wesentliche Ursachen dieser Probleme sieht er DDR-Spezifika wie „Walter Ulbrichts Intervention“ und die „letztinstanzlichen Entscheidungen“ durch das SED-Zentralkomitee und -Politbüro und der „vollständigen, politischen Usurpation des DDR-Bauwesens durch die SED“ (S. 318). Hier hat Richter sich einer These von Christine Hannemann angeschlossen. Noch deutlicher formuliert spricht er von einer „durchweg ökonomistischen und zentralistischen, dogmatisch an wissenschaftlich-technischen Planzahlen orien-

tierten“ Vorgehensweise (S. 318), welche „die kritischen Misstöne aus den Reihen der Bevölkerung weitgehend ignorierte“. (S. 324)

Als Resultat seiner Untersuchung formuliert er drei Ergebnisse: „Es konnte herausgearbeitet werden, dass das Jahr 1966 respektive die unmittelbaren Folgejahre in vielerlei Hinsicht eine Wegmarke des Hoyerswerdaer Entwicklungspfades bedeuten und nicht zuletzt damit den Ausgangspunkt einer bauprogrammatischen Neuausrichtung im Lokalen markieren.“ Als zweites Ergebnis gelten ihm der „Wandel von einer einfachen zu einer reflexiven Modernisierungshaltung der Planungsakteure“, der „Übergang von einer utopischen zu einer postutopischen Stadtidentität“ und die schrittweise Auflösung der chronologisch-temporären Ordnung zu Gunsten einer „alles vereinnahmenden Gegenwart“. Drittens schließlich konnte die „entscheidende Bedeutung asymmetrischer Interaktionen zwischen Herrschaftsträgern und Stadtbevölkerung“ herausgearbeitet werden. (S. 315)

Nach der Behandlung des Ideenhaushalts geht es in einem Diskurs genannten Zwischenkapitel um Aushandlungsprozesse zwischen Herrschaft und Stadtbevölkerung. Im folgenden Hauptkapitel „Erneuerung“ wird der Ideenhaushalt in der zweiten Moderne im DDR-Städtebau vorgestellt. Nicht unerwähnt bleiben können auch die Bauverzögerungen und Planänderungen: „Gebaut wurde die ambitionierte Konzeption in ihrer geplanten Dimension letztlich nie.“ (S. 113) Dem wurde versucht gegenzusteuern: „Die Stilisierungen vergangener Erfolge und zukünftiger Produktionsverpflichtungen als Gaben an die Bevölkerung fungierten [...] als Bindeglieder eines symbolischen Zusammenhalts von SED und Bevölkerung.“ (S. 174)

Zu den interessanten Erkenntnissen der Richter-Arbeit gehören die neue stadtbildliche Heimatkonstruktion mit Präsentationen öffentlicher Kunst und „die künstlerischen Positionen, die eine sorbische Traditionslinie aufnahmen“. Vielleicht noch wichtiger waren die „ideologische Rehabilitation“ von Eigenheim und Kleingärten und damit der Rückzug in Nischenräume. (S. 331)

Zusammengefasst ist es dem Autor durchaus gelungen, mit seiner Fallstudie einen Beitrag zur Grundlagenforschung vorzulegen, „die im Blick auf die Bau- und Planungsgeschichte Anknüpfungspunkte zu neueren Forschungen mit akteurs- und institutionengeschichtlichen Perspektiven sucht“. (S. 14) Die inhaltliche Fülle des für Profanhistoriker nicht immer einfach zu verstehenden Textes bietet vielfältige Möglichkeiten für weitere Forschungen zur Geschichte der DDR, von Eisenhüttenstadt, zur sozialistischen Stadtplanung und Geschichte der Architektur, zum Verhältnis von SED und Bevölkerung und vieles mehr.

Kurt Schilde

Hans-Jürgen Schmelzer: Verwaiste Felder. Schicksale im Oderbruch nach 1915. Berlin: be.bra 2019. 272 S., 49 s/w-Abb.

„Meines Vaters Felder“ heißt die Biographie der Landwirtschaftsfamilie Schmelzer, die über drei Generationen hinweg im Oderbruch landwirtschaftlich tätig war. Geschrieben hat sie Hans-Jürgen Schmelzer, der Sohn des letzten Sachsendorfer Gutsbesitzers, und sie 2013 im be.bra verlag als erstes von drei Büchern über seine Heimat Sachsendorf im Oderbruch veröffentlicht. Schmelzer war sechs Jahre alt, als er mit seiner Familie das Oderbruch verlassen musste. Im Juni 1989, noch vor dem Ende der DDR, kehrte er erstmals nach Sachsendorf zurück. Beim nächsten Besuch ein Jahr später hatte er ganz andere Erlebnisse, denn die älteren Dorfbewohner erkannten ihn plötzlich wieder. Ein zweites Buch mit dem Titel „Verlorene Felder. Stunde Null im Oderbruch 1945/46“ (2016) handelt von Hans-Adolf Schmelzer, der im Februar als Besitzer des Gutes Sachsendorf angesichts des Herannahens der Roten Armee die Flucht seiner Gutsmitarbeiter und der Dorfbewohner organisierte. Nach der deutschen Kapitulation und einer viermonatigen Kriegsgefangenschaft kehrte er in das schwer zerstörte Heimatdorf zurück und beteiligte sich mit Duldung durch die neuen Machthaber am Wiederaufbau. Doch im September 1946 wies ihn der sowjetische Kommandant aus – ein Bruch, den der Betroffene zeit seines Lebens nicht verkraftete. 2019 folgte der dritte und letzte Band unter dem Titel „Verwaiste Felder“, in dem der Autor, erneut gestützt auf ein reiches Quellenmaterial in Form von Tagebüchern, Briefen und Zeitungsmeldungen, ein lebendiges und

glaubwürdiges Bild vom Schicksal des Ortes Sachsendorf und seiner Bewohner nach 1945 zeichnet. Von der Rückkehr der Menschen in ihr zerstörtes Dorf über die schweren Jahre des Neuanfangs bis in die heutige Zeit spannt er den erzählerischen Bogen – ein willkommener Beitrag zur Regionalgeschichte des Oderbruchs.

Hans-Jürgen Schmelzer wurde 1938 in Frankfurt (Oder) geboren, wuchs zunächst in der Magdeburger Börde, dann im Rheinland auf, wohin seine Familie geflüchtet war. Er studierte Germanistik und Romanistik und arbeitete von 1968 bis 2000 als Lehrer im Höheren Lehramt. Von 1975 bis 1987 war er auch freier Mitarbeiter der Zeitung „Die Welt“. Außerdem schrieb er zahlreiche Musiker- und Schriftstellerbiographien.

In „Verwaiste Felder“ berichtet der inzwischen 83-Jährige Autor über die Leistungen und Anstrengungen der Menschen beim Wiederaufbau von Sachsendorf und bei der Rekultivierung der durch die Kampfhandlungen verwüsteten Felder. Seine Aufmerksamkeit gilt auch den Heimatvertriebenen, die es aus sehr unterschiedlichen Gegenden nach Sachsendorf verschlagen hatte und denen das Oderbruch zur neuen Heimat wurde. Dazu sagt er im Vorwort: „Wer vermag die Tragik zu ermessen, die diese Menschen spürten, als der sozialistische Staat ihnen mit der Zwangskollektivierung das durch jahrelange Entbehrung Erworbene wieder nahm! Wie viel Einsatz, wie viel Idealismus, wie viel Aufbruch und Begeisterung wurden auf diese Weise bestraft, ja im Keim für immer erstickt!“ (S. 9)

Nach der Wiedervereinigung hoffte Schmelzer, mit seiner Frau auf das einstige Gut ihrer Eltern zurückkehren zu können. Sein Sohn hatte extra Landwirtschaft studiert. Es sei keine ökonomische Frage gewesen, denn als Lehrer habe er ja eine gesicherte Existenz gehabt. Er sei aber in einer Familientradition aufgewachsen, nach der man sich um das Land zu kümmern habe. Da die Bodenreform nach 1990 nicht rückgängig gemacht werden sollte, wurde daraus nichts. Die einstigen Felder der Schmelzers wurden von einem „Agrarmulti“ erworben, der keine Verbindung zum Dorf habe und das Land als Spekulationsobjekt benutze. Den Anstoß zum Schreiben habe ihm eine Wissenschaftlerin gegeben, die eine Dissertation über die Dörfer im Oderbruch schreiben wollte und bei ihm nach alten Dokumenten aus Sachsendorf nachfragte. Er habe aber nur das Tagebuch seines Vaters, ein paar alte Briefe und Fotos gehabt und beschlossen, sich selbst auf die Suche zu begeben. In einem Zeitungsinterview berichtet Schmelzer, dass er habe einmal aufschreiben wollen, wie viel die Sachsendorfer, die drei Systemwechsel zu verdauen hatten, geleistet haben – „nicht wegen, sondern trotz des DDR-Systems“, und auch „wegen der Anmaßung, mit der der Westen alle DDR-Strukturen zerstört hat“.¹

Das Buch ist in 23 kurze Kapitel gegliedert, die in sich abgeschlossen sind und die die Orientierung im Zeitablauf der Ereignisse und in den einzelnen Sachthemen beim Lesen sehr erleichtern. Diese einzelnen Abschnitte bieten viele Details des Alltagslebens in Sachsendorf, einschließlich des Wirkens und des Charakters der handelnden Personen. Wer sich einen authentischen Eindruck vom Leben der Menschen im Oderbruch mit all seinen Facetten, speziell in Sachsendorf, seit Kriegsende verschaffen will, dem bietet die Lektüre dieses Buches interessante Einblicke. Dass es die Sicht eines konservativen Gutsbesitzersohnes ist, der die alsbald enttäuschte Hoffnung hegte, nach 1990 den alten Besitz seiner Familie zurückzuerhalten, schmälert nicht den Zeugniswert seiner Betrachtungen und Wertungen.

Im Anhang finden sich zu jedem Kapitel Anmerkungen sowie eine Aufstellung der benutzten Quellen und Literatur. Ein Bildnachweis fehlt leider, wäre aber für weiterführende volkskundliche Studien sehr hilfreich gewesen.

Reinhard Schmook

¹ Vgl. Merle Hilbk: Die glücklichen Tage von Sachsendorf, in: Märkische Oderzeitung, Journal v. 25./26. Januar 2020, S. 1.

Stadt Perleberg, bearb. von Matthias Metzler. Worms: Wernersche Verlagsgesellschaft 2020. 300 S., zahlr. Abb., Pläne, Karten (= Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland, Denkmale in Brandenburg 15: Landkreis Prignitz, T. 1).

Mit dem Band zur Stadt Perleberg mit ihren Eingemeindungen liegt der erste Band der Denkmaltopographie für die Prignitz vor – ein Segen, musste man bislang doch nach wie vor als unentbehrliches Nachschlagewerk „Die Kunstdenkmäler des Kreises Westprignitz“¹ von 1909 zur Hand nehmen. Freilich sind in der Zwischenzeit zahlreiche Publikationen zu Perleberg und seinen Dörfern erschienen und natürlich deckt die Denkmaltopographie, wie es in Brandenburg seit langem Standard ist, die Denkmallandschaft bis in die jüngste Zeit ab, geht also in der Ausführlichkeit weit über ihren Vorgänger hinaus. Es handelt sich also um einen Quantensprung, der sorgfältig und seit Jahren vorbereitet worden ist. Bereits als der Autor dieser Zeilen im Jahr 2013 im Perleberger Museum tätig war, liefen die Recherchen, gab es Austausch mit Autoren. So ist es eine Freude zu sehen, mit welchem Tiefgang und mit welcher Akribie dieses Opus magnum erarbeitet wurde und nun erschienen ist. Es ist zu loben, dass neben dem Hauptautor ausgewiesene Fachleute für Teilbereiche der reichen Kulturgeschichte gefunden werden konnten, sodass fundierte Beiträge zu sehr wichtigen Themengebieten enthalten sind. Hervorgehoben sei die für Perleberg so wichtige Archäologie (Kerstin Kirsch) und die mittelalterliche Kunstgeschichte (Barbara Rimpel), die ebenfalls von überregionalem Rang ist. Es ist zu betonen, dass die Voraussetzungen für die Bearbeiter in Perleberg sicherlich recht günstig waren, denn mit der Unteren Denkmalbehörde und deren Mitarbeitern Gordon Thalmann und Kay Richter gibt es vor Ort wie selten jenseits der Fachbehörden kompetentes und vor allem forschungsorientiertes Fachpersonal. Auch konnte auf ein wohlgeordnetes und gut erhaltenes Stadtarchiv (geführt von Sylvia Pieper) und eine reichhaltige städtische Museumssammlung zurückgegriffen werden, wie nicht zuletzt die zahlreichen abgebildeten Akten, Fotos, Pläne und Sammlungstücke zeigen. Es soll nicht verschwiegen werden, dass durch zahlreiche Autoren im Jahr 2013/14 mit dem Band „Auf den Spuren des mittelalterlichen Perleberg“² ein Werk erarbeitet wurde, dessen kompakt präsentierte Forschungsergebnisse vielerorts in der Denkmaltopographie Niederschlag gefunden haben.

Perleberg gehört mit seiner gut erhaltenen und markanten mittelalterlichen Topographie und seiner spannenden Baugeschichte wohl zu den interessantesten historischen Altstadtkernen im heutigen Land Brandenburg. Angefangen mit der gut nachgewiesenen bronzezeitlichen Besiedlung (in der Nachbarschaft des Königsgrabes von Seddin) über qualitativvolle slawenzeitliche Funde im Umfeld (Hacksilberfund aus Düpow) kam es im 13. Jahrhundert zur Anlage zweier Siedlungen in einem von der Stepenitz umflossenen Gebiet, die im weiteren Verlauf zusammenwuchsen und noch heute die nahezu unverändert überkommene Topographie bilden – eine dank der unregelmäßigen Straßenverläufe und der fünf kleinen und mittelgroßen innerstädtischen Plätze eine besonders attraktive Stadtgestalt. Es finden sich neben den Kirchen – außer der heute noch bestehenden Pfarrkirche St. Jakobi gab es die jüngst archäologisch erforschte Nikolaikirche und die noch als Mauerrest erhaltene Klosterkirche St. Annen – bedeutende und teils Rätsel aufgebende Orte und Bauwerke wie das Wallgebäude (Nachfolger einer slawischen Wallanlage), den Judenhof (einer der wenigen in der Anlage erhaltenen) oder den Grahlplatz (ein wohl mittelalterlicher Festplatz), die im Band mitsamt ihrer Forschungsgeschichte angemessene Würdigung finden. Dasselbe gilt für die Jakobikirche als frühe Halle mit herausragender Backsteinornamentik sowie für die teils noch mittelalterlichen Häuser – zu nennen ist vor allem das Haus Großer Markt 4 mit seinem im heutigen Brandenburg einzigartigen Knaggen schmuck. Daneben sind massive Gebäude nachgewiesen, wie man sie aus den großen Hansestädten des Küstengebietes kennt. Unterirdisch blieben jedoch vielerorts die Keller erhalten,

1 Paul Eichholz (Bearb.): Die Kunstdenkmäler der Provinz Brandenburg, Bd. 1.1: Die Kunstdenkmäler des Kreises Westprignitz. Berlin 1909.

2 Peter Knüvener (Red.): Auf den Spuren des mittelalterlichen Perleberg. Berlin 2014 (2., überarb. Aufl. 2018).

die in der Topographie auch zu großen Teilen genannt und zum Teil auch abgebildet werden. Ein wirkliches Kellerkataster dieser interessanten Räume wäre dennoch wünschenswert!

In nachmittelalterlicher Zeit wurde die Stadt hauptsächlich durch Fachwerkbauten bestimmt. Überhaupt ist die Geschichte und Kunstgeschichte der Neuzeit und Moderne weniger durch herausragende Einzelbauten oder gravierende Entwicklungen geprägt. Die Stadt Perleberg spielte und spielt bis heute die Rolle einer Landstadt und eines Verwaltungszentrums. Große Bauprojekte von überregionalem Rang gibt es eher weniger, dafür aber zahlreiche Bauten, die durch ihre gute Erhaltung von Bedeutung sind und in ihrer Menge der Stadt doch wieder den Rang eines beachtlichen Gesamtkunstwerkes verleihen. Genannt werden müssen die qualitätvollen neugotischen und stadt-bildprägenden Bauten des Rathausneubaus Stülers, der den mittelalterlichen Laubenanbau auf ein-fühlsame Weise integriert (das wäre ein Vorbild für Berlin gewesen!) oder das Gymnasium (1861–64). Besonders ist auch das legendäre Hotel Deutscher Kaiser, das mit seinem überbordenden Festsaal und auch sonst sehr ansprechender Ausstattung erhalten blieb. Herausragend ist der prächtig geflieste Verkaufsraum der Fleischerei Kniß (um 1900), für den es in Brandenburg und darüber hinaus nur wenige Vergleichsbeispiele geben dürfte. Die prägenden Bauten der Land- und Garnisonsstadt aus der Zeit um 1900 sind noch alle vorhanden: Weitere Schulen, ein Kasernenquartier, natürlich der Bahnhof etc. Insgesamt fällt auf, dass die Bebauung besonders der Innenstadt in sehr gutem Zustand ist (wenn noch Sorgenkinder besonders unter den Privathäusern bleiben), eine bedeutende Leistung der Stadtsanierung seit 1990, die stetig voranschreitet.

Auch die Ortsteile sind in großer Ausführlichkeit dargestellt. Hervorzuheben sind bedeutende Kirchenbauten wie in Quitzow – der Chor mit dem frühgotischen Bau der Perleberger Jakobikirche in Zusammenhang stehend und einer der ambitionierten Dorfkirchenbauten des späten 13. Jahrhunderts in Brandenburg –, Düpow mit seinem charakteristischen Turm und dem schönen spätgotischen Backsteinrelief eines Vera Ikon oder Spiegelhagen mit seinem schönen hölzernen (!) mittelalterlichen Turm. Weniger erfreulich ist leider der Erhaltungszustand verschiedener interessanter dörflicher Profanbauten wie zum Beispiel der Gutsanlage in Dergenthin.

Abschließend soll nochmals unterstrichen werden, welchen Wert derartige Inventare haben und dass deren Erstellung – auch wenn sie sehr zeitintensiv ist – unbedingt weiter vorangetrieben werden sollte. Leider gibt es andere Bundesländer, in denen eine derartige grundlegende Forschungs-, Dokumentations- und Publikationsarbeit nicht wie in Brandenburg geschieht. *Peter Knüvener*

Christian Walther: Des Kaisers Nachmieter. Das Berliner Schloss zwischen Revolution und Abriss. Berlin: vbb 2021. 184 S., zahlr. Abb.

Pünktlich zur schrittweisen Eröffnung des „Humboldt Forums“ legt der Journalist Christian Walther ein spannend geschriebenes und reichhaltig illustriertes Buch zur Geschichte des Berliner Schlosses vor. Das Potential dieses Werkes liegt darin, im doppelten Sinn verschüttete Geschichte zu bergen. Zum einen widmet sich der Autor einem zerstörten Gebäude und dessen historischer Einordnung. Zum andern konzentriert er sich dafür auf einen bisher aus dem Blick gefallenen Zeitraum, und zwar jenem zwischen der Revolution von 1918 und dem Schlossabriss 1950 – einer Zwischenzeit also, nachdem die Hohenzollern den früheren Ort symbolischer Repräsentanz bereits verlassen hatten und bevor das im Zweiten Weltkrieg teilzerstörte Gebäude auf Drängen der SED-Führung abgerissen wurde. Historische Zäsuren wie die – hinreichend bekannte und im Buch noch einmal ausführlich beschriebene – Ausrufung der „freien sozialistischen Republik“ durch Karl Liebknecht¹, die Machtergreifung der Nationalsozialisten, das Ende des Zweiten Weltkrieges und eine „Abrissgeschichte“ des Schlosses nach 1945 strukturieren die Erzählung. Ein sehr knapper Schlussteil streift die

1 Siehe dazu zuletzt Dominik Juhnke/Judith Prokasky/Martin Sabrow: *Mythos der Revolution. Karl Liebknecht, das Berliner Schloss und der 9. November 1918.* München 2018 (= Im Fokus 1).

Schließung des „Palastes der Republik“ in den letzten Wochen der DDR. Festzuhalten bleibt: Auch wenn das Buch Walthers einen größeren Zeitraum behandelt, liegen seine Stärken zweifellos in den Darstellungen für die Zeit nach Ausrufung der Republik und vor Abriss des teilzerstörten Schlosses.

Im Anfang seines Buches entwickelt Christian Walther die schöne Formulierung „vom Kaiser Schloss zum Schloss der Republik“. Die nachfolgenden Ausführungen verdeutlichen, wie treffend der Autor diese Formulierung gewählt hat. Denn als „Schloss der Republik“ erschien das frühere Schloss der Hohenzollern nach der Revolution von 1918 durch seine vielgestaltige gesellschaftliche Aneignung. Das Gebäude entwickelte sich zu weit mehr als einem Symbol vergangener herrschaftlicher Repräsentanz. Schon im September 1921 wird das Schloss zum „Schlossmuseum“, im Frühjahr 1927 entstehen als zuständige Verwaltung die „Staatlichen Schlösser und Gärten“. Diese Musealisierung ist sicher eine denkbar radikale Form der Demokratisierung des früheren Ortes monarchischer Herrschaft – das Interesse und die Zugangsmöglichkeiten eines relevanten Bevölkerungsanteils als Publikum vorausgesetzt. Interessant ist die Einrichtung des „Schlossmuseums“ auch aus einem anderen Grund: Sie formuliert bereits den immer noch aktuellen Konflikt zum Umgang mit ideellem und materiellem Erbe der Hohenzollern. Walther zählt in seinem Buch eine Vielzahl ganz unterschiedlicher Einrichtungen auf, die längere oder kürzere Zeit im Schlossgebäude angesiedelt sind: Museen, Ämter, Fürsorge- und Wissenschaftseinrichtungen. Im Schloss finden beispielsweise verschiedene Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, die Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft (die spätere Deutsche Forschungsgemeinschaft), der Deutsche Akademische Austauschdienst und Gemeinschaftsküchen Unterschlupf. Solcherlei institutionelle Diversität, Vitalität und Dynamik im Schlossgebäude interpretiert Walther treffend so: „Das frühere Symbol monarchischer Herrschaft war innerhalb kürzester Zeit mit neuem Leben erfüllt und, pragmatisch genutzt, zu einem Schloss der Republik geworden.“ (S. 34)

Aufschlussreich ist ein Perspektivwechsel, den Walther zur Geschichte des Berliner Schlosses entwickelt, allerdings nicht konsequent umsetzt. Er schreibt seine einzelnen Kapitel größtenteils entlang historischer Biographien. Dadurch ist sein Buch weit mehr als die Geschichte eines Schlossgebäudes – vielmehr ist es die Geschichte derjenigen Institutionen und insbesondere derjenigen Menschen, die sich nach Gründung der Weimarer Republik hier gesellschaftlich und kulturell engagierten. Auch dass Walther oftmals Frauen in den Mittelpunkt seiner Beschreibungen stellt, ist Teil dieses Perspektivwechsels. So rekonstruiert der Autor nicht mehr bloß einen geschlossenen, männerdominierten Ort herrschaftlicher Repräsentanz. Er beschreibt das Berliner Schloss als einen öffentlichen, von Frauen mitgestalteten Wissenschafts- und Gesellschaftsraum, als einen Ort der Demokratie in der Zeit der Weimarer Republik. Am Beispiel des Berliner Schlosses schildert er damit den allgemeinen historischen Wandel in Deutschland, als demokratische Modernisierungsprozesse den militanten und nationalen Konservatismus des Kaiserreichs aufbrechen.

Und es sind keinesfalls Marginalien, die Walther aus der verschütteten Geschichte des Berliner Schlosses herausholt. Der Autor stellt Frauen wie Eugenie Schwarzwald, Marie Elisabeth Lüders oder Lise Meitner vor. Mit dem Berliner Schloss verbindet sie berufliches und gesellschaftliches Engagement, das aus ihrer zeitgenössischen Perspektive eines vormals männerdominierten Ortes der Herrschaft außergewöhnlich erscheint. In Krisenzeiten eröffneten diese Frauen im Schlossgebäude eine Gemeinschaftsküche für Akademiker, sie richteten hier ein Tagesheim für Studentinnen ein oder sie informierten das Fachpublikum und die interessierte Öffentlichkeit über ihre bahnbrechenden Forschungen zur Atomphysik.

Das Beispiel von Lise Meitner steht dafür, wie es Frauen Anfang des 20. Jahrhunderts mit hervorragenden Leistungen gelingt, den deutschen Wissenschaftsraum zu erobern. Als Belege führt Walther einen Vortrag der Atomphysikerin im Januar 1927 als Teil einer Vortragsreihe der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Berliner Schloss sowie eine Preisverleihung an Lise Meitner im Juni 1928 am gleichen Ort an. Gerne würde der Leser an dieser Stelle mehr zum Wirken von Lise Meitner im Umfeld des Berliner Schlosses erfahren. Doch die Verknüpfung von weiblicher Wissenschaftskarriere und historischem Ort bleibt oberflächlich und anekdotisch. Was der Autor auf mehreren Seiten ausschmückt, ließe sich auch in einem Satz formulieren: Lise Meitner hat im Berliner Schloss einen

Vortrag gehalten und einen Wissenschaftspreis in Empfang genommen. Das Manko anekdotenhafter Ausschmückungen des relativ knapp präsentierten empirischen Wissens zieht sich durch sämtliche im Buch versammelte biographische Skizzen.²

Dem „langen Abriss“ des Berliner Schlosses zwischen 1945 und 1950 widmet Walther ein mehr als 50-seitiges Kapitel. Mit Blick auf Symbolik, Politisierung und anhaltende Debatten über Sinn und Unsinn von Abriss und Neubau eines Schlosses ist das gerechtfertigt. Das gilt, zumal Walther neben gemeinhin bekannten Brüchen auch weniger bekannte Kontinuitäten rund ums Berliner Schloss darstellt. Den denkbar radikalsten Bruch markieren zweifelsohne der Schlossabbriss ab September 1950, die zwischenzeitliche Umnutzung des Ortes zum sozialistischen Appellplatz und die spätere Errichtung des Palastes der Republik als Mixtur aus realsozialistischer Herrschaftsinzenierung und Eventort. Zu den (zwischenzeitlich unterbrochenen) Kontinuitäten zählt aus heutiger Perspektive die Verwendung des Berliner Schlosses als Kunstraum. Nach dem Zweiten Weltkrieg präsentierten hier mehrere Ausstellungen noch bis zum Frühjahr 1949 städteplanerische Entwürfe für Berlin und Kunst. Das und die erfolglos gebliebenen Versuche des Berliner Architekten und Stadtrates Hans Sharoun zur Rettung des alten Schlossgebäudes verdichtet Christian Walther zu dem Schluss: „Reparatur der Fassade, Schutz und Erhalt einzelner Räume, ansonsten moderne Ausgestaltung für Museumszwecke – das klingt fast wie ein Masterplan für das Humboldt Forum.“ (S. 110)

Das Buch hilft zu verstehen, welch symbolisch aufgeladener Ort die Spreeinsel mit ihren Gebäuden inmitten von Berlin ist. Das Buch hilft nachzuvollziehen, welch historischer Wandel und damit verbunden welche politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Deutungskämpfe rund um den zentralstädtischen Ort bis in die Gegenwart hinein verhandelt werden, gilt doch auch das „Humboldt Forum“ je nach Perspektive als politisches Symbol, architektonischer Gegenstand, kultureller Veranstaltungsort oder touristisches Ausflugsziel. Auch wenn der Autor das vermutete Potential seines Buches, die verschüttete Geschichte des Berliner Schlosses im doppelten Sinne zu bergen, nicht konsequent nutzt, ist das Werk zur Lektüre empfohlen. *Sebastian Stude*

„Was uns bunte Röcke sagen“. Neue Blicke auf den Bilderreichtum im Schloss Königs Wusterhausen, bearb. von Margrit Christine Schulze und Jürgen Kloosterhuis. Berlin: Duncker & Humblot 2021. 211 S., 2 Tab., 80 vorw. farb. Abb.

Vor zwanzig Jahren begannen die Wände im „Hobbyraum“ (S. 13) Friedrich Wilhelms I. wieder „bunt“ zu werden. Heute finden die Besucher in seinem einstigen Jagdschloss Wusterhausen rund 180 Gemälde, darunter auch einige der sehr eigenwilligen, weil eigenhändigen Bilder des „Kleck Mahler“ (S. 15), wie sich der König selbst nannte. Was sich am Bilderreichtum des Schlosses über den einstigen Besitzer und seine Zeit ablesen lässt, erläutern nun mit Margrit Christine Schulze und Jürgen Kloosterhuis zwei Spezialisten sowohl für das (heute zur Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg) gehörende Schloss als auch für die Person Friedrich Wilhelms I., der viel mehr als nur „Soldatenkönig“ war.¹

Einleitend gehen sie ein auf die Nutzungs- und Ausstattungsgeschichte von „KW“, die überlieferten Inventare und Hinweise auf die manchmal verworrenen Provenienzen der heute dort zusammengetragenen Gemälde. Viele hingen ursprünglich in anderen Schlössern, zum Beispiel in Kossenblatt bei Beeskow, das der König 1736 erwarb. Ein gesonderter Abschnitt innerhalb der Einleitung ist der

2 Ein Beispiel: Auch zu Anne-Gudrun Meier-Scherling werden allerlei Verästelungen und Nebenumstände ausgewalzt, die Ausführungen zu ihrer Beziehung zum Stadtschloss fallen deutlich hinter ihre Karrierebeschreibung für die Zeit nach 1945 zurück, als sie im Frühjahr 1955 erste Bundesrichterin am Bundesarbeitsgericht in Kassel wurde und im Herbst 1971 in den Ruhestand ging.

1 Dr. Margrit Christine Schulze ist seit 2011 Schlossbereichsleiterin für Königs Wusterhausen bei der SPSG, Prof. Dr. Jürgen Kloosterhuis war bis 2017 Direktor des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz. – Siehe Frank Göse/Jürgen Kloosterhuis (Hrsg.) unter Mitarb. von Felix Engel und Ellen Franke: Mehr als nur

Rezeptions- und Motivgeschichte der eigenhändigen Bilder Friedrich Wilhelms gewidmet, der als Maler offenbar ebenso talentlos wie ausdauernd war, wobei ihm die Autoren – vielleicht doch etwas zu wohlwollend – ein „selbstkritisches Reflexionsvermögen“ (S. 21) attestieren.

Der Hauptteil umfasst ausführliche Beschreibungen und Analysen der „hintergründig verschlüsselten Bildbotschaften“ (S. 6) der wichtigsten im Schloss ausgestellten Gemälde, zu denen jeweils ausführliche Standortnachweise, Belege und Literaturverweise aufgeführt sind. Die Werke sind unterteilt nach Sujets: 1. „Kur-, Kron- und andere Prinzen“ (S. 57–68), hier besonders passend zum Buchtitel die Erörterung zum Gruppenbild der vier Söhne Friedrich Wilhelms I. von 1737 und der Aussagekraft ihrer „bunten Röcke“ (S. 67) in Bezug auf den Fluchtversuch Friedrichs 1730; 2. „Hochgestellte Damen“ (S. 68–84), was die Königin, ihre Töchter und Hofdamen meint und verdeutlicht, wie großartig es wäre, wenn Schloss Monbijou noch existieren würde; 3. „Repräsentanten der Regimentskultur“ (S. 85–105) – so umfangreich erhalten die Offizierporträtgalerie, so kläglich die überlieferten Reste der Galerie der „langen Kerls“ –; 4. „Idealisierte Lebenswelten“ (S. 105–125) mit Jagdsujets, Darstellungen von Gebäuden und dem bekannten „Tabakskollegium“, das besonders ausführlich analysiert und als „Sehnsuchtsort“ (S. 125) interpretiert wird, weil es die „sensiblen Bedürfnisse eines komplizierten Königs“ zeige; schließlich folgt nochmals die Beschäftigung mit dem „Soldatenkönig als Maler“² im Abschnitt 5, betitelt mit „Fridericus Wilhelmus Pinxit“ (S. 126–138), in dem es um zehn eigenhändige Werke des Königs geht, Gemälde, in denen sich „seine Wunschräume, Sehnsüchte und Ängste zu einem authentischen Charakterprofil“ (S. 22) verdichten. Im umfangreichen Anhang werden die Werke in den Inventaren von Schloss Königs Wusterhausen, Charlottenburg, den Möbelkammern und Schloss Kossenblatt aufgezeigt und abschließend folgen ein umfangreiches Quellen- und Literaturverzeichnis sowie Personenregister.

Die Bildtexte schaffen es nicht nur, dem Leser die Lebens- und Gedankenwelt Friedrich Wilhelms I. anschaulich zu vermitteln. Das Buch bietet darüber hinaus eine Fülle von Beobachtungen und kenntnisreichen Beschreibungen, die verschiedenste Facetten von Hof und Militär, Staatswesen oder Diplomatie betreffen. Es bietet damit erhellende Einblicke in die Kulturgeschichte Brandenburg-Preußens unter Friedrich Wilhelm I., dem König „im Schlagschatten“.

Folgt man der Empfehlung der Autoren, das Schloss wieder einmal selbst zu besuchen, zeigt sich, dass das Buch als Führer durch den „Erinnerungsort an den Realpolitiker“ (Cover) nur bedingt geeignet ist. Eine andere, den Schlossräumen entsprechende Anordnung, eine klarere Struktur und Gliederung wären dafür vielleicht hilfreich gewesen. Umgekehrt könnten die rudimentären Objekttexte im Schloss profitieren vom Informationsreichtum des Buches. Beides zusammen gibt einen wichtigen Einblick in die Lebenswelt des Königs und das künstlerische Schaffen in Brandenburg-Preußen in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts.

Simone Neubäuser

Zisterzienser auf Papier und Pergament. Handschriften aus dem Zisterzienserkloster Neuzelle in der Staatsbibliothek zu Berlin, hrsg. von Eef Overgaww und Tilmann Schladebach. Berlin: vbb 2020. 80 S., Abb.

Der 2020 erschienene Band vereint verschiedene Handschriften, die über einen Zeitraum von über 200 Jahren entstanden sind. Die hier eingehend vorgestellten sieben Handschriften aus der Staatsbibliothek zu Berlin geben einen Überblick über die Mannigfaltigkeit der ausgeführten Schriftstücke und ihre Verwendung.

Soldatenkönig. Neue Schlaglichter auf Lebenswelt und Regierungswerk Friedrich Wilhelms I. Berlin 2020 (= Veröffentlichungen aus den Archiven Preussischer Kulturbesitz. Forschungen 18). – Vgl. auch: Annäherungen an Friedrich Wilhelm I. Eine Lesestunde im Schloss Königs Wusterhausen, bearb. von Jürgen Kloosterhuis. Berlin 2011. – Jürgen Kloosterhuis: Liebe Kinder, gute Kameraden. Friedrich Wilhelms I. Tabakskollegium als Sehnsuchtsort. Berlin 2020.

2 Gerd Bartoschek u.a.: Friedrich Wilhelm I. Der Soldatenkönig als Maler. Potsdam 1990.

Die Autoren, die die Handschriften präsentieren, fragen nach dem Ursprung, dem Inhalt und der Position der jeweiligen Verfasser. Die Handschriften entstanden in Frankfurt/Oder, Hildesheim und Neuzelle. Dabei weisen Eef Overgaauw, Jürgen Geiß-Wunderlich, Renate Schipke und Marie-Luise Heckmann exemplarisch auf die Entstehung des Klosters Neuzelle, den Wiederaufbau nach den Überfällen durch die Hussiten 1429 und 1432 und die Auflösung der Bibliothek dieses Zisterzienserklosters hin. Auch der Wiederaufbau mit Unterstützung des Mutterklosters Altzelle in Sachsen und dessen Mutterkloster Morimond nach den Hussitenangriffen lässt sich anhand der überlieferten Handschriften nachvollziehen. So dienen sie heute vor allem als Quelle des damaligen Klosterlebens. Sie geben unmittelbar Eindruck von den Gegebenheiten und besonderen Lebensumständen. Nachdem ein Großteil der Neuzeller Mönche bei den Angriffen der Hussiten ums Leben gekommen und die Bibliothek zerstört worden war, bildete der Wiederaufbau eine wichtige Zäsur. Die Rezepturen von Tinte und regelrechte Neuerscheinungen zeugen von einem grundlegenden Neuaufbau der Neuzeller Klosterbibliothek.

Da das Kloster Neuzelle weit länger als andere Klöster im heutigen Land Brandenburg als Abtei geführt wurde, bestand im Gegensatz zu diesen die Möglichkeit, die Bibliothek nach Erfindung des Buchdrucks auszubauen. Die Handschriften bildeten aber, wie der vorliegende Band zeigt, auch nach Einführung des Buchdrucks eine Grundlage des monastischen Lebens. Der Psalmenkommentar von 1455 ist zum Teil in Neuzelle entstanden, was belegt, dass die Bibliothek nicht nur durch Ankäufe und Schenkungen wuchs. Allerdings haben sich die Bestände der brandenburgischen Klosterbibliotheken infolge der Säkularisierung in der ersten Hälfte des 16. Jahrhundert nicht überliefert. Lediglich ein Bestandsverzeichnis der Lehniner Klosterbibliothek von 1514 ist erhalten geblieben. Es umfasst 557 Bände mit theologischen und spirituellen Themen, verfasst von zisterziensischen Autoren oder von Gelehrten anderer Orden. Beliebte waren auch Heiligenlegenden und mystische Texte, aber es wurden ebenso juristische, naturwissenschaftliche und medizinische Werke sowie Grammatiken verzeichnet. Auch hier finden sich Handschriften, die im Kloster angefertigt worden sind.¹ Für Neuzelle gehen die Autoren von einigen Hundert Bänden im frühen 16. Jahrhundert aus.

Der Band ist eine Bereicherung der Zisterziensforschung für Brandenburg. Vor allem die Klosterbibliotheken sind bisher nicht eingehend untersucht worden. Aber gerade anhand erhaltener Handschriften lassen sich Wirtschaftsbeziehungen und liturgische Entwicklungen der Klöster gut ablesen. Die Handschriften umfassender als Quelle künftiger Untersuchungen zu nutzen, wäre wünschenswert.

Franziska Siedler

¹ Vgl. Stephan Warnatsch: *Geschichte des Klosters Lehnin 1180–1542*, Bd. 1. Berlin 2000 (= *Studien zur Geschichte, Kunst und Kultur der Zisterzienser* 12.1), S. 442.